IHK-GESCHÄFTSBERICHT 2013

IHK
Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main

AUF EINEN BLICK

FINANZZAHLEN IN TAUSEND EURO	2013	2012	2011	2010	2009
Beiträge	25.569	24.115	28.141	32.508	27.735
Gebühren	3.759	3.353	3.174	3.083	3.590
Entgelte	1.774	1.934	1.712	1.897	1.846
Bestandsveränderungen	11	181	444	492	0
Sonstige betriebliche Erträge	4.799	5.059	5.380	4.945	4.493
BETRIEBSERTRÄGE	35.912	34.642	38.851	42.925	37.664
Materialaufwand	3.042	2.883	2.755	2.921	2.720
Personalaufwand	18.357	16.481	15.197	14.882	19.884
Abschreibungen	1.130	1.063	921	916	875
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.940	15.885	15.253	13.944	13.177
BETRIEBSAUFWAND	39.469	36.311	34.126	32.663	36.656
Investitionen in das Sachanlagevermögen	653	937	672	499	431
MITGLIEDERSTRUKTUR					
Mitgliedsunternehmen	98.948	97.400	101.434	83.113	86.386
davon					
ins Handelsregister eingetragene	35.226	35.237	34.671	33.070	32.794
nicht eingetragene Unternehmen	63.722	62.163	66.763	50.043	53.592
davon					
Frankfurt	61.751	60.501	63.273	50.315	52.054
Hochtaunuskreis	20.145	20.011	20.690	17.985	18.818
Main-Taunus-Kreis (ohne Hochheim)	17.052	16.888	17.471	14.813	15.514
BERUFSAUSBILDUNGSVERTRÄGE					
Neu eingetragene Ausbildungsverträge	5.372	5.862	5.738	5.625	5.610
davon					
Kaufmännische Berufe	4.080	4.499	4.468	4.402	4.305
Technische Berufe	1.292	1.363	1.270	1.223	1.305
Bestand an Ausbildungsverträgen gesamt	14.380	14.621	14.347	14.672	15.098
PRÜFUNGEN DER BERUFLICHEN FORTBILDUNG					
Teilnehmer an Fortbildungsprüfungen	2.980	2.958	2.961	3.163	2.842
BILDUNGSZENTRUM					
Kurse	279	265	239	226	213
Teilnehmer|innen	4.120	4.087	3.768	3.562	3.560

INHALT

AUF EINEN BLICK 3

VORWORT 7

IHK-THEMENFELDER 9
IHK-Jahresempfang 2014 10
IHK-Wahl 12
Fachkräfte sichern und demografischem Wandel begegnen 14
Metropolregion weiterentwickeln | Wirtschaftsstandort profilieren 16
Interessen der gewerblichen Wirtschaft vertreten 18
Hessische Landtagswahlen 20
Kommunale Finanzen 22
Energieeffizienz und Nachhaltigkeit fördern 24
Stadtentwicklung gestalten 26
Industriestandort stärken und ausbauen 28
Finanzplatz fördern und gestalten 30
Mobilität sichern und Infrastruktur ausbauen 32
Unternehmen gründen helfen, fördern und sichern 34
Aus- und Weiterbildung: Qualifizierung durchführen 36
Wettbewerb fair gestalten 38
Wettbewerbsfähigkeit international fördern 40
Wissensregion ausbauen 42
Digitale Vernetzung und E-Business fördern 44
Kundenbeziehungsmanagement 46
Neue Mitglieder 48

IHK-JAHRESABSCHLUSS 53
Lagebericht 53
Bilanz 72
Erfolgsrechnung 74
Finanzrechnung 75
Anhang 76
Bestätigungsvermerk 92

IHK-GREMIEN 94

IMPRESSUM 98

VOLLENDET
DECEMBER
MDCCCLXXVIII

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Perspektiven für die Wirtschaft im Jahr 2014 sind geprägt von einem erfreulichen Aufschwung. Hessen gehört unter den Bundesländern zu den wesentlichen Stützen des Exportweltmeisters Deutschland. Mehr als die Hälfte des Umsatzes machen hessische Unternehmen inzwischen im Außenhandel. Bei den Frankfurter Unternehmen sind es sogar fast zwei Drittel. Hessen ist also für das Modell der global integrierten Wirtschaft ein Musterland. Für den Erhalt dieses Vorteils muss die IHK Frankfurt sowohl in der Politik wie bei den Unternehmen werben.

Ein wichtiger Baustein ist dabei der europäische Binnenmarkt als Teil der Europäischen Union. Politische Stabilität in Europa und verlässliche europäische Institutionen sind wesentliche Voraussetzungen für eine stabile Wirtschaftsentwicklung in unserem Land. Eine florierende Außenwirtschaft braucht Europa als eine verlässliche Wirtschafts- und Wertegemeinschaft. Die bevorstehende Wahl zum Europaparlament im Mai 2014 ist dabei ein wichtiger Etappenschritt.

Zur starken Außenhandelsorientierung zählt die ausgeprägte Integration der hiesigen Wirtschaft in die globalen Wertschöpfungsketten. Dreh- und Angelpunkt der starken internationalen Verflechtung ist der Flughafen Frankfurt. Die politische Herausforderung der nächsten Zeit besteht darin, dessen Leistungsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Die IHK sieht sowohl die Interessen der Unternehmen wie der Beschäftigten in den Betrieben. Daher treten wir für eine Lärmminderung am Flughafen ein. Aber das Verhältnis muss im Blick bleiben. Die Lärmminderung muss mit dem Erhalt der gesamtwirtschaftlichen Funktion des Flughafens zusammen passen.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist politisch unter Druck geraten. Stichworte sind die Kostensteigerungen der Energiewende, Mehraufwendungen für Sozialsysteme und eine neue Bürokratisierung im Arbeitsrecht. Zudem leidet die Verkehrsinfrastruktur unter allmählicher Auszehrung. Die Fortschritte bei der Fachkräftesicherung bleiben hinter den Erfordernissen zurück. Es bleiben daher große Herausforderungen für die Organisationen der Wirtschaft, die Wirtschaftspolitik besser zu gestalten und die Chancen in den nächsten Jahren effektiv zu nutzen, um den Vorsprung als Wirtschaftsstandort auszubauen.

Prof. Dr. Mathias Müller
Präsident

Matthias Gräßle
Hauptgeschäftsführer

IHK-THEMENFELDER

IHK-JAHRESEMPFANG 2014

IHK-WAHL

FACHKRÄFTE SICHERN UND DEMOGRAFISCHEM WANDEL BEGEGNEN

METROPOLREGION WEITERENTWICKELN | WIRTSCHAFTSSTANDORT PROFILIEREN

INTERESSEN DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT VERTRETEN

HESSISCHE LANDTAGSWAHLEN

KOMMUNALE FINANZEN

ENERGIEEFFIZIENZ UND NACHHALTIGKEIT FÖRDERN

STADTENTWICKLUNG GESTALTEN

INDUSTRIESTANDORT STÄRKEN UND AUSBAUEN

FINANZPLATZ FÖRDERN UND GESTALTEN

MOBILITÄT SICHERN UND INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

UNTERNEHMEN GRÜNDEN HELFEN, FÖRDERN UND SICHERN

AUS- UND WEITERBILDUNG: QUALIFIZIERUNG DURCHFÜHREN

WETTBEWERB FAIR GESTALTEN

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT INTERNATIONAL FÖRDERN

WISSENSREGION AUSBAUEN

DIGITALE VERNETZUNG UND E-BUSINESS FÖRDERN

KUNDENBEZIEHUNGSMANAGEMENT

NEUE MITGLIEDER

IHK-JAHRESEMPFANG 2014

IN DER WELTLIGA MITSPIELEN

Als einer der wichtigsten Termine im Kalender der regionalen Wirtschaft gilt der Jahresempfang der IHK Frankfurt. 2014 war die Erwartung der Teilnehmer hoch, weil Volker Bouffier seine erste wirtschaftspolitische Rede als neugewählter Hessischer Ministerpräsident hielt. „Ich will ein klares Bekenntnis zu unseren Kammern ablegen", sagte Bouffier. Kammern seien für die Politik unverzichtbar, bündelten sie doch die Interessen der Wirtschaft in einer Stimme und verschafften ihr damit Gehör. Er versprach, die „herausragende Partnerschaft" der Landesregierung mit den Kammern fortzusetzen: „Ich sage zwar nicht, dass wir immer tun, was Sie fordern. Aber seien Sie versichert: Wir hören Ihnen genau zu."

Bouffiers Ausführungen waren auch deshalb mit Spannung erwartet worden, weil erstmals ein schwarz-grünes Regierungsbündnis in Hessen gebildet worden ist. Bouffier sprach von einer „ungewöhnlichen Situation, die besondere Anforderungen stellt" und „der richtigen politischen Antwort auf das Wahlergebnis". Und er hatte ein Zitat von einem Empfang der Landtagsgrünen mitgebracht, das die künftige Arbeit der Koalition treffend beschreibe: „Auch grüne Politik will schwarze Zahlen schreiben." Dabei setzt das Bündnis auf Kontinuität im Wandel: „Die politischen Verhältnisse haben sich geändert, unser Ziel bleibt aber auch in Zukunft ein starkes Land Hessen." Das gelinge nur mit starken Unternehmen: „Deshalb werden wir nicht die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft testen", versprach er.

Den Vorsprung der Internationalität und Zentralität müsse FrankfurtRheinMain aufrechterhalten, sagte Bouffier. Gelegentlich habe man den Eindruck, der Flughafen werde als Störenfried angesehen, „aber ohne einen Weltflughafen kann man in der Weltliga nicht mitspielen". Viele Jahre hätten CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Hessen in punkto Flughafen einen anderen Ansatz gepflegt, „Wir haben ihn teilweise noch immer." Nun gelte es, die Wettbewerbsfähigkeiten des Flughafens zu sichern, aber es müsse für die Menschen in der Region auch leiser werden. „Es liegt nun in unserer gemeinsamen Verantwortung, diese große Aufgabe erfolgreich zu lösen", so Bouffier.

Die Frankfurter Wirtschaft startet mit Volldampf in das neue Jahr, konstatierte IHK-Präsident Prof. Dr. Müller. Und die weiteren Aussichten sind gut: Das Bruttoinlandsprodukt wird zulegen, die Arbeitslosenquote bleibt niedrig, die Zahl der Erwerbstätigen verstetigt sich auf Höchstniveau, die Binnennachfrage bleibt stabil. „Noch immer ist Europa die größte Wirtschaftsregion der Welt", sagte er. Innovationskraft und Internationalisierung sowie die stärkere Bündelung der Kräfte in der Wissensregion FrankfurtRheinMain blieben zentrale Bausteine, um den Wettbewerbsvorsprung zu halten.

Die Attraktivität der Mainmetropole ist ungebrochen. Erst Anfang des Jahres wurde sie einmal mehr in einem Ranking der New York Times bestätigt. Unter den „52 Places to go in 2014" ist Frankfurt als einzige deutsche Stadt gelistet, erinnerte Oberbürgermeister Peter Feldmann in seinem Grußwort.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

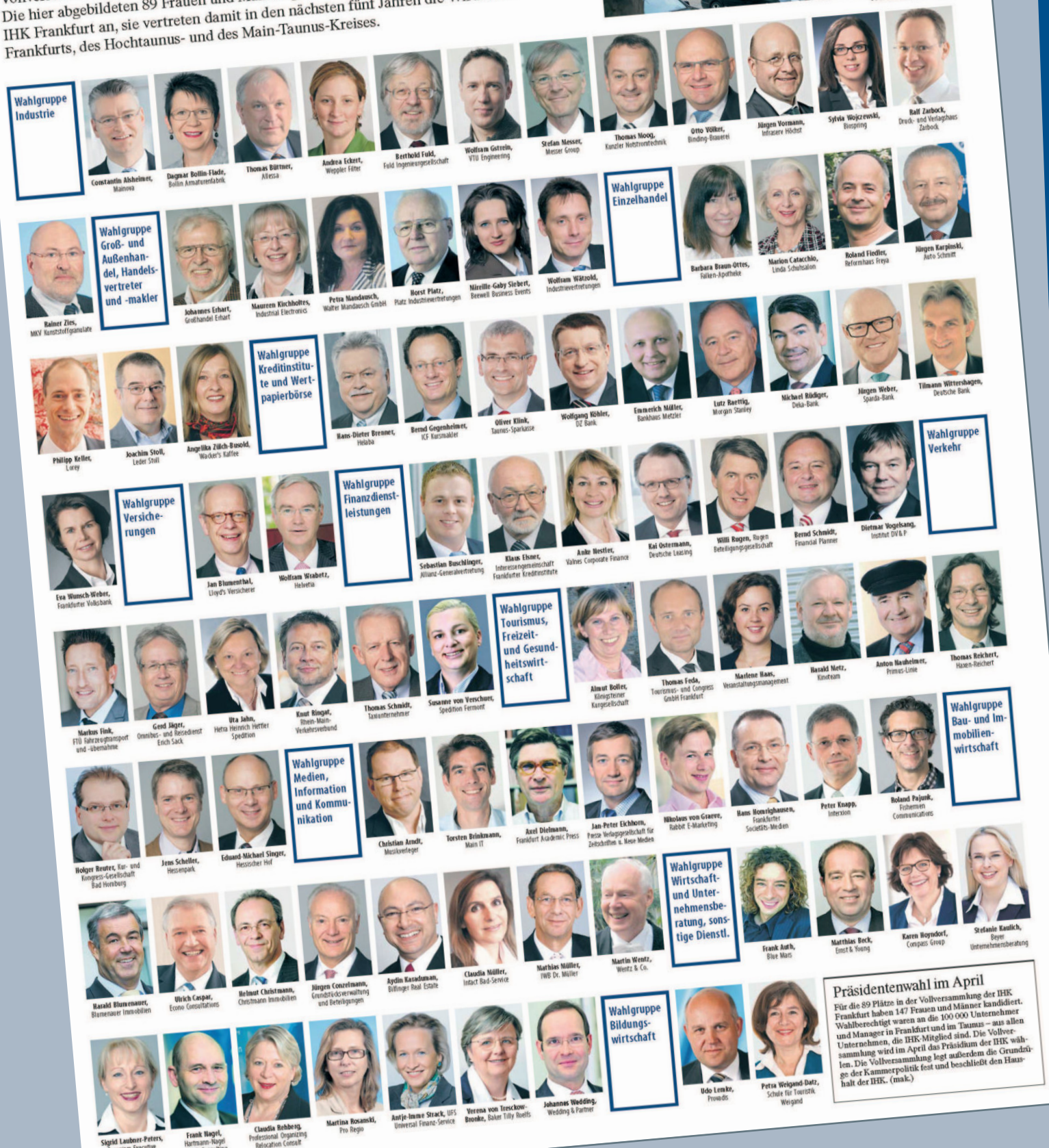
Wirtschaft

SEITE 38 · DONNERSTAG, 27. FEBRUAR 2014 · NR. 49

Sie vertreten die Wirtschaft in Frankfurt und im Taunus

Die Wirtschaft hat eigene Parlamente – in den Industrie- und Handelskammern. Deren Vollversammlungen sind in den vergangenen Wochen in ganz Hessen neu gewählt worden. Die hier abgebildeten 89 Frauen und Männer gehören der Vollversammlung der IHK Frankfurt an, sie vertreten damit in den nächsten fünf Jahren die Wirtschaft Frankfurts, des Hochtaunus- und des Main-Taunus-Kreises.

Fotos Stefan Finger (1), IHK (89)



Präsidentenwahl im April

Für die 89 Plätze in der Vollversammlung der IHK Frankfurt haben 147 Frauen und Männer kandidiert. Wahlberechtigt waren an die 100 000 Unternehmer und Manager in Frankfurt und im Taunus – aus allen Unternehmen, die IHK-Mitglied sind. Die Vollversammlung wird im April das Präsidium der IHK wählen. Die Vollversammlung legt außerdem die Grundzüge der Kammerpolitik fest und beschließt den Haushalt der IHK. (mak.)

IHK-WAHL 2014

FÜR DIE SELBSTVERWALTUNG DER WIRTSCHAFT

Die Selbstverwaltung der Wirtschaft wird gewährleistet durch die IHK-Vollversammlung, das demokratisch gewählte „Parlament der Wirtschaft". Vom 22. Januar bis zum 18. Februar 2014 fand die Wahl für die 89 Sitze in der IHK-Vollversammlung statt. Die neue fünfjährige Amtsperiode hat am 1. April 2014 begonnen.

Im Bezirk der IHK Frankfurt stellten sich 147 Mitglieder für die 89 Sitze zur Verfügung. Bei den IHK-Wahlen wählen Unternehmerinnen und Unternehmer aus der für ihre Wahlgruppe aufgestellten Kandidatenliste ihre Vertreter in der Vollversammlung. Jedes IHK-Mitglied hat unabhängig von der Größe seines Unternehmens das gleiche Stimmrecht; die Größe der Wahlgruppen bildet die relative Bedeutung der Branchen im IHK-Bezirk Frankfurt am Main ab. Das ehrenamtliche Parlament ist die Grundlage der Selbstverwaltung der Wirtschaft, gibt der Politik kompetente und verlässliche Beratung in wichtigen Standortfragen und trägt damit zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaft bei. Neben den gewählten Mitgliedern in der IHK-Vollversammlung sind tausende weitere Unternehmer ehrenamtlich in IHK-Funktionen tätig, etwa indem sie Prüfungen der Auszubildenden abnehmen.

Die Vollversammlung bestimmt die Richtlinien der IHK-Arbeit und ist zuständig für alle Angelegenheiten, die für die gewerbliche Wirtschaft im IHK-Bezirk relevant sind. Ihre gewählten Mitglieder entscheiden über alle wichtigen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung. In ihren regelmäßig stattfinden Sitzungen legt die Vollversammlung demnach ihren Kurs zu wirtschaftspolitischen Fragen fest, beschließt neben den Rechtsgrundlagen der Kammer auch die wichtigsten Projekte der IHK und entscheidet zudem über die Verwendung und den Einsatz von Mitteln. Ihr obliegt sowohl das Recht, über den Haushalt zu entscheiden, als auch die Mitgliedsbeiträge und Gebühren festzusetzen.

In der konstituierenden Sitzung am 10. April 2014 wählte die Vollversammlung aus ihrer Mitte den Präsidenten sowie das Präsidium. Prof. Dr. Mathias Müller wurde als IHK-Präsident für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Die weiteren Präsidiumsmitglieder sind Marlene Haas, Karen Hoyndorf, Stefan Messer, Dr. Lutz Raettig, Thomas Reichert, Susanne Freifrau von Verschuer, Prof. Dr. Martin Wentz, Prof. Dr. Wolfram Wrabetz und Angelika Zülch-Busold.

DER MAGISTRAT DER STADT
Bad Homburg
Öffnungszeiten
der Stadtverwaltung
Stadtladen:
montags, dienstags, donnerstags
8:00 - 17:00 Uhr
mittwochs 8:00 - 18:00 Uhr
freitags 8:00 - 12:00 Uhr
Rathaus:
montags, mittwochs, freitags
8:00 - 12:00 Uhr
Zimmer 206
und mittwochs
12:00 Uhr
URKUNDE | 2014
Bad Homburg v. d. Höhe
AUSGEZEICHNETER WOHNORT

FACHKRÄFTE SICHERN UND DEMOGRAFISCHEM WANDEL BEGEGNEN

PRÄZISE PLANUNG DES BEDARFS

Der demografische Wandel stellt die Unternehmen vor immer größere Herausforderungen. Politik und Unternehmen müssen frühzeitig Maßnahmen ergreifen, um Fachkräfteengpässen in bestimmten Branchen, Berufen und Regionen entgegenzuwirken. Die IHK Frankfurt hat sich mit ihren Beratungsangeboten erfolgreich als Themenführer etabliert. Die Kompetenz in diesem Themenfeld hilft der IHK Frankfurt bei der aktiven Unterstützung der Mitgliedsunternehmen hinsichtlich der Bewältigung des Fachkräftemangels und bei der Beratung der Politik.

Durch die kontinuierliche Weiterentwicklung des IHK-Fachkräftemonitors und des IHK-Demografierechners unterstützt die IHK Frankfurt Politik, Unternehmen und Öffentlichkeit bei der Analyse von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage. Die kostenfreien Online-Tools leisten einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Debatte über den Fachkräftemangel und ermöglichen eine präzisere Planung des zukünftigen Fachkräftebedarfs. 2013 ist zudem erstmals der IHK-Fachkräftereport erschienen, der wesentliche Ergebnisse des Fachkräftemonitorings sowie der IHK-Konjunkturumfragen zum Thema Fachkräftesicherung zusammenfasst.

Präsentiert wurden diese Ergebnisse unter anderem beim dritten Demografiekongress des von der IHK Frankfurt initiierten Demografienetzwerks FrankfurtRheinMain. Die von 450 Teilnehmern besuchte Veranstaltung stand ganz im Zeichen der Frage, wie Jugendliche und junge Erwachsene besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Unter dem Dach des Demografienetzwerks FrankfurtRheinMain, das mittlerweile 15 Netzwerkpartner umfasst, hat die IHK Frankfurt zusammen mit dem Berufsförderungswerk Frankfurt den Arbeitskreis Gesundheit wieder ins Leben gerufen. Die Auftaktveranstaltung im Herbst 2013 unter dem Titel „Achtsamkeit und Belastbarkeit im Berufsalltag" fand das rege Interesse von 150 Teilnehmern. Die Fortsetzung fand Anfang 2014 am Frankfurter Flughafen statt. Hier konnten sich die Teilnehmer über das betriebliche Gesundheitsmanagement der Fraport AG informieren und Anregungen für die eigene Arbeit gewinnen.

Neben der Aktivierung von Fachkräftepotenzialen im Inland ist auch die erleichterte Zuwanderung in- und ausländischer Fachkräfte eine wichtige Stellschraube zur Vermeidung von Engpässen in der Fachkräfteversorgung. Vor diesem Hintergrund hat die IHK Frankfurt den Kommunen und Städten in ihrem Bezirk angeboten, im Rahmen des IHK-Qualitätszeichens „Ausgezeichneter Wohnort für Fach- und Führungskräfte" Feedback zu den jeweiligen kommunalen Angeboten der Neubürgerbegrüßung zu geben. Mithilfe dieser Initiative tritt die IHK Frankfurt mit den Kommunen in einen Dialog über geeignete Strategien und Maßnahmen, um ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort mit einer gelebten Willkommenskultur gegenüber potenziellen Neubürgern zu sein. Steinbach, Usingen, Bad Homburg, Friedrichsdorf und Bad Soden sind im IHK-Bezirk bereits ausgezeichnet, weitere werden folgen.

Frankfurt Ma
Lufthansa
AKH 38964 LH

METROPOLREGION WEITERENTWICKELN WIRTSCHAFTSSTANDORT PROFILIEREN

ÜBER GRENZEN HINWEG DENKEN

Um den Herausforderungen des internationalen Standortwettbewerbs und des demografischen Wandels erfolgreich zu begegnen, braucht die Metropolregion FrankfurtRheinMain eine Standortstrategie aus einem Guss. Die IHK Frankfurt wird auch 2014 als Stimme der gewerblichen Wirtschaft die Vernetzung von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur vorantreiben, damit die Vielfalt der Region zu ihrem Vorteil wird. Dazu müssen alle regionalen Akteure an einem Strang ziehen und den Blick für die Region öffnen.

Anfang 2013 stellte die IHK Frankfurt die Weichen für eine strategische Neuausrichtung des internationalen Standortmarketings und der regionalen Wirtschaftsförderung in FrankfurtRheinMain. Mit der IHK-Forderung nach einem moderierten Dialog eröffnete sich 2013 die Perspektive für einen strategischen Neustart der FrankfurtRheinMain GmbH – International Marketing of the Region (FRM GmbH). Deren Fortbestand war zuvor durch Austritte verschiedener Gesellschafter in Frage gestellt worden. Im Rahmen des moderierten Dialogs mit allen Beteiligten glückte die strategische Neuaufstellung der FRM GmbH, die seit Ende 2013 auch durch eine unmittelbare Beteiligung der IHK Frankfurt am Gesellschafterkreis gestärkt und unterstützt wird. Der Neustart der FRM GmbH ist aber nur der Startschuss für eine längst überfällige Standortstrategie aus einem Guss. 2014 müssen auch in den weiteren Handlungsfeldern der regionalen Zusammenarbeit zwingend Schritte hin zu einer Konsolidierung und besseren Koordinierung der Vielzahl regionaler Akteure erfolgen. Angefangen bei der regionalen Wirtschaftsförderung, über die regionale Kultur- und Tourismusförderung, bis hin zu Fragen der Wissens- und Bildungslandschaft wird die IHK Frankfurt auch in Zukunft eine treibende Kraft für den Erfolg von FrankfurtRheinMain sein.

Zentral für den zukünftigen Erfolg der Metropolregion ist auch die in Ballungsräumen typische Herausforderung knapper Flächen. Mit einer Neuauflage der Studie „Die Bau- und Immobilienwirtschaft in FrankfurtRheinMain" lieferte die IHK Frankfurt die Sachgrundlage für die politischen Diskussionen in diesem Bereich. Wie sich Gewerbe, Wohnen und Einzelhandel in der Region verteilen und erfolgreich weiterentwickeln können, war Thema beim zweiten Frankfurter Immobilienkolloquium der IHK Frankfurt. Im Mittelpunkt stand dabei auch der Austausch des Frankfurter und des Kölner Oberbürgermeisters, um von den Erfahrungen anderer Metropolregionen lernen zu können.

Beim Thema Wohnraum, das für die gewerbliche Wirtschaft letztendlich eine entscheidende Rolle bei der Versorgung mit Fachkräften spielt, konnte die IHK Frankfurt mit ihrer Ende 2012 gestellten Forderung nach einem „Runden Tisch Wohnen" im Jahr 2013 einen weiteren Erfolg verbuchen. Die zuständigen Akteure der Metropolregion griffen den Vorschlag erfolgreich auf und richteten ein neues Portal für Investoren ein, um regionale Entwicklungsflächen zu vermarkten.

Lage
Geschäftsklima
Erwartungen
I/13
II/13
III/13
I/14

INTERESSEN DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT VERTRETEN

AM PULS DER ZEIT

Die IHK als Mittler zwischen Politik und Wirtschaft – mit maßgeblicher Unterstützung durch das Ehrenamt erfüllt die IHK diesen wirtschaftspolitischen Auftrag. Ziel ist es, die Wirtschaft über aktuelle politische Vorhaben zu informieren und die Politik im Sinne des Gesamtinteresses der regionalen Wirtschaft zu beraten. Auch 2014 geschieht dies wieder im Rahmen von Veranstaltungen wie „Wirtschaft trifft Politik", dem IHK-Jahresempfang oder auf zahlreichen Dialogveranstaltungen mit politischen Entscheidungsträgern.

Mit Landtagswahl, Bundestagswahl und im Mai 2014 Wahlen zum Europaparlament werden maßgebliche wirtschaftspolitische Weichenstellungen für die hessische Wirtschaft vorgenommen. Als Stimme der gewerblichen Wirtschaft informiert die IHK einerseits die Unternehmen über die neuen politischen Konstellationen. Andererseits gehört es zum Auftrag der IHKs, mit den politischen Entscheidungsträgern die Belange der regionalen Wirtschaft zu beraten.

Mit den wirtschafts- und europapolitischen Positionen der IHK-Organisation verabschiedete die Vollversammlung der IHK Frankfurt 2013 ihre grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Forderungen für die Bundestagswahlen und die anstehenden Wahlen zum Europaparlament. Mit Unterstützung aller beratenden Fachausschüsse der IHK Frankfurt wurden so z. B. in den Themenfeldern Energie, Fachkräfte, Umwelt und Verkehr die Belange der gewerblichen Wirtschaft formuliert. Auf dieser Grundlage erarbeitet die IHK ausführliche Stellungnahmen zu politischen Vorhaben, bringt politische Entscheidungsträger direkt mit Unternehmen zusammen, um den Erfahrungsaustausch zwischen Politik und Wirtschaft zu stärken und die wirtschaftspolitischen Weichen für eine stärkere Wettbewerbsfähigkeit der Region zu stellen. Mit eigenen „Wahlprüfsteinen" hat die IHK zudem die Wahlprogramme der Parteien zu den hessischen Landtagswahlen auf den Prüfstand gestellt und damit im vorigen Jahr die Koalitionsverhandlungen in Wiesbaden begleitet.

Mit regelmäßigen Konjunkturumfragen, an denen sich fast 3.000 Unternehmen im Kammerbezirk beteiligen, fühlt die IHK zudem den Puls der Wirtschaft und zeigt der Politik entsprechende Handlungsfelder auf. Wie können mehr Investitionen in der Region ausgelöst werden, welche Rahmenbedingungen sind für einen wachsenden Arbeitsmarkt erforderlich, was sind die größten Risiken für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung? Diese und weitere Fragen untermauert die IHK Frankfurt mit ihren Umfragen und bündelt die Meinungen zu einem repräsentativen Stimmungsbild der wirtschaftspolitischen Interessen der regionalen Wirtschaft. Im Austausch mit den Gewerbevereinen und Wirtschaftsförderern des Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis sowie der Stadt Frankfurt entwickelt die IHK entsprechend zahlreiche Stellungnahmen zu einer Vielzahl kommunaler und regionaler Planungsvorhaben.

HESSISCHE LANDTAGSWAHLEN

IM DIALOG MIT DER POLITIK

Die neue hessische Landesregierung setzt auf mehr Bildungsinvestitionen. Die hessischen IHKs begrüßen dies, weil der Wirtschaftsstandort Hessen damit einen nachhaltigen Vorsprung bei der Fachkräftesicherung markieren kann. Der Dialog der IHKs mit der Landespolitik wird sich in diesem Jahr aber auch mit den weniger einvernehmlichen Politikfeldern befassen, insbesondere Energie und Verkehr.

Im Vorfeld der Landtagswahl haben sich die hessischen IHKs als Wirtschaftsorganisation dem Auftrag gestellt, die wichtigsten Anforderungen aus Unternehmersicht an die nächste hessische Landesregierung zu formulieren. Die durch die Vollversammlungen aller zehn hessischen IHKs legitimierten Wahlprüfsteine zeigen den politischen Handlungsbedarf auf. Mit diesem Instrument traten die IHKs mit den Kandidaten für die Landtagswahl in den politischen Dialog.

Zu diesem Zweck haben die hessischen IHKs insbesondere eine Diskussionsreihe mit den Spitzenkandidaten aller fünf Parteien veranstaltet und dazu die IHK-Mitglieder eingeladen. In den Diskussionen mit Tarek Al-Wazir in Offenbach, Volker Bouffier und Janine Wissler in Frankfurt, Thorsten Schäfer-Gümbel in Limburg sowie Jörg-Uwe Hahn in Wiesbaden wurde engagiert über die wirtschaftspolitischen Anliegen debattiert. Dank breiter Medienberichterstattung waren die IHKs in allen Teilen Hessens als Stimme der Wirtschaft zu hören.

An zahlreichen Orten wurde im Vorfeld der Landtagswahl auch zu Fachthemen debattiert. Dem Finanzplatz widmete sich eine im Vorfeld der Wahlen zum 19. Hessischen Landtag von der IHK Frankfurt organisierte Veranstaltung mit den finanzpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen. Die von Prof. Dr. Wolfram Wrabetz, Stellvertretender IHK-Präsident, Vorsitzender des IHK-Versicherungsausschusses und zugleich Beauftragter der hessischen Landesregierung für das Versicherungswesen, moderierte Veranstaltung behandelte sowohl die Finanzpolitik des Landes als auch die Regulierung von Finanzinstituten und die Entwicklung des Finanzmarktes im Umfeld der offenbar anhaltenden Niedrigzinspolitik der EZB.

Weiterhin gab es im August 2013 ein erneutes Treffen von Vertretern der 15 hessischen Kammerorganisationen, die mehr als 400.000 Unternehmenund rund 100.000 freiberufliche Tätige repräsentieren, mit den Fraktionsvorsitzenden der Parteien im hessischen Landtag. Unter dem Motto „Kammern in Hessen" wurde im Beisein von zahlreichen Landtagsabgeordneten über die Rolle der Kammern gesprochen. Deutlich wurde, dass die Tätigkeit der Kammern bei allen Parteien unisono auf Zustimmung trifft. Außerdem sei der Dialog zwischen Wirtschaft und Politik, der über die Kammern organisiert wird, ein Schlüssel für den Erfolg unseres Wirtschaftssystems.

Der Dialog mit der Landespolitik ist eine Kernfunktion für die IHK-Organisation. Große Weichenstellungen, wie etwa die Verwendung der demografischen Dividende in der hessischen Bildungspolitik, aber auch lokale Entscheidungen wie die Mittelverwendung für Straßen- und Bahn-Projekte werden in diesem Dialog mit den Fachleuten in den Ministerien und Fraktionen Woche für Woche erörtert und von den IHKs im Sinne der hessischen Wirtschaft behandelt.

KOMMUNALE FINANZEN

ERHÖHUNG DER HEBESÄTZE SCHWÄCHT WIRTSCHAFT DAUERHAFT

Bei den kommunalen Hebesätzen im Bezirk der IHK Frankfurt gibt es offenbar nur den Weg nach oben! Auch im Jahr 2014 hat keine Kommune die Hebesätze gesenkt, aber in fünf der 25 Kommunen wird die Gewerbesteuer und in zwölf Kommunen die Grundsteuer B angehoben. Die IHK Frankfurt macht sich dafür stark, dass Erhöhungen des Gewerbesteuerhebesatzes vermieden werden. Das Ziel eines ausgeglichenen kommunalen Haushalts sollte in den Kommunen in erster Linie über die Ausgabenseite angegangen werden.

Um diesem Ziel näher zu kommen, hat die IHK Frankfurt auch im vergangenen Jahr Gespräche mit kommunalen Vertretern geführt. So war zum Beispiel Frankfurts Stadtkämmerer Uwe Becker Gast im IHK-Steuerausschuss. Ebenso fanden Gespräche mit Bürgermeistern aus dem Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis statt. Bisher sprach sich die IHK mit Erfolg gegen Pläne insbesondere von Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann aus, den Gewerbesteuerhebesatz in Frankfurt zu erhöhen.

Hofheim erhöht seinen Gewerbesteuerhebesatz am stärksten, und zwar – nach einer Erhöhung um 15 Prozentpunkte im vergangenen Jahr – nochmals um 40 Punkte von 330 auf 370 Prozent. Hofheim hat somit den höchsten Gewerbesteuersatz im Main-Taunus-Kreis. Diese Erhöhung bewirkt, dass eine Kapitalgesellschaft, das sind insbesondere Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) und Aktiengesellschaften (AG), jetzt 12,95 (bisher 11,55) Prozent ihres Gewinns bzw. Gewerbeertrags als Gewerbesteuer an die Stadt abführen muss. Dies sind über 12 Prozent mehr als bisher. Damit nähert sich die Gewerbesteuerbelastung in Hofheim der Körperschaftsteuerbelastung, die deutschlandweit einheitlich 15 Prozent für Kapitalgesellschaften beträgt, immer mehr an. Die niedrigsten Gewerbesteuerhebesätze im IHK-Bezirk haben nach wie vor Bad Soden und Eschborn mit jeweils 280 Prozent. Es folgen Glashütten und Grävenwiesbach mit jeweils 300 Prozent.

In den zurückliegenden Jahren ist ein kontinuierlicher Anstieg der Gewerbesteuerhebesätze zu verzeichnen. Von 2011 bis 2014 stieg der durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz im Hochtaunuskreis von 322 auf 335 Prozent, im Main-Taunus-Kreis von 306 auf 321 Prozent.

Die hessischen IHKs wehren sich aktuell gegen das Vorhaben der hessischen Landesregierung, wonach Kommunen zu einer automatischen Anhebung der Unternehmenssteuern gezwungen werden. Nicht jede Kommune sollte bei defizitärer Haushaltslage gezwungen werden, die Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze anzuheben. Diese Vorgehensweise würde eine Steuererhöhungsspirale in Gang setzen. Haushaltskonsolidierung ist nötig, aber sie darf nicht zur generellen Verteuerung der hessischen Wirtschaftsstandorte führen, meinen die hessischen IHKs.

Anlass für diese Mahnung ist das Vorhaben des Hessischen Innenministeriums, die Kommunen dazu zu verpflichten, sich bei den Steuerhebesätzen an den Durchschnittswerten vergleichbarer Kommunen zu orientieren. Die undifferenzierte Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer führt aus Sicht der IHKs langfristig zu einer Erosion der wirtschaftlichen Basis vieler Kommunen und kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein.

DVZ-..S
DVZ-..
ADI-K
DVZ
DVZ-..F
DURCHFLUSS
KOBOLD

ENERGIEEFFIZIENZ UND NACHHALTIGKEIT FÖRDERN

ENERGIEEINSATZ IM BETRIEBSABLAUF SENKEN

Die Umbrüche in der staatlich gelenkten Energiepolitik führen vor allem für kleine und mittlere Unternehmen zu starken Belastungen. Insofern hat die IHK Frankfurt das Jahr 2013 genutzt, durch Aufklärung, Information und Beratung die Unternehmen auf neue Strukturen der Energieversorgung und verschiedene Nachhaltigkeitsinstrumente vorzubereiten. Die EnergieEffizienz-Messe der IHK Frankfurt, die seit Jahren steigende Teilnehmerzahlen hat, wird auch wieder neue Impulse für die Reduzierung des Energieeinsatzes im Betriebsablauf aufzeigen.

Die Zunahme umweltrechtlicher Regelungen sowie neue Herausforderungen durch die aktuellen energiepolitischen Voraussetzungen lassen bei unseren Mitgliedsunternehmen viele Fragen, insbesondere rechtlicher Natur, aufkommen. Beratungen zu umweltrechtlichen Regelungen und behördlichen Vorgehen waren deshalb auch 2013 der Kern unserer Arbeit. Die steigenden Rohstoff- und Energiepreise für die Industrie waren Thema in verschiedenen Veranstaltungen.

Beim Umwelt-Manager-Tag am 11. April 2013 standen Nachhaltigkeitsindikatoren als Erfolgsfaktoren für die Unternehmenspolitik im Mittelpunkt. Unternehmer hatten die Möglichkeit, mit den Referentinnen und Referenten der EU-Kommission, der TU Berlin, der Global Reporting Initiative sowie mit Vertretern der Faber-Castell AG über Erfahrungen und Erkenntnisse einer nachhaltigen Entwicklung in Unternehmen zu diskutieren.

Der "Earth Day" am 17. April 2013 widmete sich hingegen dem Thema "Grünes Geld". Mit Vertretern von Anlagebanken konnten unsere Mitgliedsunternehmen über Anlagetrends in den USA, Europa und Deutschland und über die Rentabilität von Umweltschutz für Investoren diskutieren.

Erstmalig haben wir 2013 in der IHK Frankfurt das "Businessfrühstück Energie" etabliert. Die Veranstaltungsreihe wird gemeinsam von den Industrie- und Handelskammern Darmstadt, Frankfurt, Offenbach und Hanau durchgeführt.

Die Beratungsangebote der IHK vor dem Hintergrund von steigenden Energiekosten sowie gestiegenen Anforderungen an den betrieblichen Energieeinsatz werden intensiv genutzt. Die hessischen IHKs haben zusammen mit den Handwerkskammern und anderen Wirtschaftsverbänden die hessische Initiative zur Energieberatung für den Mittelstand vorangetrieben.

Neben der Unterstützung bei der Einführung betrieblicher Umwelt- und Energiemanagementsysteme stellt die IHK Frankfurt Möglichkeiten zur Reduzierung des Energieeinsatzes im Betriebsablauf, Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Reduzierung von Energiekosten in den Mittelpunkt der EnergieEffizienz-Messe, die vor einigen Jahren ins Leben gerufen wurde. Von Jahr zu Jahr nimmt die Bedeutung dieses Themas zu. Bei der sechsten Energieeffizienz-Messe am 10. und 11. September 2013 wurden 3.000 Teilnehmer gezählt. Die meistbesuchten Themenforen waren das Energiemanagement-, das Industrieeffizienz- und das Gebäudeeffizienzforum. Die nächste EnergieEffizienz-Messe findet am 1. und 2. Oktober 2014 statt.

STARBUCKS COFFEE
Ecker Wiener
SCHUNE FLOWERS

STADTENTWICKLUNG GESTALTEN

ATTRAKTIVES WOHNEN UND ARBEITEN IN DER REGION

Für alle Wirtschaftsbranchen ist die Frage, wie ihre Standortkommune aufgestellt ist, von Bedeutung. Auch in Zeiten florierender Wirtschaft weist die IHK darauf hin, wie wichtig eine kontinuierliche Weiterentwicklung ist. Voriges Jahr nahm die IHK in zahlreichen planungsrechtlichen Verfahren Stellung. Die Sicherung der kommunalen Nahversorgung ist ein wichtiges Anliegen für das Jahr 2014.

In Zeiten zunehmenden Fachkräftemangels ist verfügbarer und bezahlbarer Wohnraum ein entscheidender Standortfaktor im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter. Der erforderliche Bau von Wohnraum, beispielsweise in Frankfurt, als Antwort auf das Bevölkerungswachstum, darf aber nicht zu Konflikten zwischen bereits bestehenden Unternehmen und der heranrückenden Wohnbevölkerung führen. Dieses Spannungsfeld erörterten unter anderem der Bürgermeister und Planungsdezernent der Stadt Frankfurt Olaf Cunitz und der IHK-Präsident Prof. Dr. Mathias Müller bei der Podiumsdiskussion "Strategien für eine wachsende Stadt" am 28. Mai 2013 in der IHK Frankfurt. Eine verträgliche Koexistenz von Wohnen und verarbeitendem Gewerbe bzw. Industrie erfordert eine Schutzzone, zum Beispiel bestehend aus "nicht-emittierendem" Gewerbe wie Bürogebäuden. Gewerbeflächen vorzuhalten, auch zu industrieverträglichen Immobilienpreisen zur Zukunftssicherung des verarbeitenden Gewerbes, bleibt eine strategische Aufgabe der Stadt Frankfurt sowie der Gemeinden des Main-Taunus- und Hochtaunuskreises.

Großflächige Einzelhandelsgeschäfte, die in größerem Umfang Waren anbieten, die üblicherweise in Innenstädten gekauft werden, sollten auch dort angesiedelt werden. Kundenströme, die aus den Innenstädten abwandern an Autostandorte auf der "grünen Wiese" vor den Städten, gefährden die Funktion der Innenstädte, die als zentrale Standorte für Handel, Dienstleister, Gastronomie, Handwerk und freie Berufe dienen. Entsprechende Fehlentwicklungen führen nicht nur zu gravierenden Beeinträchtigungen der Innenstädte, sondern auch zu Verkehrsströmen, für die die öffentliche Verkehrsinfrastruktur oft nicht ausgelegt ist und die vorhandenen innerstädtischen Verkehrsangebote kein angemessenen Kostendeckungsbeitrag erwirtschaften lässt. Auf solche sich abzeichnende Konflikte, sei es bei Planungen für die Ansiedlung großflächigen Einzelhandels auf der "grünen Wiese" und deren Folgen für die Innenstadt oder die Unverträglichkeit zwischen geplantem Wohnungsbau neben Gewerbegebieten, hat die IHK 2013 in insgesamt 93 Stellungnahmen zu Planungsverfahren im IHK-Bezirk hingewiesen.

Nahversorgung als ein Merkmal für attraktive Wohnquartiere hat die IHK Frankfurt beim "Hessischen IHK-Nahversorgungstag" am 4. November 2013 von Anbietern insbesondere alternativer Versorgungskonzepte vorstellen lassen. In dieser Veranstaltung wurden praxisorientiert Nahversorgungslösungen gerade auch kleiner Gemeinden präsentiert.

INDUSTRIESTANDORT STÄRKEN UND AUSBAUEN

EINBLICKE IN DIE INDUSTRIE DER REGION

Die moderne Industrie steht als Garant für Wohlstand und Wachstum. Mit ihrer Innovationskraft ist sie aber auch Problemlöser aktueller und zukünftiger Herausforderungen, wie dem demographischen Wandel und der Ressourceneffizienz. Dies ins Bewusstsein der Bevölkerung und der Politik zu rücken und auf die Belange des Industriestandorts Frankfurt am Main aufmerksam zu machen, ist eine zentrale Aufgabe der IHK Frankfurt.

90.000 Menschen sind allein in der Stadt Frankfurt am Main, dem Hochtaunuskreis und dem Main-Taunus-Kreis in den Unternehmen des produzierenden Gewerbes sozialversicherungspflichtig beschäftigt. In diesen Unternehmen werden jährlich rund 15 Prozent des gesamten Bruttoinlandsproduktes der Region – zehn Milliarden Euro – erwirtschaftet. Der IHK-Bezirk Frankfurt am Main zählt somit zu den bedeutendsten Industriestandorten in Hessen und in Deutschland.

Die Region FrankfurtRheinMain zeichnet sich durch eine Vielzahl von Innovationstreibern und Marktführern aus, die sich als Hidden Champions auf den globalen Märkten einen Namen machen. So zählt die Region knapp dreitausend High-Tech-Unternehmen mit zahlreichen Mitarbeitern in Forschung und Entwicklung. Die industriellen Stärken der Region liegen traditionell in den Branchen Chemie, Pharma und LifeScience. Doch wurden auch in den Bereichen Automotive, Avionik und Elektrotechnik in den vergangenen Jahren beträchtliche Wachstumsraten verzeichnet. Die Industrie hat eine Schlüsselrolle für Wachstum, Beschäftigung und materiellen Wohlstand in der Region. Um die Bedeutung der Industrie stärker in das Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit zu bringen, wurde 2013 erstmals das "Industrie-Journal" herausgegeben. Im Fokus des zweimal im Jahr erscheinenden Journals stehen die konjunkturelle Entwicklung in den Industriebranchen sowie Handlungsempfehlungen zur Stärkung des Industriestandortes Frankfurt am Main.

In der 3. Langen Nacht der Industrie am 18. Juni 2013 öffneten Industrieunternehmen aus dem Raum FrankfurtRheinMain wieder ihre Tore zur nächtlichen Entdeckungsreise. Mit der Langen Nacht der Industrie hat die IHK Frankfurt gemeinsam mit den beteiligten Unternehmen wieder erfolgreich Marketing für den Industriestandort FrankfurtRheinMain betrieben. Mehr als 950 Besucher erhielten einen Einblick in Frankfurter Industriebetriebe. Dafür öffneten 21 Unternehmen ihre Tore.

Abgerundet wurden die Aktivitäten der IHK Frankfurt zur Bedeutung des Industriestandorts mit dem 3. Frankfurter Industrieabend am 28. Oktober 2013. Rund 200 Gäste aus der Industrie, Gewerkschaften, Politik und Verbänden folgten der Einladung der Stadt Frankfurt und der IHK Frankfurt am Main zum gemeinsamen Dialog in den Römer. Im Mittelpunkt dieses Austauschs standen die wirtschaftlichen Perspektiven der Industrie und das industriepolitische Leitbild in der Region. Festredner Prof. Lindner, Professor für Wirtschaftsgeographie an der Goethe-Universität, machte in seinem Vortrag zum Thema: „Ein neues Bild der Industrie - Kommunale Industriepolitik als Brückenschlag zwischen Vision und Wirklichkeit" auf die Bedeutung zukunftsfähiger, kommunaler Industriepolitik aufmerksam.

ICBC
ICBC
giz
IHK
Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main
S. E. Shi Mingde
Botschafter der VR China

FINANZPLATZ FÖRDERN UND GESTALTEN

GRÜNES LICHT FÜR RENMINBI-HANDEL UND EU-BANKENAUFSICHT

Die IHK Frankfurt engagiert sich in verschiedenen Gremien mit dem Ziel, die Stärken des Finanzplatzes in Deutschland und Europa weiter auszubauen. In einem für die europäische Finanzbranche herausfordernden Umfeld mit zahlreichen Regulierungsvorhaben und niedrigen Notenbankzinsen gelang dies im vergangenen Jahr etwa durch die Ansiedelung der neuen Europäischen Bankenaufsicht bei der EZB. Daneben hat die IHK Frankfurt dazu beigetragen, den Boden für einen Offshore-Hub für den Renminbi-Handel in Frankfurt zu bereiten.

Im Jahr 2013 ist die Eurozone einen weiteren Schritt vorangekommen, das Finanzsystem zu stabilisieren und die Staatsschuldenkrise zu überwinden. Hoffnung macht insbesondere, dass Irland und Spanien nach harten Reformen im Inneren die Rettungsschirme wieder verlassen konnten. Gleichwohl bleibt die Lage für die europäische Finanzwirtschaft anspruchsvoll: Zum Jahresende 2013 startete die EZB ihren „Banken-TÜV" bei großen Geldhäusern, dem 2014 eine Bilanzprüfung und ein Stresstest folgen. Neben Basel III befinden sich zahlreiche weitere regulatorische Maßnahmen in der Umsetzung, deren kumulierte Wirkungen noch weitgehend unklar sind. Überlegungen, Einlagengeschäfte von Kreditinstituten stärker vom Investmentbanking zu trennen, bedrohen das – insbesondere für die Mittelstandsfinanzierung – bewährte Universalbankensystem. Darüber hinaus haben sich sowohl die neue Bundesregierung als auch die neue hessische Landesregierung in ihren Koalitionsvereinbarungen darauf verständigt, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene zu forcieren. Insbesondere dieses untaugliche Instrument mit seinen schädlichen Wirkungen für den hiesigen Finanzplatz hat die IHK Frankfurt stets scharf kritisiert.

Noch gewinnt der Finanzplatz Frankfurt weiter an internationaler Bedeutung. Die Politik hat entschieden, die Europäische Bankenaufsicht institutionell bei der EZB anzusiedeln: Im November 2014 wird die Aufsicht ihre Arbeit in der Mainmetropole aufnehmen. Frankfurt baut damit seine Stellung als europäischer Regulierungsstandort Nr. 1 weiter aus. Unmittelbar war die IHK daran beteiligt, Frankfurt als Ort für einen Offshore-Hub für den Handel mit der chinesischen Währung Renminbi zu präsentieren: Bei einer in Medien und Öffentlichkeit viel beachteten Veranstaltung, die gemeinsam von IHK Frankfurt, Hessischem Wirtschaftsministerium und Frankfurt Main Finance e.V. organisiert worden war, konnten sich Vertreter der chinesischen Regierung und Spitzen der People's Bank of China von den Vorzügen des Standortes Frankfurt – zentral inmitten des größten Handelspartners der Volksrepublik gelegen – überzeugen. Im November 2013 unterstrichen der damalige Hessische Wirtschaftsminister Rentsch und IHK-Präsident Professor Dr. Müller dieses Ansinnen noch einmal im Rahmen einer Delegationsreise ins Reich der Mitte. Mit Erfolg: Im März 2014 hat China Frankfurt den Zuschlag für eine Renminbi-Clearingbank erteilt.

MOBILITÄT SICHERN UND INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

OHNE INFRASTRUKTUR KEIN WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Welche Infrastruktur ist die Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum in der Metropolregion FrankfurtRhein-Main? Mobilität gehört dabei ganz nach vorne, und zur Sicherung der Mobilität ist in den nächsten Jahren viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Die IHK Frankfurt hat daher in 2013 einen Schwerpunkt "Infrastruktur – Wege für morgen" gebildet. Infrastrukturen sind wachstumsrelevant und definieren die hohe Standortqualität unserer Region FrankfurtRheinMain.

Die Verteilnetze dienen dem Transport bzw. der ubiquitären Mobilität von Personen, Gütern und Daten (Verkehr, Energie, Breitband). Diejenigen, die nicht an diese Netze angeschlossen sind, sind nicht erreichbar und damit von Nutzen und Chancen ausgeschlossen. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Basis für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung und damit für Arbeit und Lebensperspektive von Menschen.

Mit zwei Veranstaltungen hat die Industrie und Handelskammer Frankfurt gemeinsam mit dem IHK-Forum Rhein-Main und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs das Jahresthema 2013 "Infrastruktur – Wege für morgen" begleitet. Im Frühjahr wurde auf der Veranstaltung "Hessen 2030 – Zukunft gestalten" in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Verkehrsministerium die Frage in den Mittelpunkt gestellt, wie Bürger bei Großprojekten rechtzeitig eingebunden und wie Infrastrukturprojekte künftig zügiger umgesetzt werden können. Thema des Abends war zudem das Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr am Frankfurter Flughafen.

Im August wurde zusammen mit dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) zur Veranstaltung „Die Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung" eingeladen. Prominentester Redner war Dr. Rüdiger Grube, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn. Im Fokus der Veranstaltung stand die Frage, welche Wege es gibt, den desolaten Zustand der deutschen Verkehrsinfrastruktur zu beheben. Dabei sind aus Sicht der IHK-Organisation drei Punkte zentral: Erstens: Deutschland investiert seit Jahren zu wenig in seine Verkehrsnetze. Zweitens: Es fehlt ein konsistentes Zielsystem im Bundesverkehrswegeplan. Und drittens: Es fehlt an langfristigen und innovativen Finanzierungsmechanismen.

Medienwirksam wurde das Thema Verkehrsinfrastruktur auch auf regionaler Ebene adressiert. Seit Jahrzehnten wartet der Frankfurter Osten auf eine adäquate Anbindung an die A 66 und die damit verbundene Verkehrsreduzierung im Erlenbruch. Vizepräsidentin Susanne Freifrau von Verschuer wies daher bei einem Termin im Riederwald eindringlich darauf hin, dass unterbliebene Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur auf Dauer zu einer Schwächung des Wirtschaftsstandorts Frankfurt führten. Die IHK Frankfurt setzt sich deshalb für einen Ausbau der Infrastruktur ein, ohne dabei die Bedürfnisse der verschiedenen Betroffenen zu ignorieren.

Helaba

MESSE UND KONGRESS
AUFSCHWUNG
FÜR EXISTENZGRÜNDER UND JUNGE UNTERNEHMEN
AUFSCHWUNG
Messe für Existenzgründer und junge Unternehmen
3. April 2014
10:00 - 18:00 Uhr
IHK Frankfurt am Main, Börsenplatz 4
Frankfurt am Main
3.000 Teilnehmer
300 Experten
50 Aktionen
beewell
startingup
Einfach QR Code scannen!
IHK
FRANKFURT

UNTERNEHMEN GRÜNDEN HELFEN, FÖRDERN UND SICHERN

MEHR GRÜNDERGEIST, MEHR WACHSTUM

Das Beratungs- und Serviceangebot der IHK Frankfurt reicht von der Erstinformation zu Existenzgründung und Unternehmensfinanzierung über Strategien zur Krisenprävention und -bewältigung bis hin zu Tipps zum wichtigen Thema Unternehmensnachfolge – stets unterstützt durch ein kompetentes Netzwerk ehrenamtlich aktiver Praktiker. Zudem hat sich das breite Spektrum an Veranstaltungen bewährt, bei denen sich Gründer, (Jung-)Unternehmer oder Nachfolgeinteressierte informieren und auf der „Plattform IHK" vernetzen können.

FrankfurtRheinMain ist der Wachstumspol in Deutschlands Mitte. Die Stärke der Metropolregion fußt vor allem auf der lebendigen Gründungskultur und den vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die sich durch Ideenreichtum, Flexibilität und hohes Innovationstempo auszeichnen. Doch in den kommenden Jahren warten große Herausforderungen auf die Unternehmen. Der globale Wettbewerb erzwingt stete Anpassungen an sich ändernde Marktbedingungen. Neue Wettbewerber aus aller Welt stellen erreichte Positionen permanent in Frage. Auch der boomende Standort FrankfurtRheinMain mit seinen vielen Hidden Champions muss daher seine Konkurrenzfähigkeit täglich aufs Neue beweisen – und sich seinen Unternehmergeist bewahren. Die Region wird nur dann auf Dauer erfolgreich sein, wenn es gelingt, die wirtschaftliche Triebfeder des Unternehmertums unter Spannung zu halten, das regionale Gründungspotenzial weiter auszuschöpfen, ansässigen Unternehmen dabei zu helfen, Krisensituationen zu meistern und Friktionen im Übergabeprozess einzudämmen.

Im Jahr 2013 hat die IHK Frankfurt deshalb ihr Profil als verlässlicher Ansprechpartner in betriebswirtschaftlichen Fragen – von Gründungs- und Finanzierungsberatung über Existenzsicherung und Krisenprävention bis hin zu Unternehmensnachfolge – weiter geschärft. Mit ihrem Branchennetzwerk aus erfahrenen Praktikern im Beratungsgeschäft konnten die IHK-Experten auch in den zurückliegenden zwölf Monaten in vielen tausend Fällen konkrete Hilfestellung und wertvolle Unterstützung für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg geben.

Zahlreiche gut besuchte Veranstaltungen rundeten das Leistungsspektrum ab: Das 12. Frankfurter Symposium Compliance & Unternehmenssicherheit bot etwa eine Vielzahl unternehmerischer Erfahrungsberichte, diesmal schwerpunktmäßig aus der Finanz- und der Gesundheitswirtschaft, während der 12. Mittelstandstag FrankfurtRheinMain den Vertretern von kleinen und mittelständischen Unternehmen in einer Fülle praxisrelevanter Workshops vielfältige neue Anregungen geben konnte.

Im inhaltlichen Fokus stand zudem die Frage, welche Möglichkeiten Betriebe haben, um schneller und wirksamer auf Anforderungen volatiler Märkte zu reagieren. In einer Workshop-Veranstaltung diskutierten die Teilnehmer in diesem Kontext den Nutzen unternehmensinterner Netzwerke, mit deren Hilfe brachliegende Potenziale gehoben und traditionelle Denkmuster aufgebrochen werden können. Es ist vorgesehen, diesen vielversprechenden Ansatz im Jahr 2014 weiter zu vertiefen.

FREITAG, 5. JULI 2013 · IHK FRANKFURT
IHK zeugnis TAG
BINDING
BINDING
IHK

AUS- UND WEITERBILDUNG: QUALIFIZIERUNG DURCHFÜHREN

DUALE AUSBILDUNG SICHERT FACHKRÄFTE

Das Potenzial an guten Bewerbern für die Unternehmen der IHK Frankfurt zu erweitern – das steht im Fokus des Geschäftsfelds Aus- und Weiterbildung. Das im vorigen Jahr erstmals eingesetzte „Speed-Dating", das Azubi-Interessenten und Betriebe kompakt und gezielt zusammen führt, wird fortgeführt. Junge Menschen müssen mit zeitgemäßen Formaten für die duale Ausbildung gewonnen werden. Mit diesen und anderen Instrumenten stellt sich die IHK Frankfurt am Main an die Front der Fachkräftesicherung.

Viel Interesse hat bereits der neue Beruf Kaufmann für Büromanagement hervorgerufen. Mit diesem neuen Berufsbild bietet die IHK Frankfurt am Main einen hervorragenden Einstieg in die Gewinnung des Fachkräftenachwuchses für Unternehmen. Das neue Berufsbild ist mit Absicht so ausgelegt, dass auch erstausbildende Betriebe diese Ausbildung ohne großen Aufwand anbieten können.

Mit der richtigen Berufsorientierung sollte der Übergang in Berufsausbildung reibungslos funktionieren. Daher informiert die IHK Frankfurt am Main mit etlichen Auftritten auf Schulveranstaltungen, bei Gewerbeausstellungen und spezifischen Ausbildungsmessen intensiv über die Chancen einer Berufsausbildung und anschließender Perspektiven. Hier gilt es Vorurteile abzubauen, wie z.B. dass der zusätzliche Fachkräftebedarf in der Region immer eine akademische Vorbildung erfordert. Ein positives Beispiel der gezielten Berufsorientierung ist das Frankfurter Haupt-schulprojekt, das für das Jahr 2014 von der IHK Frankfurt am Main finanziell gefördert wird. An 18 von 20 Frankfurter Hauptschulen werden individuelle Bewerbertrainings durchgeführt und Praktika vermittelt. Bisher haben an dem Projekt rund 1000 Betriebe und mehr als 4000 Hauptschüler teilgenommen.

Bei der Sicherung des Fachkräftenachwuchses kommt immer mehr auch das Duale Studium zum Tragen. Die IHK Frankfurt am Main unterstützt die Mitgliedsunternehmen mit dem neuen Informationsbüro Duales Studium. Hier bekommen Unternehmen Zugang zur Ansprache von besonders leistungswilligen Schülerinnen und Schülern. Immer größere Nachfrage finden auch die Beratungen für Unternehmen, die innovative Wege gehen und weitere Potenziale entdecken wollen, wie etwa die Teilzeitausbildung alleinerziehender Mütter oder die Nachqualifizierung von An- und Ungelernten.

Um das lebensbegleitende Lernen zu unterstützen, bietet die IHK Frankfurt jährlich für mehr als 3500 Menschen Abschlüsse in der Aufstiegsfortbildung. Absolventinnen und Absolventen mit Abschlüssen zum Fachwirt, Fachkaufmann oder Industriemeister werden von Arbeitgebern sehr geschätzt, da sie grundsätzlich berufsbegleitend im Fernstudium oder im abendlichen Präsenzunterricht erworben werden. Europaweit sind sie dem Bachelor-Studium gleichgestellt.

FAIRER
WETTBEWERB

WETTBEWERB FAIR GESTALTEN

WIR MACHEN UNS STARK FÜR SIE

Die Gestaltung von fairen Wettbewerbsbedingungen ist auch in diesem Jahr wieder ein wichtiges Thema der IHK Frankfurt. Im letzten Jahr begleitete die IHK Frankfurt die Novellierung vieler Wirtschaftsgesetze sowie die entsprechende einschlägige Rechtsprechung. Im Jahr 2014 geht es schwerpunktmäßig um die Weiterentwicklung des EU-Verbraucherrechts und dessen Umsetzung in den verschiedenen Wettbewerbsgesetzen. Auch die Fortschreibung des E-Commerce- und Internetrechts steht wieder auf der Agenda der IHK Frankfurt.

Die von der Europäischen Union initiierten Maßnahmen zur Verbesserung des Verbraucherschutzes haben in verschiedenen Regelwerken ihren Niederschlag gefunden. Mit Schutzvorschriften soll auf allen Ebenen den Interessen der Verbraucher Rechnung getragen werden. Kennzeichnungs- und Informationspflichten, Button-Lösung und Werbeverbote sind nur einige Beispiele. Die IHK Frankfurt setzt sich dafür ein, dass ein ausgewogener Ausgleich zwischen sachlich gebotener Reglementierung und Eigenverantwortung sowohl der Verbraucher als auch der Unternehmen für sichere Produkte stattfindet.

So hat die IHK Frankfurt die Umsetzung des Gesetzes gegen unseriöse Geschäftspraktiken begleitet, mit dem Rechtsausschuss diskutiert und über die wichtigsten Neuerungen auf ihrer Web-Site informiert. Das Gesetz soll den Verbraucherschutz in verschiedenen Bereichen verbessern. Es enthält Regelungen zu Inkassodienstleistungen, zur Telefonwerbung und zur Bekämpfung des Abmahnunwesens im Wettbewerbs- und Urheberrecht. Eindeutig irreführende Praktiken, wie die von Adressbuchfirmen, sollen künftig ausdrücklich verboten werden. Die IHK Frankfurt setzt sich schon seit Jahren für die Bekämpfung des Adressbuchschwindels ein und berät Unternehmen, die Opfer solcher unseriöser Geschäftspraktiken geworden sind.

Auch die Weiterentwicklung des Internet- und E-Commerce-Rechts unterstützt die IHK Frankfurt. Das Gesetz zur Umsetzung der EU-Verbraucherrechterichtlinie wird im Juni 2014 in Kraft treten. Zu den vielen Gesetzentwürfen hat die IHK aus Sicht der Wirtschaft Stellung genommen. Schließt ein Unternehmer mit Verbrauchern Verträge im stationären Handel, muss er grundlegende Informationspflichten erfüllen. Für Fernabsatzverträge gelten im wesentlichen gleiche Regelungen, aber auch Besonderheiten. Zum Beispiel gibt es derzeit innerhalb der EU noch unterschiedliche Regelungen zur Widerrufsfrist. Mit der neuen Regelung können Kunden EU-weit 14 Tage nach Erhalt der Ware den Online-Kauf widerrufen. Damit wird der Internethandel auf EU-Ebene deutlich erleichtert.

Seit längerem wird über die rechtspolitische Notwendigkeit eines Unternehmensstrafrechts nachgedacht. Eine Gesetzesinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen orientiert sich an den Grundsatzentscheidungen der EU über die Haftung von juristischen Personen. Auch ein solcher Entwurf wird im Hinblick auf wettbewerbsrechtliche Auswirkungen zu diskutieren sein. Über die genannten Gesetze bietet die IHK Frankfurt – neben der individuellen Beratung – jedes Jahr Informationsveranstaltungen an. Ein Highlight sind die jährlichen Veranstaltungen von Prof. Dr. Thomas Hoeren, bei denen die aktuellen Entwicklungen des Informationsrechts sowie die Rechtsprechung der Gerichte zu Rechtsfragen des Internets diskutiert werden. Weitere Veranstaltungen gibt es regelmäßig zum Markenrecht, GmbH-Recht, Arbeitsrecht und im Jahr 2014 natürlich zur WM 2014. Hier wird ein Überblick gegeben, welche Werbung erlaubt ist und welche Grenzen das Wettbewerbsrecht setzt.

8
China
14
Indonesien

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT INTERNATIONAL FÖRDERN

TREFFPUNKT DER HESSISCHEN EXPORTWIRTSCHAFT

Auf den internationalen Märkten sind die Unternehmen aus der Region besonders stark präsent. So macht der Auslandsumsatz bei den Industrieunternehmen der IHK Frankfurt aktuell 64% des Gesamtumsatzes aus, während er in Hessen im Durchschnitt bei 53% und deutschlandweit bei 48% liegt. Um Chancen gerade für kleine und mittelständische Unternehmen aufzuzeigen und Hürden im Auslandsgeschäft aus dem Weg zu räumen, bietet die IHK Frankfurt auch 2014 wieder ein breites Angebot aus Beratung, Informationsvermittlung und Netzwerkmöglichkeiten.

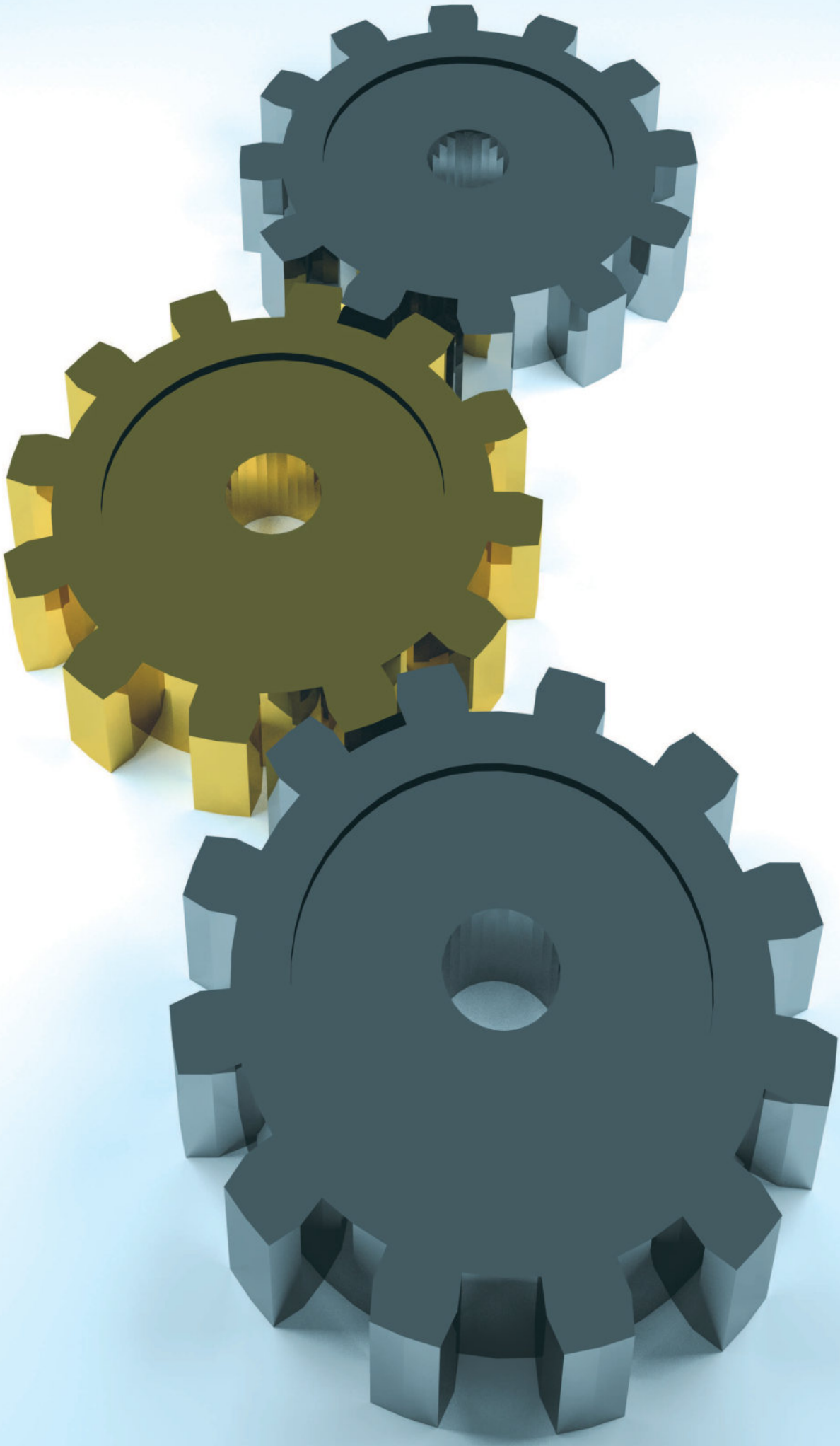
Im Zentrum der IHK-Leistungen 2013 stand der Hessische Außenwirtschaftstag am 2. Juli mit der Verleihung des Hessischen Exportpreises am Vorabend. Insgesamt 700 Unternehmensvertreter aus ganz Hessen nutzten diese Möglichkeit zur Information in zahlreichen Workshops und hochrangigen Panelveranstaltungen, zur Beratung durch die Experten der über 40 teilnehmenden Auslandshandelskammern und zum umfassenden Networking mit Referenten und anderen Teilnehmern. Darüber hinaus wurden interessante Auslandsmärkte in einer Reihe weiterer Veranstaltungen ins Visier genommen, so etwa die Niederlande, Polen, Portugal und Russland, Peru, Kolumbien und Argentinien, China und Indonesien sowie Israel und Katar.

Weiter betreute die IHK Frankfurt im Zuge des hessischen Auslandsmesseprogramms hessische Unternehmen auf der FIMAI in Sao Paulo, einer internationalen Messe für Umwelttechnologie, der BIG 5 in Dubai, der wichtigsten Baumesse in der Region, und der IMTEX, einer Werkzeugmaschinenmesse in Bangalore/Indien.

Als bewährter Partner für Fragen der Abwicklung des Auslandsgeschäfts stand die Beglaubigungsstelle der IHK Frankfurt den Unternehmen zur Seite, unter anderem mit rund 42.000 Ursprungszeugnissen und Beglaubigungen, zahlreichen Einzelberatungen und einem umfassenden Seminarprogramm zu Zollthemen.

Mit seiner Leistungskraft und starken internationalen Vernetzung, zu der auch die vielen Unternehmen mit internationalem Hintergrund beitragen, zieht Frankfurt viele Fach- und Führungskräfte aus aller Welt an. Dass sich diese „Neubürger" mit ihren Familien in der Region willkommen fühlen trägt wesentlich zur Anziehungskraft Frankfurts und damit zur Zukunftsfähigkeit des Standorts bei. Mit der Veranstaltung „Global Mobility in FrankfurtRheinMain/ Willkommenskultur für international Fach- und Führungskräfte" hat die IHK Frankfurt das Thema prominent aufgegriffen.

Eine Branche, die traditionell intensive Auslandsbeziehungen unterhält und als Bindeglied zwischen produzierenden Unternehmen und Abnehmerbranchen eine Schlüsselrolle spiel, ist der Groß- und Außenhandel. Die IHK Frankfurt hat mit dem ersten „Großhandelstag FrankfurtRheinMain" eine Plattform geschaffen, auf der sich die Branche über aktuelle Entwicklungen und neue Angebote informieren und nach dem Motto „von der Praxis für die Praxis" den Erfahrungsaustausch pflegen kann.



WISSENSREGION AUSBAUEN

INNOVATIONEN SIND DAS HERZ DER WIRTSCHAFT

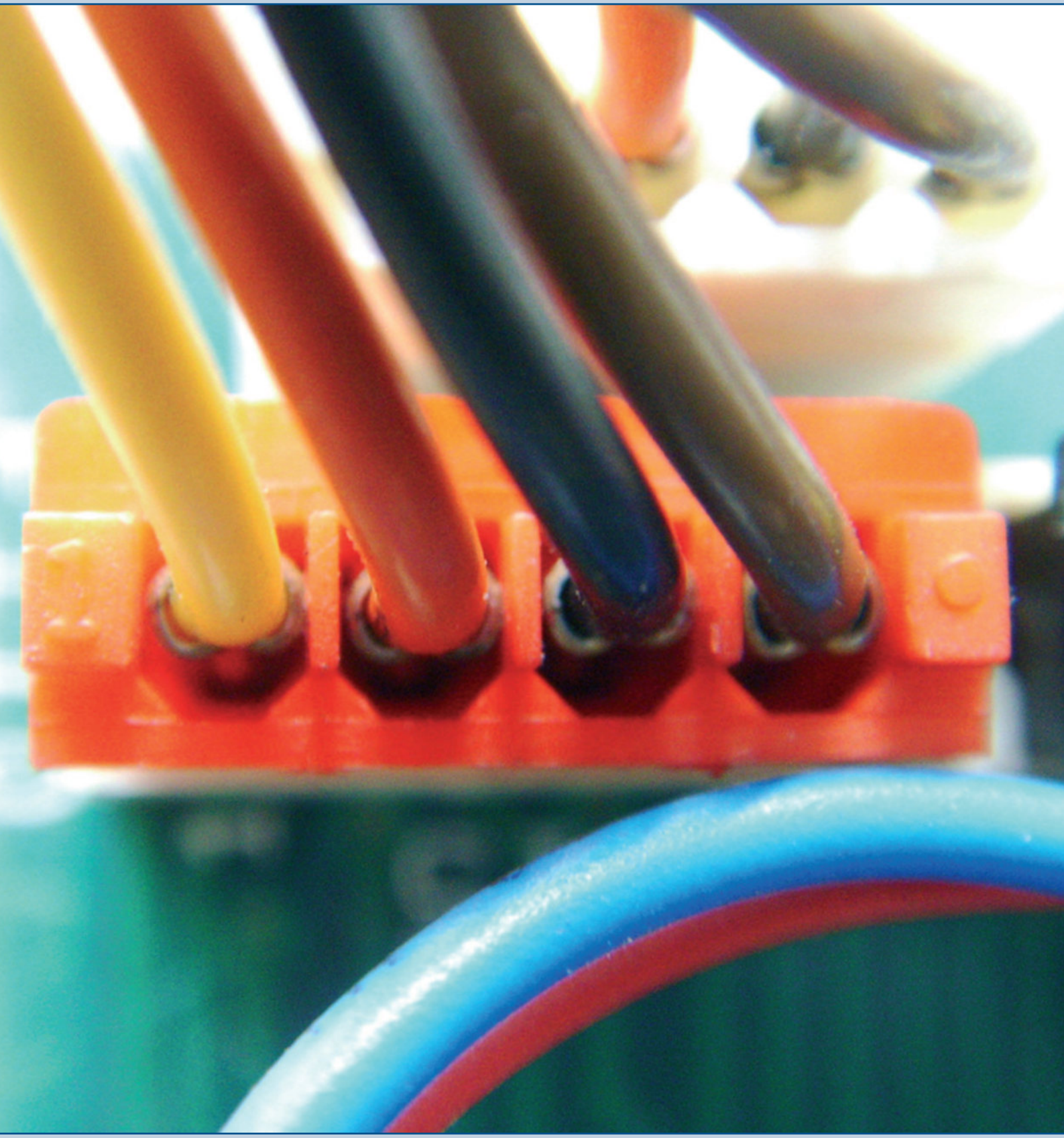
Die moderne Wissensgesellschaft lebt vom Transfer. Doch auch im digitalen Zeitalter gelingt der Austausch von Erfahrungswissen, der aus der Zusammenarbeit von Menschen hervorgeht, am besten in räumlicher Nähe. Insofern prägen die Wissenschaftsstrukturen einer Region zugleich das lokale Innovationsgeschehen. Die IHK Frankfurt engagiert sich daher bei Initiierung von Clustern und fördert mit ihren Beratern den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen.

Die Forschungsinfrastruktur in der Region FrankfurtRheinMain bietet beste Voraussetzungen für die Bildung von Clustern. So sind in der Region derzeit dreißig Hochschulen an siebenunddreißig Standorten, sechs Max-Planck-Institute, drei Fraunhofer-Institute sowie ein Helmholtz-Zentrum tätig. Darüber hinaus sind etwa achtzig zum Teil weltweit tätige Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen angesiedelt. Schließlich gibt es mit dem House of Finance, dem House of IT, dem House of Logistics and Mobility sowie dem House of Clean Energy vier interdisziplinäre Forschungszentren. Darüber hinaus verfügt FrankfurtRheinMain als international bedeutende Europäische Metropolregion über zahlreiche starke Cluster; bislang jedoch ohne ein gemeinsames Verständnis wirtschaftlicher Stärken, ohne belastbare Daten zur Entscheidungsfindung und ohne gemeinsame Ziele bzw. Handlungsfelder zur regionalen Wirtschaftsentwicklung.

Vor diesem Hintergrund haben wir die vom Planungsverband, der Wirtschaftsinitiative und einigen südhessischen IHKs getragene Initiative „Wissensregion FrankfurtRheinMain" bei der Erarbeitung der Clusterstudie FrankfurtRheinMain unterstützt. Sie ist der erste Schritt in einem langfristigen Strategieprozess. Die Datenbasis schafft Transparenz über zwölf Branchencluster und erlaubt Aussagen für die Metropolregion wie auch für einzelne Kommunen, von der Gesamtwirtschaft bis hin zu einzelnen Branchensegmenten. So gibt die Clusterstudie erstmals einen Überblick über zentrale Charakteristika der maßgeblichen Cluster in FrankfurtRheinMain. Auf diese Weise kann eine spezifische Clusterstrategie für die Region FrankfurtRheinMain vorbereitet und umgesetzt werden.

Mit der Verleihung des Hans-Messer-Preises am 6. Februar 2013 und der Verleihung des Dissertationspreises am 21. November 2013 hat die IHK Frankfurt auch 2013 wieder die Exzellenz der wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung an den Hochschulen gewürdigt und ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht. So konnten sich bei den beiden Veranstaltungen jeweils rund hundertfünfzig Teilnehmer von der Leistungsstärke der Fachhochschule Frankfurt und der Goethe-Universität überzeugen.

Schließlich hat die IHK Frankfurt, federführend für die IHK Innovationsberatung Hessen, die Lean Konferenz mit rund 180 Teilnehmern organisiert. Auf der Konferenz präsentierten Experten aus Unternehmen und Beratung erfolgreiche Beispiele aus der Praxis, wie Lean-Management branchen- und funktionsübergreifend eingeführt wird. Dadurch können Produktionsprozesse optimiert und kontinuierlich verbessert werden.



DIGITALE VERNETZUNG UND E-BUSINESS FÖRDERN

SIND SIE SCHON DRIN?

Die voranschreitende Digitalisierung gewinnt weiter an Fahrt und verändert unsere Gesellschaft nachhaltig. Kleine und mittlere Unternehmen nutzen zunehmend Gewohnheiten und Verhalten der Internetnutzer für neue Geschäftsmodelle. Die Nachfrage nach IHK-Beratungsleistungen zu damit verbundenen Fragen nimmt weiter zu. Die IHK Frankfurt stellt zusammen mit dem BIEG Hessen im Jahr 2014 wieder eine Vielzahl von Schulungsangeboten für ihre Mitglieder bereit.

Im vorigen Jahr gehörten die Veranstaltungen zur Digitalen Welt wieder zu den Höhepunkten der Mitgliederveranstaltungen. Zum neunten Mal informierte der Online-Marketing-Tag des BIEG Hessen über erfolgreiche Strategien und wichtige Trends im Internet. Die rund 450 Teilnehmer diskutierten am 18.09.2013 über Suchmaschinenoptimierung, Websitegestaltung und Newslettermarketing. Das zehnjährige Jubiläum der Veranstaltung findet statt am 09.07.2014 in der IHK Frankfurt. Themen werden unter anderem sein: „Die wahren Kaufgründe", „Was macht Webseiten sympathisch" und „digitale Mundpropaganda".

Rund 150.000 Onlineshops kämpfen in Deutschland um die Gunst des Kunden. Branchengrößen wie Amazon oder Zalando drohen den Markt zu konsolidieren, und die zunehmende Professionalisierung im E-Commerce verlangt vor allem von kleinen Online-Händlern einiges ab. Mit welchen Strategien sich kleine und mittlere Shopbetreiber dieser Entwicklung stellen können, erfuhren über 100 Teilnehmer in der dreiteiligen E-Commerce-Reihe des BIEG Hessen im September 2013. Dort wurden Themen behandelt wie: „Absatzpotenziale im Ausland", „Social Commerce" und „Digitale Schaufenstergestaltung".

Spezialisierte Einzeltäter und kriminelle Vereinigungen greifen unermüdlich die IT-Schwachstellen von Unternehmen an. Mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft: Datenklau, Imageschäden und milliardenschwere Verluste. Um sich zu schützen, müssen Unternehmen in der Lage sein, systematisch Bedrohungen zu erkennen, Risiken zu identifizieren und geeignete Schutzmaßnahmen abzuleiten. Auf der BIEG-Veranstaltung „Hackerangriffe – so schützen Sie Ihr Unternehmen" wurden im Dezember 2013 den 80 Teilnehmern nicht nur die aktuelle Bedrohungslage, sondern auch wirksame Abwehrmechanismen vorgestellt. Highlight der Veranstaltung war ein Livehacking, das anschaulich demonstrierte, wo Sicherheitslücken bei mobilen Endgeräten oder Webseiten liegen und wie sie geschlossen werden können.

Mit dem „5. Frankfurter Symposium für Digitale Infrastruktur" im Oktober 2013 stellte die IHK Frankfurt zusammen mit dem Internet-Knoten-Betreiber InterXion die aktuelle Debatte um die Regulierung des Internets und die Rolle der IT-Wirtschaft in der Metropolregion FrankfurtRheinMain in den Mittelpunkt. Vertreter der Bundesregierung, von Google und innovativen Anwendern nahmen Stellung zu den Investitionsaussichten der Internet-Wirtschaft in Deutschland sowie zu neuen Dienste-Anwendungen.

HIER TRIFFT
SICH DER
MITTELSTAND
Der IHK-Ausschuss
Kleine und Mittlere Unternehmen

KUNDENBEZIEHUNGSMANAGEMENT

AM BEDARF DER MITGLIEDSUNTERNEHMEN ORIENTIERT

Die Unternehmen sind mit den Leistungen ihrer Industrie- und Handelskammern (IHK) zufriedener denn je. Das zeigt eine TNS Emnid-Befragung von 1.400 Führungskräften deutscher Firmen im Zeitraum Mai bis Juli 2013.

Die allgemeine Zufriedenheit stieg auf 71,7 Prozent, nach 69,5 Prozent in 2008/2009 und 66,2 Prozent 2004. Dieses Ergebnis spiegelt sich auch im Image der IHKs bei den meisten Unternehmen wider: Sie gelten als vertrauenswürdig und kompetent. Hier erzielen die IHKs diesmal durchweg noch bessere Beurteilungen als in den beiden Vorgängerstudien. Auch die Aussage „hilft mir in der Praxis" wird heute deutlich häufiger bejaht als vor neun beziehungsweise vier Jahren - und das gerade von kleinen Handelsregister-Unternehmen.

Ein weiterer großer Aufgabenbereich der IHK, die Interessenvertretung, wird nach Überzeugung der Befragten immer bedeutender. Der Einsatz für faire Wettbewerbsbedingungen steht dabei ganz oben, aktuell noch vor dem stets vorn platzierten Wunsch nach Eintreten für niedrigere Steuern und Abgaben oder auch für Bürokratieabbau. In der Palette der Informationsangebote erreicht die IHK-Zeitschrift nach wie vor die meisten Unternehmen; die webbasierten Angebote holen aber stark auf. Auch Veranstaltungen werden viel genutzt – vor allem Handelsregister-Unternehmen nutzen sie mehr und häufiger. Und sie werden durchweg als gut bewertet: 82 Prozent der Mitglieder sind mit ihnen sehr oder eher zufrieden.

Die insgesamt guten Ergebnisse der Mitgliederbefragung sind für die IHKs kein Grund zum Stillstand. Im Gegenteil: Schon die Ergebnisse der früheren Befragungen haben die IHK-Organisation als Ansporn verstanden, aktiv zu werden. So wurde die Zahl der Betriebsbesuche bei Mitgliedsunternehmen intensiviert und die Dienstleistungspalette der IHKs gezielt bekannter gemacht.

In der IHK Frankfurt wurde im vorigen Jahr ein neues IT-System für das Kundenbeziehungsmanagement eingeführt. Damit kann die IHK zielgerichteter auf Wünsche ihrer Mitglieder reagieren, die Nachfrage nach den einzelnen Dienstleistungen ihres Portfolios besser verfolgen und damit schneller bedarfsgetrieben auf thematische Interessen reagieren.

Themenschwerpunkte verändern sich stetig und damit einhergehend das Informations- und Beratungsangebot der IHK. Nach Ermittlung des Bedarfs hat die IHK bestehende Produkte darauf auszurichten oder neue zu generieren. Bereits seit 2012 ist ein optimierter Planungs- und Umsetzungsprozess für Produkte und deren Vermarktung in der IHK verankert. Nach außen zeigt sich dies in neuen Produkten, wie dem Immobilienkolloquium und Workshops zu Social-Media-Marketing.

NEUE MITGLIEDER

OFFENES HAUS

Die IHK ist eine Einrichtung der Mitgliedsunternehmen, und deshalb sollte der Besuch des IHK-Gebäudes auf dem Börsenplatz in Frankfurt eine normale Sache sein. Insbesondere neue Mitglieder sollten die IHK als ihren Dienstleister nutzen. Um die Vertrautheit mit der IHK zu steigern, werden öffentliche Führungen angeboten. An der Präsentation der ehrwürdigen Architektur und der gleichzeitigen Vermittlung der Rolle der IHK und ihrer aktuellen Dienstleistungen finden immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer Interesse.

Die regelmäßigen öffentlichen Führungen durchs IHK-Gebäude in Begleitung eines Stadtführers und eines IHK-Mitarbeiters sorgen für einen ungezwungenen Erstkontakt IHK. Die einstündige Tour durchs Haus bietet für so manchen Besucher ein „Aha-Erlebnis" – sowohl was die IHK-Unterstützung im unternehmerischen Alltag als auch die historische Bedeutung des Gebäudes anbelangt.

Immerhin hat Ludwig Erhard hier die Soziale Marktwirtschaft begründet, und die Entwicklung der Frankfurter Börse, die das IHK-Gebäude über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt macht, ist für viele eine ebenso spannende Geschichte. Exklusiv besichtigen können die neuen Mitglieder den Plenarsaal und das Präsidiumszimmer. So lernen sie nicht nur die Tradition des Hauses der Frankfurter Wirtschaft, sondern auch die Räumlichkeiten kennen, in denen das Parlament der Wirtschaft tagt – und wo sie sich künftig vielleicht selbst engagieren werden. An den öffentlichen Führungen nahmen im ersten halben Jahr bereits über 200 Personen teil. Ein ähnliches Erlebnis bietet auch die Veranstaltung „New Kammer", die zwei Mal im Jahr stattfindet. Hier werden neue Mitgliedsunternehmen dazu eingeladen, die IHK-Abteilungen und ihre Leistungen kennen zu lernen. Jungunternehmer erfahren, wie sie rechtliche Fallstricke vermeiden, wen sie zur Optimierung ihrer Unternehmenswebsite ansprechen können oder wer ihnen bei Messebesuchen im Ausland finanziell unter die Arme greift. Das anschließende Get-together bietet die ideale Gelegenheit, sich untereinander sowie mit IHK-Mitarbeitern zu vernetzen.

Um die Bindung der neuen Mitgliedsunternehmen an die IHK Frankfurt zu stärken, lädt die IHK sie zu „Special Events" ein, die anlässlich von kulturellen Großveranstaltungen – etwa dem Wolkenkratzerfestival oder der Luminale – stattfinden. Auch in den Landkreisen gibt es Veranstaltungen, bei denen die neuen Mitglieder erfahren, was die IHK ihnen bietet: Austausch, Vernetzung und gegenseitige Unterstützung sowie maßgeschneiderte Dienstleistungen.

IHK-JAHRESABSCHLUSS 2013

LAGEBERICHT

1. Das Ehrenamt - Die Tradition des ehrbaren Kaufmanns 53

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 54

3. Leistungsschwerpunkte und wesentliche Projekte 55

4. Geschäftsentwicklung 65

5. Chancen- und Risikobericht 69

6. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 70

7. Aktueller Ausblick und Entwicklungen 70

BILANZ 72

ANLAGENSPIEGEL 73

ERFOLGSRECHNUNG 74

FINANZRECHNUNG 75

ANHANG 76

BESTÄTIGUNGSVERMERK 92

LAGEBERICHT

1. DAS EHRENAMT – DIE TRADITION DES EHRBAREN KAUFMANNS

In Deutschland ist die gesellschaftliche Verpflichtung von Unternehmern schon immer eine bewährte Gepflogenheit. So gibt es auch in der IHK Frankfurt seit mehr als 200 Jahren eine erfolgreiche Repräsentation der Wirtschaft, eine selbstbewusste Vertretung von Frankfurter Kaufmanns- und Gewerbeinteressen und einen starken Faktor der öffentlichen Willensbildung in allen Fragen von Wirtschaft und Infrastruktur. Die Stadt Frankfurt und die Kreise Hochtaunus und Main-Taunus bilden nicht zufällig einen der leistungsfähigsten Wirtschaftsstandorte Deutschlands, sondern sind das Ergebnis des hartnäckigen Bemühens um die besten Voraussetzungen für unternehmerische Leistung. Die Mitgliedsunternehmen der IHK Frankfurt bestimmen durch ihr ehrenamtliches Engagement in Fachausschüssen, Vollversammlung und Präsidium Arbeitsziele und -inhalte selbst und initiieren Aktivitäten, wenn es gilt, die Anliegen der Unternehmen der Region in die politische Diskussion einzubringen und Themen in der Öffentlichkeit zu kommunizieren. So sorgen sie eigenverantwortlich dafür, dass die IHK Frankfurt die hoheitlichen Aufgaben sowie ihren Auftrag als Interessenvertretung und Dienstleister, orientiert an den Bedürfnissen der regionalen Wirtschaft, erfüllen kann.

Sie praktizieren die Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und füllen das Leitbild des ehrbaren Kaufmanns mit Leben, investieren ihr Wissen und ihre Arbeitsleistung und zeigen sich solidarisch mit anderen Unternehmen. Dabei ist jede erfolgreiche Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft zur Fachkräftesicherung, jede beschleunigte Infrastrukturmaßnahme und jede abgewendete Steuererhöhung ein Erfolg, den engagierte Unternehmer für alle erringen. Ein Ehrenamt auszuüben, ist mehr als eine unentgeltliche Tätigkeit, denn das Amt verschafft auch Reputation, vermittelt neue Erkenntnisse und Kontakte und bietet eine hervorragende Möglichkeit, Einfluss auf bundesweit einheitliche Standards und die Qualität der Ausbildung potenzieller Nachwuchskräfte zu nehmen und deren Einhaltung zu überprüfen. Dieser Einsatz jedoch kostet Zeit, ein Gut, das heutzutage immer kostbarer wird. Aber ohne dieses freiwillige unternehmerische Engagement stünden Wirtschaft und Gesellschaft schlechter da, denn hierdurch wird staatliche Bürokratie vermieden. Die Aufgaben, die die Industrie- und Handelskammern in Deutschland erledigen, werden in anderen Ländern vom Staat wahrgenommen. Aufgrund der engen und vertrauensvollen Verbindung mit den Unternehmen bearbeiten die Industrie- und Handelskammern die Themen aber mit mehr Verständnis für die Interessen der Wirtschaft, mit mehr Sachkenntnis und Praxisnähe. Würde das gesamte ehrenamtliche Engagement innerhalb der IHKs bezahlten Arbeitskräften übertragen, kämen auf den Staat gewaltige Ausgaben zu.

In den Gremien der IHK Frankfurt engagieren sich rund 4.300 Unternehmensvertreter. In den 19 Ausschüssen, die von der Vollversammlung einberufen werden, bringen mehr als 500 Personen mit viel Einsatz ihr Fachwissen und ihre Erfahrung aus den unterschiedlichsten Branchen und Betriebsgrößen ein. Ihre Aufgabe besteht darin, Themen, Aufgaben und Entscheidungen für Präsidium, Vollversammlung und die IHK-Geschäftsführung vorzubereiten, diese zu beraten und so wichtige Impulse zur Meinungsbildung zu geben. Rund 3.300 Prüfer sind in den Prüfungsausschüssen in der Aus- und Weiterbildung tätig. Sie entwickeln Prüfungsaufgaben, korrigieren Prüfungsarbeiten, bewerten Arbeitsproben, Prüfungsstücke und Dokumentationen. Sie nehmen regelmäßig pro Jahr rund 19.500 Zwischen-, Abschluss- und Zusatzqualifikationsprüfungen in der Ausbildung und der beruflichen Fortbildung ab und leisten damit einen bedeutenden Beitrag zur Fachkräftesicherung in der Region. Die IHK betreut rund 530 Prüfungsausschüsse in der Berufsausbildung und 170 in der beruflichen Fortbildung. Nicht zuletzt dank des dualen Ausbildungssystems ist die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland im europäischen Vergleich so niedrig. Ebenso

engagieren sich ehrenamtliche Prüfer bei den umfangreichen Fach- und Sachkundeprüfungen für den Straßenpersonen- und den Güterverkehr, das Bewachungsgewerbe, den Handel mit Schusswaffen und freiverkäuflichen Arzneimitteln und führen regelmäßig rund 1.500 Prüfungen im Jahr durch. Und auch beim Thema Streitschlichtung nutzt die IHK die Expertise von Fachleuten aus den Unternehmen. Die bei der IHK ansässige Einigungsstelle kann bei Wettbewerbsstreitigkeiten zwischen Kaufleuten zur außergerichtlichen Klärung angerufen werden. Rechtliche Streitigkeiten zwischen Ausbildungsunternehmen und Auszubildenden können vor einem Schlichtungsausschuss der IHK vorgebracht werden. Diese Verfahren sind ein gutes Beispiel dafür, wie durch ehrenamtliches Engagement gütliche Einigungen rechtlicher Streitigkeiten erreicht werden können, ohne die Gerichte zu belasten.

Nur mit dem Interesse und Engagement der vielen, die ihr Unternehmertum freiwillig bereitstellen und sich in Präsidium, Vollversammlung und in den Ausschüssen der IHK Frankfurt ehrenamtlich einsetzen, die als gewählte Vertreter und als Fachleute der IHK als ihrem regionalen Wirtschaftsparlament die inhaltliche Richtung und die politische Wirkungsmacht verleihen, wird es weiterhin gelingen, zukünftige Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort FrankfurtRheinMain als führenden Industrie- und Dienstleistungsstandort erfolgreich zu gestalten.

2. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN 2013

Im Verlauf des Jahres verstärkte sich das globale Wirtschaftswachstum. Faktoren, wie der hohe Verschuldungsgrad des Privatsektors und die Konsolidierungsanstrengungen im öffentlichen Bereich, die die Weltkonjunktur in den vergangenen beiden Jahren spürbar belasteten, haben an Bedeutung verloren. Der weltweite Konjunkturverlauf wurde weiterhin von den Schwellenländern stark bestimmt, die mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4,7 Prozent Wachstumstreiber waren und die weltweite Nachfrage stützten. Dank dieser weiterhin dynamischen Entwicklung nahm das weltweite Bruttoinlandsprodukt um 3,3 Prozent zu, während die entwickelten Volkswirtschaften im Jahresmittel nur um 1,3 Prozent gewachsen sind.

Im europäischen Vergleich zeigte sich weiterhin ein heterogenes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung. Vor dem Hintergrund einer geringen Kapazitätsauslastung und des in einigen Ländern schwierigen Zugangs zu Bankkrediten erholten sich die gewerblichen Investitionen dort nur langsam. Der hohe Verschuldungsgrad des Privatsektors sowie die Arbeitslosigkeit in vielen Mitgliedstaaten wirkten auf die privaten Konsumausgaben. Gleichzeitig konnten aber auch in einer Reihe von Ländern notwendige Anpassungen bei den Kostenstrukturen fortgeführt werden, die Unternehmen neue Absatzmärkte erschließen und somit in stärkerem Maße wieder am globalen Wachstum teilhaben. Der im Frühjahr 2013 begonnene Erholungsprozess hielt an, und im dritten Quartal nahm die Wirtschaftsleistung weiter zu, auch wenn die Belastungen aus der Schulden- und Anpassungskrise fortwirkten.

Die Lage der deutschen Wirtschaft hat sich weiter entspannt, obwohl der erwartete konjunkturelle Aufschwung noch nicht eingesetzt hat. Ein langer Winter und ein nasses Frühjahr haben der deutschen Wirtschaft einen schwachen Start ins Jahr 2013 beschert. Die konjunkturelle Belebung in der zweiten Jahreshälfte führte zu einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt von 0,4 Prozent, das sich im Vorjahresvergleich, als die Wirtschaftsleistung noch um 0,7 Prozent zulegen konnte, etwas abschwächte. Der deutsche Außenhandel büßte im Jahresdurchschnitt angesichts eines schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds an Dynamik ein. Wachstumsmotor im vergangenen Jahr war dafür der robuste Binnenkonsum und der gute Zustand der deutschen Volkswirtschaft, der sich trotz des moderaten Konjunkturverlaufs in einer niedrigen Arbeitslosenquote, einem anhaltenden Beschäftigungswachstum, steigenden Zahlen bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, einer gemäßigten Teuerungsrate und spürbaren Verdienstzuwächsen ausdrückte.

Die stabile wirtschaftliche Entwicklung spiegelte sich auch in der Arbeitsmarktbilanz. Trotz des schwächeren Wachstums wurde erneut ein Beschäftigungsrekord erreicht, und die Zahl der Erwerbstätigen stieg bundesweit imJahresdurchschnitt um 233.000 auf 41,8 Mio. Personen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag bei 6,9 Prozent und damit 0,1 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Dass die Arbeitslosenquote trotz steigender Erwerbsbeteiligung nicht weiter gesunken ist, ist auf die Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials zurückzuführen. Zum einen ist die Nettozuwanderung im vergangenen Jahr weiter gestiegen, zum anderen konnte die Zahl der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden weiblichen Arbeitskräfte durch den Ausbau des Betreuungsplatzangebots weiter erhöht werden.

Das Bundesland Hessen blieb weiter Wachstumstreiber, und die hessische Wirtschaft entwickelte sich nach den Aussagen des Hessischen Statistischen Landesamts in 2013 mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 0,8 Prozent wieder positiver als der Bundesdurchschnitt. Nach dem Zuwachs von 0,9 Prozent im Jahr 2012 bleibt die konjunkturelle Lage damit beständig, und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichte mit 2,4 Mio. Personen, und damit einer Zunahme um 1,0 Prozent, einen neuen Höchststand. Die Arbeitslosenquote folgte dem Bundestrend und ist im Jahresdurchschnitt leicht von 5,5 auf 5,8 Prozent gestiegen.

Im IHK-Bezirk Frankfurt wird auf 4,5 Prozent der Fläche und mit 27,1 Prozent der Erwerbstätigen mehr als ein Drittel der Bruttowertschöpfung Hessens erarbeitet. Die hohe Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft in Verbindung mit der hohen Standortqualität sorgt dafür, dass der IHK-Bezirk Frankfurt auch weiterhin das wirtschaftliche Zentrum Hessens blieb. Im deutschen und hessischen Vergleich ist die Kaufkraft gegenüber dem Vorjahr abermals gestiegen und lag in Frankfurt um 17,9 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt, im Hochtaunuskreis sogar um 46,3 Prozent und im Main-Taunus-Kreis um 38 Prozent über dem deutschlandweiten Wert. Der IHK-Geschäftsklimaindikator, dem eine regelmäßige Befragung von 2.600 Unternehmen zugrunde liegt, konnte im Jahresverlauf um vier Punkte zulegen. Fast 90 Prozent der Betriebe berichteten in der Konjunkturumfrage zum Herbst 2013 von einer guten oder stabilen Geschäftslage. Beinahe 30 Prozent der Unternehmen erwarteten eine bessere Entwicklung ihrer Geschäfte in den kommenden Monaten. Der stabile Arbeitsmarkt war das Fundament für einen starken Binnenkonsum und stützte die aktuelle Geschäftslage der Unternehmen. Die Arbeitslosenquote im Stadtgebiet Frankfurt lag mit 7,4 Prozent auf dem Vorjahresniveau. Leichte Anstiege waren im Main-Taunus-Kreis (4,4 Prozent; + 0,1 Prozentpunkte) und Hochtaunuskreis (4,1 Prozent; + 0,3 Prozentpunkte) zu verzeichnen, die beide allerdings weiterhin zu den Gebieten in Hessen mit der geringsten Arbeitslosigkeit gehören. Hier liegt der Hochtaunuskreis nach Fulda sogar an zweiter Stelle aller 26 hessischen Kreise und kreisfreien Städte.

3. LEISTUNGSSCHWERPUNKTE UND WESENTLICHE PROJEKTE

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL

Im Vorfeld der Landtagswahl haben die hessischen Industrie- und Handelskammern die wichtigsten Anforderungen aus Unternehmersicht an die nächste hessische Landesregierung formuliert. Die durch die Vollversammlungen aller zehn hessischen IHKs legitimierten Wahlprüfsteine, in denen die Arbeit der bisherigen Landesregierung gewürdigt, aber auch politischer Handlungsbedarf aufgezeigt und Ansatzpunkte für die zukünftige Arbeit formuliert werden, wurden an alle Kandidaten für die Landtagswahl geschickt. Auf diese Weise konnte der Dialog mit den Politikern aller Parteien bereits vor der Wahl geführt werden.

Ergänzend hierzu wurde eine Diskussionsreihe mit den Spitzenkandidaten aller fünf Parteien veranstaltet. In den moderierten Diskussionen mit Volker Bouffier und Janine Wissler in Frankfurt, Tarek Al-Wazir in Offenbach, Thorsten Schäfer-Gümbel in Limburg sowie Jörg-Uwe Hahn in Wiesbaden konnte eine öffentliche Positionierung der hessischen Industrie- und Handelskammern und eine Vermittlung ihrer Forderungen erreicht werden.

Bei einem erneuten Treffen mit Vertretern der 15 hessischen Kammerorganisationen, die mehr als 400.000 Unternehmen und rund 100.000 Freiberufliche repräsentieren, und den Fraktionsvorsitzenden der Parteien im hessischen Landtag, wurde unter dem Motto „Kammern in Hessen" im Beisein zahlreicher Landtagsabgeordneten über die Rolle der Kammern gesprochen. Deutlich wurde, dass die Tätigkeiten der Kammern bei allen Parteien auf Zustimmung treffen und der über die Kammern organisierte Dialog zwischen Wirtschaft und Politik als Schlüssel für den Erfolg des Wirtschaftssystems geschätzt wird.

AUSBILDUNGSSITUATION ZUM 31. 12. 2013

Auf dem Ausbildungsmarkt in der Metropolregion werden die demografischen Veränderungen immer deutlicher spürbar. Einem zunehmenden Angebot an Ausbildungsplätzen stehen immer weniger Interessenten gegenüber. Damit bleibt die Situation für die Bewerber im IHK-Bezirk Frankfurt weiterhin attraktiv. Nach den Statistiken der für den IHK-Bezirk zuständigen Arbeitsagenturen Frankfurt und Bad Homburg standen in 2013 jedem unversorgten Bewerber rechnerisch durchschnittlich 2 unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber. Bis Jahresende wurden in den Unternehmen im IHK-Bezirk Frankfurt insgesamt 5.372 neue Ausbildungsverhältnisse abgeschlossen. Die Vertragszahlen im IHK-Bezirk sind damit im Vorjahresvergleich um 8,4 Prozent rückläufig. Grund hierfür ist allerdings nicht der Mangel an angebotenen Lehrstellen oder ein nachlassendes Engagement der 3.040 Ausbildungsbetriebe im IHK-Bezirk, vielmehr tragen kumulierend rückläufige Schülerzahlen, eine zunehmende Studienorientierung der Schulabgänger, das Missverhältnis zwischen den angebotenen Ausbildungsplätzen und den Wünschen der Jugendlichen und zusätzlich der Mangel an qualifizierten Bewerbern zu dem Rückgang bei.

Bei den abgeschlossenen Verträgen stellen die kaufmännischen und kaufmännisch verwandten Berufe mit 76,0 Prozent weiterhin den Hauptanteil der Ausbildungsplätze, während die Vertragszahlen für die Berufe im industriell-technischen Bereich seit Jahren konstant rund ein Viertel der Vertragszahlen ausmachen. Im Rahmen des fortgeführten Ausbildungspaktes konnten im vergangenen Jahr 459 zusätzliche Ausbildungsplätze und 318 Ausbildungsbetriebe neu gewonnen werden. Darüber hinaus boten die Unternehmen im vergangenen Jahr 152 Plätze für Einstiegsqualifizierungen an, von denen 89 in Anspruch genommen wurden. In Hessen bleiben die IHK-Unternehmen die größten Anbieter der dualen Ausbildung und stellen wie bisher rund 60,0 Prozent aller Ausbildungsverhältnisse mit 150 anerkannten Ausbildungsberufen für Industrie, Handel und Dienstleistung.

FÖRDERUNG DER AUS- UND WEITERBILDUNG

Zahlreiche Unternehmen, die, unterstützt durch die stabile konjunkturelle Lage zur Sicherung des Fachkräftebedarfs die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht haben, konnten erneut ihr Angebot nicht in ein Ausbildungsverhältnis überführen. In jedem fünften hessischen IHK-Unternehmen blieben Ausbildungsplätze unbesetzt. Viele Betriebe, die erkannt haben, dass die Ausbildung und die frühzeitige Bindung an das eigene Unternehmen eine der besten Strategien ist, um dem spürbar werdenden Fachkräftemangel zu begegnen, bemerken, dass die duale Berufsausbildung verstärkt mit den Hochschulen und anderen Bildungsgängen um Schulabgänger konkurriert. Zusätzlich ist zu befürchten, dass sich die Wiedereinführung der neunjährigen Gymnasialzeit und der Ausbau beruflicher Gymnasien zusätzlich belastend auf die Situation am Lehrstellenmarkt auswirken werden. Für die Firmen gestaltet sich damit die Suche nach engagierten und qualifizierten Bewerbern noch schwerer. Die Wirtschaft in der Metropolregion braucht aber auch in Zukunft interessierte und kompetente Auszubildende und Fachkräfte. Daher sind neue Strategien und neue Formen der Kontaktaufnahme erforderlich. Wesentlich für den Erfolg wird es sein, ein zielgruppengerechtes Ausbildungsmarketing durchzuführen. Vor allem kommt es darauf an, Lösungen zu finden, um alle Bewerber, auch die mit schlechteren Voraussetzungen, in die betriebliche Ausbildung zu integrieren.

Zur Unterstützung der Fachkräftesuche wurden daher neue Formate eingeführt. Um das Zusammentreffen möglichst vieler Unternehmen mit interessierten, aber bisher unvermittelten Bewerbern noch vor den Sommerferien zu ermöglichen, organisierte die IHK Frankfurt erstmals ein Azubi-Speed-Dating, bei dem etwa 500 Schüler mit

zahlreichen Ausbildungsunternehmen zusammentrafen. Im Turnus von zehn Minuten hatten Bewerber und Unternehmen Zeit, im Gespräch die jeweilige Attraktivität aufzuzeigen. Hierzu wurden alle interessierten Schüler der allgemeinbildenden Schulen eingeladen, die für das laufende Ausbildungsjahr noch eine Lehrstelle suchten. Die Unternehmen, beispielsweise die Bechtle GmbH IT Systemhaus oder Coa, Cuisine of Asia, zogen im Anschluss ein positives Fazit, da Verträge geschlossen oder Folgegespräche vereinbart werden konnten.

Die Mitgliedsfirmen für ein gezieltes Bewerbermarketing zu rüsten, war ein weiterer Anspruch und eine neue Herausforderung. Bei dem bundesweit einmaligen IHK-Azubi-Recruiting-Tag informierten sich mehr als 300 Unternehmen über die gezielte Ansprache von Schulen, den Einsatz von Social Media und die Zusammenarbeit mit Anbietern, die ein ausführliches Profiling von interessierten Bewerbern bieten. Ebenfalls zum ersten Mal öffnete sich die IHK Frankfurt für eine Messe rund um das duale Studium, die von über 700 angehenden Abiturienten wahrgenommen wurde. Eine Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung ergab, dass rund 55,0 Prozent der Unternehmen, die sich als Kooperationsbetriebe an dualen Studiengängen beteiligen, eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Hochschulen wünschen. Die hessischen IHKs sehen sich als Partner der Kampagne "Duales Studium für Hessen" und begleiten Mitgliedsunternehmen und Studieninteressierte mit einem Informations- und Beratungsangebot zu dem Studienmodell und den organisatorischen Anforderungen. Gemeinsam mit den Hochschulen und den Berufsakademien werden der Ausbau von dualen Studiengängen vorangetrieben und der Einfluss auf die regionalen Netzwerke zum Austausch zwischen Wirtschaft, Hochschule und Berufsakademie verstärkt. Mit Bildungsanbietern und Unternehmen werden Eckpunkte für die entsprechende Umsetzung der Praxisphasen im Unternehmen erarbeitet.

Ein positives Beispiel einer gezielten Förderung im Hinblick auf die systematische Berufsorientierung, den reibungslosen Berufseinstieg und die Chancengleichheit von weniger leistungsfähigen Bewerbern in der Schulphase ist das "Frankfurter Hauptschulprojekt". Dieses Projekt wird durch die IHK Frankfurt, die HWK Frankfurt-Rhein-Main und den Verband der Metall- und Elektrounternehmen Hessen gefördert und aktuell an 18 von 20 Hauptschulen im Frankfurter Stadtgebiet durchgeführt. Über 1.000 Betriebe haben sich bisher engagiert und mehr als 4.000 Hauptschüler daran teilgenommen. In Einzelgesprächen mit Sozialpädagogen, Bewerbungstrainings, Informationsveranstaltungen und Praktika können die Schüler ihre Stärken und Interessen finden. Finanziert wurde das Projekt bisher vom Staatlichen Schulamt, dem Stadtschulamt der Stadt Frankfurt und der Agentur für Arbeit. Bedauerlicherweise plant das Hessische Kultusministerium, die Finanzmittel zukünftig den einzelnen Schulen zur freien Verwendung zur Verfügung zu stellen. Damit steht zu befürchten, dass dem Projekt die finanzielle Grundlage entzogen wird, da zu erwarten ist, dass viele Schulen die Mittel für andere Zwecke verwenden werden. Der Beschluss der Vollversammlung, die Stiftungsmittel der Jubiläumsstiftung der IHK Frankfurt e.V. (150 Tausend Euro) nach deren Auflösung der gemeinnützigen städtischen Gesellschaft für Jugendbeschäftigung e.V. zukommen zu lassen, sichert zumindest in 2014 den Bestand und die Aktivitäten für das "Frankfurter Hauptschulprojekt".

Der IHK-Fachkräftemonitor zeigt, dass zukünftig im IHK-Bezirk Frankfurt rund 16.000 Fachkräfte mit einem technischen Abschluss fehlen werden. Daher organisierte die IHK Frankfurt bereits im dritten Jahr ein IHK-Feriencamp, bei dem Schüler aus Frankfurt und der Region, vorzugsweise aus der 8. oder 9. Klasse eines Gymnasiums, einer Real- oder Gesamtschule, in einem einwöchigen Schnupperkurs bei Allessa in Fechenheim die Anforderungs- und Aufgabenprofile von Berufen im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) erfahren können. Die Schüler erhalten während dieser Woche Einblicke in die Elektro- und Metallausbildung, in typische Laborarbeitsabläufe, absolvieren einen Einstellungstest und den Probedurchlauf eines Bewerbungsgesprächs. Damit sollen sie für eine MINT-Berufsausbildung sensibilisiert werden. Am Ende erhalten die Teilnehmer ein Zertifikat, das die Ausbildungsunternehmen der Branche begrüßen, da durch die Teilnahme die Wahrscheinlichkeit, dass die Ausbildung aufgrund falscher Erwartungen und aus Unkenntnis des Berufsbildes abgebrochen wird, gering sein wird. 20 Industriebetriebe öffneten ihre Tore, um bei der "3. Langen Nacht der Industrie" Schülern und Studenten einen direkten Einblick in die industriellen Arbeitsabläufe zu ermöglichen und die Industriebranche als interessanten und zukunftssicheren Arbeitgeber zu präsentieren.

Unter der Schirmherrschaft der IHK Frankfurt, der HWK Frankfurt-Rhein-Main, der Stadt Frankfurt sowie der Agentur für Arbeit Frankfurt wurde auf dem Börsenplatz die 20. Berufsbildungsmesse als große Informationsplattform für 10.000 junge Schüler durchgeführt, die sich über die Chancen und Perspektiven der dualen Ausbildung oder des dualen Studiums bei mehr als 100 Ausstellern aus den Bereichen Dienstleistung, Handel, Industrie, Handwerk oder Öffentlicher Dienst informieren wollten. Die große Nachfrage zeigt, dass viele Jugendliche ihren Berufseinstieg aktiv gestalten wollen und selbst den Kontakt mit potenziellen Arbeitgebern suchen.

Seit acht Jahren verleiht die Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium einen IHK-Schulpreis, mit dem besonders leistungsstarke Haupt- und Realschulen ausgezeichnet werden, die ihre Schüler individuell fördern, Talente stärken und sich anhand der Abschlussnoten messen lassen. Schulnoten sind bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz zwar nicht allein entscheidend, aber für die Unternehmen ein wichtiger Indikator für fachliche Kompetenzen, Leistungsbereitschaft, Durchhaltevermögen und Motivation. Für den Schulpreis haben sich 26 Schulen im Bildungsgang Hauptschule und 28 Schulen im Bildungsgang Realschule beworben, von denen die jeweils ersten drei Plätze mit Geldpreisen von insgesamt 7.000 Euro ausgezeichnet wurden.

Parallel zu all diesen Aktionen setzt sich die Geschäftsführung der IHK Frankfurt in regelmäßigen Gesprächen mit Ministerien und Arbeitsagenturen für möglichst viele Maßnahmen und Steuerungsinstrumente ein, die den Einstieg in die duale Berufsausbildung sachdienlich vorbereiten, und die die Rahmenbedingungen zur Bewältigung der Fachkräftelücke verbessern. Die Ergebnisse dieser Beratungen finden in der Fachkräftestrategie der Landesregierung ihren Niederschlag.

DEM FACHKRÄFTEMANGEL ENTGEGENWIRKEN

Der Fachkräftemangel, ein drohendes Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung, bleibt eine der größten Herausforderungen für die hessische Wirtschaft. Der Fachkräftemonitor der hessischen Industrie- und Handelskammern ermittelt, dass zukünftig auf dem Arbeitsmarkt in der Region Frankfurt fast 70.000 ausgebildete Fachkräfte pro Jahr fehlen werden. Umso besser sind daher die Aussichten für die rund 6.000 jungen Menschen, die im letzten Jahr ihre Berufsausbildung mit der Prüfung bei der IHK Frankfurt abgeschlossen haben. 232 von ihnen haben mit sehr guten Ergebnissen abgeschnitten, 21 davon haben sogar die besten Ergebnisse in ganz Hessen erzielt. Diese besonderen Leistungen würdigt die IHK Frankfurt jährlich mit der IHK-Bestenehrung. Die Absolventen haben im Anschluss die Möglichkeit, sich mit einer Aufstiegsfortbildung zum Fachwirt, zum Industriemeister oder mit anderen Abschlüssen in die Gruppe der Hochqualifizierten zu begeben, denn solche Abschlüsse sind mittlerweile in Europa mit dem Bachelorabschluss gleichgestellt. Von den besten Kandidaten haben sich daher auch 60 erfolgreich um ein IHK-Stipendium für ihre berufsbegleitende Weiterbildung beworben, das von der Begabtenförderung der Bundesregierung angeboten wird. Dieses unterstützt drei Jahre lang eine Weiterbildung mit bis zu jeweils 2.000 Euro und wird über die IHK Frankfurt koordiniert.

Die berufliche Weiterbildung als elementarer Baustein der Personalentwicklung und einer zukunftsgerichteten Beschäftigung wird im Zuge des demografischen Wandels immer wichtiger. Die Diskussionen um den Fachkräftemangel und den Qualifikationsbedarf wirken und zeigen erfreulicherweise, dass Beschäftigte wie auch Unternehmen verstärkt in die Weiterbildung investieren und bereit sind, den Wirtschaftsstandort Hessen zu stärken und zur Fachkräftesicherung beizutragen. Jedes Jahr absolvieren im IHK-Bezirk Frankfurt fast 3.000 Fachkräfte eine anerkannte IHK-Weiterbildung. Bei der IHK-Landesbestenehrung zeichnen die hessischen IHKs jährlich die 60 besten Absolventinnen und Absolventen mit unterschiedlichen Weiterbildungsabschlüssen aus allen Teilen Hessens aus; in diesem Jahr allein 29 Prüflinge aus der IHK Frankfurt.

Angesichts der Tatsache, den größten Standort für Finanzdienstleistungen zu vertreten, hat die IHK Frankfurt für die Branche die grundlegenden Arbeiten bei der Konzeption und Einführung der vom Gesetzgeber vorgeschriebenen

neuen Prüfung für die Finanzanlagenvermittler übernommen. Die Mitarbeiter des Geschäftsfelds Aus- und Weiterbildung haben die Auswahl der Prüfungsaufgaben und die Etablierung eines bundesweiten Aufgabenauswahlausschusses koordiniert. Nach Einführung der neuen Sachkundeprüfung absolvierten im ersten Jahr bereits mehr als 900 Vertreter aus der Versicherungs- und Finanzdienstleistungsbranche allein im IHK-Bezirk Frankfurt die aus zwei Teilen bestehende Prüfung.

Das duale System der Berufsausbildung stößt auch im Ausland auf Interesse. Seit 2013 unterstützt die IHK Frankfurt unter dem Stichwort "Bildungsexport" den Aufbau der dualen Berufsausbildung, vornehmlich in den Berufen der Hotellerie und Gastronomie, bei den Auslandshandelskammern in Moskau und Athen. Eine Delegation griechischer Unternehmer und Politiker beschäftigte sich zu Beginn des Jahres in Frankfurt mit den Grundsätzen und Elementen dualer Berufsausbildung. Angesichts des Fachkräftebedarfs und der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland konnten 40 interessierte Jugendliche mithilfe eines Förderprogramms für junge EU-Ausländer ein Praktikum in Frankfurter Hotels absolvieren. Die Vertreter der AHK Moskau nahmen im Herbst sowohl an den Prüfungen als auch an den Schulungen für die Prüfer teil.

Auf Initiative der IHK Frankfurt ehrte die Stadt Frankfurt im Rahmen einer Feierstunde in der Frankfurter Paulskirche erstmals 270 ehrenamtliche Prüfer für ihr langjähriges Engagement. Mit ihrem zeitaufwändigen Einsatz dienen sie der Nachwuchsförderung und sorgen dafür, dass die hohen fachlichen Maßstäbe in jedem Ausbildungsjahrgang aufrecht erhalten bleiben. Dadurch sichern sie nicht nur einheitliche Standards in der Berufsausbildung und den Fortbestand der ausgezeichneten Produktqualität sondern auch die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

MITTELSTANDSORIENTIERUNG

Keine andere Industrienation verfügt über einen vergleichbar ausgeprägten Mittelstand wie Deutschland, der, wie die Krisenjahre zeigen, durch seine Vielfalt und Anpassungsfähigkeit einen unschlagbaren Vorteil im globalen Wettbewerb begründet. Die mittelständischen Betriebe waren und sind eine wesentliche Stütze der Volkswirtschaft und durch die kontinuierlich positive Beschäftigungsentwicklung in den letzten Jahren der Jobmotor. Während Großunternehmen und Staat Stellen abbauten, schufen Mittelständler neue. Gemäß der letzten Untersuchung der Kreditanstalt für Wiederaufbau stieg die Zahl der Beschäftigten in mittelständischen Firmen im Zeitraum von 2007 bis 2011 um rund 2,5 Millionen Personen.

Im IHK-Bezirk Frankfurt werden rund 97.000 Unternehmen, das sind mehr als 99 Prozent der Mitgliedsunternehmen, zum Mittelstand gezählt. Für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung kommt den mittelständischen Unternehmern der Region eine herausragende Bedeutung zu, denn ihre Unternehmen treiben Innovationen voran, sind auf Auslandsmärkten aktiv, besetzen erfolgreich Nischen als Weltmarktführer und beschäftigen nahezu 60 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und sind darüber hinaus für die berufliche Ausbildung von mehr als 83 Prozent der Fachkräfte verantwortlich. Die wirtschaftliche Stärke und die regionale Verbundenheit dieser mittelständischen Unternehmen sorgen dafür, dass der IHK-Bezirk Frankfurt das Powerhouse der hessischen Wirtschaft bleibt und zu den leistungsstärksten Regionen in Deutschland und Europa gehört. Die Ausrichtung der vorwiegend familiengeführten Unternehmen auf ein nachhaltiges wirtschaftliches Handeln, eine langfristige Wertsteigerung, soziales Engagement und die Schwerpunktsetzung auf stabile und vertrauensvolle Beziehungen zu Kunden und Mitarbeitern, haben in Krisenzeiten stabilisierend gewirkt.

Für die mittelständischen Mitgliedsunternehmen im IHK-Bezirk Frankfurt ist der Ausschuss „Kleine und Mittlere Unternehmen" der zentrale Treffpunkt. Hier finden die Unternehmer eine starke Vertretung ihrer Interessen und haben die Möglichkeit, branchenübergreifend aktuelle mittelstandspolitische Fragestellungen zu thematisieren. Unternehmer, Geschäftsführer und Gesellschafter nutzen den Ausschuss für den praktischen Informations- und

Erfahrungsaustausch und haben über den Dialog mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Gelegenheit, sich in aktuelle Diskussionen einzubringen. Schwerpunkte und Ausrichtung der Ausschussarbeit bestimmen die Mitglieder des Ausschusses selbst. So standen in 2013 neben den Themen Wissensmanagement und -transfer insbesondere die Chancen und Risiken der Energiewende auf der Agenda. Der auf Initiative der IHK Frankfurt erstmalig durchgeführte bundesweite "best practice"-Erfahrungsaustausch von IHK-Mittelstandsausschüssen fand eine positive Resonanz bei den Teilnehmern und soll zukünftig jährlich fortgeführt werden. Regelmäßig werden auf der vom KMU-Ausschuss initiierten Veranstaltungsreihe "New Kammer" die Vertreter neugegründeter mittelständischer Unternehmen persönlich begrüßt, über das Dienstleistungsangebot der IHK Frankfurt informiert und erhalten so frühzeitig die Gelegenheit zur Kontaktpflege und zum Meinungsaustausch mit anderen Unternehmen.

Über speziell konzipierte und jährlich wiederkehrende Veranstaltungsangebote ergeben sich weitere Gelegenheiten, mit anderen Unternehmern und Experten über mittelstandsrelevante Fragen zu diskutieren. Der Mittelstandstag, der nun bereits zum 12. Mal durchführt wurde, hat sich, mit mehr als 1.000 Teilnehmern, als die zentrale Informations- und Kommunikationsplattform in der Region etabliert. In insgesamt 18 Foren wurde umfassend über wichtige Neuerungen für die mittelständischen Betriebe, unter anderem über Social Media am Arbeitsplatz, Compliance und Risk Management, IT-Kosten, Energieeffizienz, Umweltschutz, Vermögensbildung sowie Förderprogramme informiert. Die 5. Jahrestagung Personal, die sich insbesondere an die Personalverantwortlichen aus den mittelständischen Unternehmen richtet, hatte zum Ziel, altbekannte Verfahrensmuster aufzubrechen und sich mit den individuellen Bedürfnissen potenzieller Mitarbeiter auseinanderzusetzen. Die Schwerpunktthemen "Gesundheitsmanagement", "Neue Rolle der Führungskraft" und "Demografischer Wandel" boten Gelegenheit, sich über die neuen Herausforderungen auszutauschen. Mit rund 500 Teilnehmern wurden in sechs begleitenden Foren Fragen und Probleme der vorgestellten Karrierestrategien als Führungs- und Bindungsinstrumente, des betrieblichen Gesundheitsmanagements und des Erhalts der Beschäftigungsfähigkeit älterer Belegschaften intensiv diskutiert, Arbeitgeberinteressen und Mitarbeiterbedarf abgewogen und praktische Strategien intensiv erörtert.

Über diese Publikumsveranstaltungen hinaus bietet die IHK Frankfurt den Unternehmern vielfältige Serviceleistungen. In zahlreichen individuellen Gesprächen und Beratungen können angehende und etablierte Unternehmer wichtige Informationen und passgenau konzipierte Angebote abrufen. Das Serviceprogramm, das neben Existenzgründungs-seminaren, Förder-, Finanzierungs- und Unternehmensnachfolgesprechtage umfasst, wird durch die Webinarreihe „Erfolgsfaktoren im Mittelstand" auf der IHK-Homepage ergänzt. Gesonderte Workshop-Veranstaltungen konzentrieren sich auf aktuelle Themen und behandelten insbesondere den Nutzen interner Netzwerke, deren verstärkte Nutzung ein vielversprechender Ansatz ist, um in den mittelständischen Unternehmen schneller und wirksamer auf die Herausforderungen der Märkte zu reagieren. Zudem können die Netzwerke helfen, brachliegende Potenziale im Unternehmen zu heben und traditionelle Denkmuster in Frage zu stellen.

In den Konjunkturprognosen der hessischen IHKs werden pro Quartal neben der wirtschaftlichen Lage auch Investitionsvorhaben, Beschäftigungsentwicklung und der zunehmende Fachkräftemängel nach Unternehmensbranchen abgerufen und untersucht. Die Ergebnisse der Umfrage ermöglichen dabei nicht nur den Blick auf die Entwicklungen im IHK-Bezirk Frankfurt, sondern auch in der Metropolregion FrankfurtRheinMain und im Land Hessen. Der IHK-Mittelstandsbericht 2013 verdeutlicht, dass sich das Geschäftsklima insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen im IHK-Bezirk Frankfurt im Vergleich zum Vorjahr besser entwickelt hat als bei den Großunternehmen und vor allem die Geschäftserwartungen deutlich positiver ausfallen. Auch lassen die Beschäftigungspläne der mittelständischen Unternehmen die Entstehung neuer Arbeitsplätze erwarten, während bei den Großunternehmen weiter mit einem Abbau von Beschäftigungsverhältnissen zu rechnen ist. Die Fachkräftelücke stellt die mittelständischen Unternehmen vor eine große Herausforderung. Bereits derzeit können 34 Prozent der Unternehmen offene Stellen längerfristig nicht besetzen. Dies ist eine weitere Erkenntnis des in 2013 aktualisierten IHK-Fachkräftemonitors, dessen Ergebnisse erstmals in einem IHK-Fachkräftereport zusammengefasst und veröffentlicht wurden. Neben

Aussagen der Unternehmen zu den zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen des Fachkräftemangels, den von den Betrieben bisher eingeleiteten Maßnahmen und den Erwartungen der notwendigen und zu verbessernden Rahmenbedingungen, verdeutlichen die Umfrageergebnisse eindrücklich, dass in den nächsten Jahren regelmäßig von einer Fachkräftelücke von 100.000 Personen in Hessen und nahezu 70.000 Personen im IHK-Bezirk Frankfurt auszugehen ist. Für 90 Prozent dieser Stellen ist eine berufliche Qualifikation zwingende Voraussetzung.

Bei dem 3. Kongress des Demografienetzwerks FrankfurtRheinMain, in dem die IHK Frankfurt einer der 14 Partner ist, standen deshalb Notwendigkeit und Chancen der Vernetzung im Kampf gegen den Nachwuchsmangel im Mittelpunkt des Austausches. Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen bieten gemeinsame Projekte bessere Möglichkeiten, Fachkräftepotenziale zu identifizieren und anzusprechen. Rund 400 Vertreter aus Unternehmen, Kommunen und Verbänden kamen unter dem Titel "Nachwuchs für FrankfurtRheinMain" zusammen und informierten sich über die aktuellen Erkenntnisse der Eingliederungsmaßnahmen von Jugendlichen mit schwierigen Biografien in die Arbeitswelt und die Erfahrungen aus der Anwerbung von Fachkräften aus Spanien, Portugal oder Griechenland. Im Laufe der Diskussionen wurden die Internationalität und Attraktivität der Metropolregion FrankfurtRheinMain als einzigartiger Wettbewerbsvorteil und als ein aussichtsreicher Weg für eine qualifizierte Zuwanderung herausgestellt.

In zahlreichen Studien, beispielsweise zu den Themen Beschäftigung und Konjunktur, Hessen 2030 - Wege für morgen -, Bau- und Immobilienwirtschaft, Datenschutz, Erfolgsfaktoren des Social Media Marketings, stellt die IHK Frankfurt jährlich ein breites Spektrum an neuem oder aktualisiertem Datenmaterial zu allen wirtschaftsrelevanten Sachverhalten zur Information, zur Unterstützung der Arbeit oder der Bewertung der Standorte in FrankfurtRheinMain kostenfrei über die Homepage: www.frankfurt-main.ihk.de/publikationen zum Abruf zur Verfügung.

METROPOLREGION FRANKFURTRHEINMAIN

FrankfurtRheinMain wächst. 5,6 Millionen Einwohner zählt die Metropolregion, und es werden stetig mehr. Allein in der Stadt Frankfurt kamen in der ersten Jahreshälfte 2013 pro Woche im Schnitt 250 neue Bürger hinzu. Das ist in Zeiten des demografischen Wandels keine Selbstverständlichkeit, denn ein Blick in die Region zeigt, dass in knapp der Hälfte der 25 kreisfreien Städte und Landkreise der Metropolregion die Bevölkerungszahlen abnehmen. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in dem Städteranking der Berenberg-Bank wider, das die Stadt Frankfurt trotz eines 1. Platzes insgesamt, im Teilbereich „Demografieindex" lediglich auf dem 8. Platz sieht. Zudem ist die Metropolregion beim Zuwachs von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bereits heute nur noch Mittelmaß. Mit einem Zuwachs von 6,5 Prozent zwischen 2006 und 2011 liegt FrankfurtRheinMain unter dem Durchschnittswert aller Metropolregionen in Deutschland (7,6 Prozent).

Deshalb darf die Region in ihrem Bestreben nach einer besseren Zusammenarbeit und einer zielgerichteten und einheitlichen Standortstrategie nicht nachlassen. Ein positives Signal ging dabei von der FrankfurtRheinMain GmbH – International Marketing of the Region (FRM) aus, deren Auftrag das internationale Standortmarketing der Metropolregion ist. Die in 2005 gegründete Gesellschaft hat im vergangenen Jahr unter Beteiligung der Gesellschafter, des Aufsichtsrats, in dem die IHK Frankfurt vertreten ist, und der neuen Geschäftsführung eine strategische Neuausrichtung und Präzisierung der Aufgabenstellung erfahren. Nach Überwindung der vergangenen Probleme stehen auch weiterhin die erforderlichen Mittel für eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit zur Verfügung, so dass die FRM zukünftig eine noch wichtigere Rolle als zentrale Wirtschaftsförderorganisation bei der Konsolidierung der in der Metropolregion anfallenden Aufgaben spielen wird. Die IHK Frankfurt ist bisher mittelbar über das IHK-Forum an der FRM mit 3,43 Prozent beteiligt. Zur Stärkung der Gesellschaft und als Beleg für das Interesse der Wirtschaft an einer überregionalen Wirtschaftsförderung hat die Vollversammlung der IHK Frankfurt im Dezember 2013 eine direkte Beteiligung von weiteren 5 Prozent beschlossen.

Aber auch mit eigenen Veranstaltungen und Initiativen treibt die IHK Frankfurt die Entwicklung der Metropolregion voran. So diskutierten im Rahmen des 2. "Frankfurter Immobilien-Kolloquiums" im November 2013 die Oberbürgermeister der Städte Frankfurt und Köln über die Wohnraumproblematik in Metropolregionen und tauschten Erfahrungen über Lösungsansätze aus. Eine wesentliche Forderung des 1. Immobilien-Kolloquiums war die Einführung eines „Runden Tischs Wohnen" für FrankfurtRheinMain. In 2013 wurde der Vorschlag von den Regionalakteuren aufgegriffen und in einer Online-Plattform für die Region umgesetzt. Zu den weiteren Aktivitäten der IHK Frankfurt zählt die Veranstaltungsreihe Immobilien Jour Fixe der IHKs Darmstadt, Frankfurt und Offenbach. Durchschnittlich jeweils ca. 150 Teilnehmer informierten sich während der drei Veranstaltungen im Jahr über die Themen „Anforderungen an den Wohnungsbau", „Wohnhochhäuser für Frankfurt am Main, ein probates Mittel gegen den Wohnungsmangel?" sowie „Stadtreparatur in Frankfurt am Main".

Die Frankfurter Immobilienbörse bei der IHK Frankfurt hat mit dem Gewerbemarktbericht und dem Wohnungsmarktbericht 2013 wieder zwei Marktberichte veröffentlicht, die immobilienwirtschaftliche und statistische Daten zu allen Gemeinden im IHK-Bezirk Frankfurt enthalten. Mit einer neuen Auflage der Studie Bau- und Immobilienwirtschaft stellte die IHK Frankfurt inzwischen zum dritten Mal aktuelle Daten für die Entscheidungsträger der Metropolregion FrankfurtRheinMain zusammen. Die Studie wurde auch auf der Gewerbeimmobilienmesse EXPO Real 2013 in München vorgestellt und ist eine wichtige Grundlage für die Politikberatung durch die IHK Frankfurt.

MOBILITÄT SICHERN UND INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

Im Zentrum des Jahresthemas "Infrastruktur – Wege für morgen" der IHK-Organisation standen für die IHK Frankfurt leistungs- und wettbewerbsfähige Verteilernetze für Verkehr, Energie und Breitband in der Region FrankfurtRheinMain, die grundsätzliche Voraussetzung für alle wirtschaftlichen Aktivitäten sind. Die Verteilernetze dienen nicht nur dem Transport und der Mobilität von Personen, Gütern und Daten, sondern sind Basis für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung und damit für Arbeit und Lebensperspektive der Menschen in der Region und definieren zugleich die hohe Standortqualität. Diejenigen, die nicht an diese Netze angeschlossen sind, sind von Nutzen und Chancen ausgeschlossen.

Die Auslastung der Verkehrsinfrastruktur ist in Hessen besonders hoch, da das Land aufgrund seiner zentralen Lage in Deutschland Transitland Nummer eins und besonders die Metropolregion FrankfurtRheinMain auf funktionierende Verkehrswege angewiesen ist. Bedingt durch das seit längerem unzureichende Budget in den Verkehrshaushalten von Bund und Ländern und das Fehlen eines konsistenten Ziel- und Prioritätensystems im Bundesverkehrswegeplan, ist der Zustand der Verkehrswege in Hessen mittlerweile jedoch als unzureichend zu bezeichnen. Im Hinblick auf den Wegfall der Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz nach 2019 ist daher dringender Handlungsbedarf geboten. Die aus Sicht der hessischen Industrie- und Handelskammern als zwingend notwendig erachtete Mindestversorgung und die dringendsten Maßnahmen hinsichtlich Straßennetz, Luftverkehr, ÖPNV, Schienenverkehr, Wasserwege und Breitband wurden allen Parteien vor der Landtagswahl deshalb zur Kenntnis gebracht.

Doch solche Infrastrukturprojekte stoßen zwischenzeitlich nicht selten auf Skepsis und Protest bei den Bürgern. Mit zwei Veranstaltungen hat die IHK Frankfurt gemeinsam mit dem IHK-Forum Rhein-Main und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Industrie- und Handelskammern dieses Thema aufgegriffen. Im Frühjahr wurde auf der Veranstaltung "Hessen 2030 – Zukunft gestalten" unter Beteiligung des Hessischen Verkehrsministers Florian Rentsch die Frage diskutiert, wie die Bürger rechtzeitig und angemessen beteiligt, diese Vorhaben transparent geplant und künftig zügiger umgesetzt werden können. Ein weiterer Aspekt war zudem das Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen. Im Herbst wurde zusammen mit dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) die Veranstaltung „Die Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung" durchgeführt. Dr. Rüdiger Grube, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG nahm offen Stellung zu den Fragen der künftigen Bedeutung des Verkehrsträgers und den Maßnahmen, die notwendig sind, um den Zustand der deutschen Schieneninfrastruktur nachhaltig zu optimieren.

Die Lebensqualität in Wohnorten wird ganz wesentlich durch die Lebendigkeit der Innenstädte geprägt. Das Branchenporträt "Einzelhandel im Main-Taunus-Kreis" untersuchte vor diesem Hintergrund die notwendige Weiterentwicklung wichtiger Standortfaktoren für die zwölf einzelnen Standorte im Main-Taunus-Kreis, deren Bewohner über eine überdurchschnittliche Kaufkraft, die zu den höchsten in Deutschland zählt, verfügen. Dabei wurden neben dem bestehenden Nahversorgungsangebot des Einzelhandels auch die Versorgung mit leistungsfähigen Internetanschlüssen und die Erreichbarkeit in der Region beleuchtet und Handlungsempfehlungen zur Entwicklung der Standorte formuliert.

PROFILIERUNG DES FINANZPLATZES

Die Lage für die deutsche Finanzwirtschaft bleibt weiterhin anspruchsvoll, auch wenn die Euro-Zone auf dem Weg, das Finanzsystem stabiler und sicherer zu gestalten und die Staatsschuldenkrise zu überwinden, weiter vorangekommen ist und die ersten Staaten nach einschneidenden Reformen im Inneren den Euro-Rettungsschirm wieder verlassen können. Schwierig bleibt das andauernde Niedrigzinsumfeld, das Anlegern und Sparern, nicht nur im Versicherungsbereich, zunehmend zu schaffen macht. Daneben befinden sich zahlreiche regulatorische Neuerungen in der Umsetzung, deren kumulierte Wirkung auf die Finanzbranche und die Kreditnehmer noch weitgehend unklar ist. Basel III und Solvency II fordern von Banken und Versicherern den Aufbau hoher Eigenkapitalreserven. Zum Jahresende startete die EZB in Vorbereitung auf die Europäische Bankenunion ihren „Banken-TÜV" bei großen Geldhäusern, dem 2014 eine umfassende Bilanzprüfung und ein Stresstest folgen sollen. Darüber hinaus hat sich die neue Bundesregierung in ihren Koalitionsverhandlungen sehr schnell darauf verständigt, auf europäischer Ebene die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu forcieren. Die EU-Kommission will zudem das Einlagengeschäft von Kreditinstituten stärker als bisher vom Investmentbanking trennen, womit das bewährte Universalbankensystem in Deutschland bedroht wird, das insbesondere für die Finanzierung mittelständischer Unternehmen eine wichtige Rolle einnimmt. In diesem Zusammenhang stand die im Vorfeld der Landtagswahl mit den finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen von der IHK Frankfurt organisierte Veranstaltung „Finanzplatz quo vadis?". Die von Professor Wrabetz, Stellvertretender IHK-Präsident, Vorsitzender des IHK-Versicherungsausschusses und zugleich Beauftragter der hessischen Landesregierung für das Versicherungswesen, moderierte Diskussion behandelte sowohl die Finanzpolitik des Landes als auch die Entwicklung des Finanzmarktes im Umfeld der anhaltenden Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und die Regulierung von Finanzinstituten im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt kritisch.

Durch die politische Entscheidung, die neue Europäische Bankenaufsicht institutionell bei der Europäischen Zentralbank anzusiedeln, gewinnt der Finanzplatz Frankfurt im internationalen Standortwettbewerb weiter an Bedeutung und baut seine Stellung als europäischer Regulierungsstandort für die Finanzbranche aus. Die IHK Frankfurt unterstützte das Vorhaben ebenso wie die Aktivitäten, den Finanzplatz als zukünftigen Offshore-Hub für den Handel mit der chinesischen Währung Renminbi zu etablieren. Bei einer in Medien und der Öffentlichkeit viel beachteten Veranstaltung, die gemeinsam mit dem Hessischen Wirtschaftsministerium und der Finanzplatzinitiative Frankfurt Main Finance e.V. organisiert wurde, konnten sich seine Exzellenz, Shi Mingde, der Botschafter der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland sowie Vertreter der chinesischen Regierung und der People's Bank of China, der chinesischen Zentralbank, anschaulich vom Bedarf deutscher Unternehmen sowie von den Vorzügen des Standortes Frankfurt überzeugen. Im November unterstrichen der Hessische Wirtschaftsminister Rentsch und IHK-Präsident Professor Müller dieses Ansinnen gegenüber der chinesischen Seite noch einmal eindrücklich im Rahmen einer Delegationsreise in die Volksrepublik China.

Die branchenübergreifende Veranstaltung des 5. Deutschen Wirtschaftsforums führte unter der Überschrift „On the Future of Europe" abermals hochrangige Vertreter von Unternehmen und Institutionen zu Vorträgen von Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, Benoît Cœuré, Mitglied des Direktoriums der Europäische Zentralbank und Dr. Vince Cable, Secretary of State for Business, Innovation and Skills aus Großbritannien,

zu einem engagierten Dialog in der Paulskirche zusammen. Dabei wurden die Fragen der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in einer globalisierten Wirtschaftsordnung und die Notwendigkeit und Wirkung unternehmerischen Handelns und unternehmerischer Verantwortung in der heutigen Zeit diskutiert. Beim 6. Finanzplatztag und beim Eurobörsentag 2013 konferierten renommierte Finanzexperten über regulatorische Anforderungen und nachhaltige Geschäftsmodelle. Mit jährlich über 500 angemeldeten Teilnehmern ist das Frankfurter Symposium Compliance & Unternehmenssicherheit mittlerweile zu einer der zentralen Veranstaltungen in Deutschland zum Themenumfeld Compliance geworden. Daniela Weber-Rey, Chief Governance Officer und Deputy Global Head Compliance, Deutsche Bank, sprach während der 12. Veranstaltung über die Entwicklung von Compliance in der Finanzwirtschaft. Weitere Schwerpunkte waren Compliance in der Gesundheitswirtschaft und in den Medien.

INTERNATIONALITÄT DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES

Das internationale Geschäft ist für die Unternehmen in der Metropolregion FrankfurtRheinMain von herausragender Bedeutung. Der Auslandsanteil am Gesamtumsatz in der Industrie beträgt bei den Mitgliedsunternehmen der IHK Frankfurt 62 Prozent, während dieser hessenweit nur 54 Prozent und bezogen auf ganz Deutschland nur 48 Prozent erreicht. Vom Erfolg dieser Unternehmen auf den Weltmärkten profitiert die gesamte Wirtschaft. Damit die Erzeugnisse die Kunden in aller Welt termingerecht erreichen, müssen häufig, insbesondere bei Exporten außerhalb der Europäischen Union, umfangreiche Zollformalitäten erledigt werden. Die Mitarbeiter der Beglaubigungsstelle der IHK Frankfurt sind hierfür der kompetente Partner. So wurden nicht nur rund 42.000 Ursprungszeugnisse und Beglaubigungen ausgestellt, sondern auch über 4.000 Einzelauskünfte zu Zollthemen und speziellen Fragen des Außenwirtschaftsrechts erteilt. Ergänzend konnten sich exportorientierte Dienstleistungs- und Industrieunternehmen in mehreren Veranstaltungen zu den Themen des Zoll- und Außenwirtschaftsrechts umfassend informieren. Darüber hinaus ist es der IHK Frankfurt gemeinsam mit anderen IHKs und dem DIHK in 2013 gelungen, einzelne Regelungen des von der EU-Kommission implementierten neuen nicht-präferentiellen Ursprungsrechts, welche für die Exportunternehmen umfangreiche bürokratische Mehrbelastungen zur Folge gehabt hätten, abzuwenden.

Individuelle Beratung und spezielle Veranstaltungsformate blieben bewährte Wege für Informationsvermittlung und Networking, um Experten und interessierte Unternehmen zusammenzuführen. Die herausragende Veranstaltung war der Hessische Außenwirtschaftstag, dem am Vorabend die Verleihung des Hessischen Exportpreises vorausging. Der im Turnus von zwei Jahren stattfindende Außenwirtschaftstag in der IHK Frankfurt hat sich zwischenzeitlich als die zentrale Plattform für die auslandsaktiven hessischen Unternehmen etabliert. Insgesamt 700 hessische Unternehmensvertreter nutzten diese beiden Tage zur Information in zahlreichen Workshops, Panelveranstaltungen und zur Beratung durch die Experten der über 40 teilnehmenden Auslandshandelskammern sowie zum umfassenden Networking mit Referenten und Teilnehmern.

Über die Mitgliedschaft bei den deutschen Auslandshandelskammern, die in 85 Ländern und an 125 Standorten niedergelassen sind, hat die IHK Frankfurt außerdem unmittelbaren Zugang zu deren Expertise. Neben dieser engen Kooperation, die eine optimale Erschließung und Nutzung der Informationsquellen in den Zielländern für die Marktinteressen der Mitgliedsunternehmen gewährleistet, bestehen zu den für den IHK-Bezirk wichtigen Schwellenländern besonders intensive Beziehungen. So beherbergt die IHK Frankfurt seit mehreren Jahren das Deutschland-Büro der AHKs der Region Mercosur (Chile, Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay) sowie die Vertretung der Wirtschaftskammer Serbien und betreibt in Kooperation mit der AHK Indien ein India Desk, welches eine hohe Beratungskompetenz in allen Indien-Fragen gewährleistet. Gemeinsam mit der IHK Darmstadt betreibt die IHK Frankfurt das China Competence Center, um den deutsch-chinesischen Wirtschaftsaustausch in der Region zu intensivieren.

Eine Branche, die traditionell intensive Auslandsbeziehungen unterhält und als Bindeglied zwischen produzierenden Unternehmen und Einzelhandel eine Schlüsselrolle spielt, ist der Groß- und Außenhandel. Die IHK Frankfurt hat mit dem „1. Großhandelstag FrankfurtRheinMain" ein Podium geschaffen, auf dem sich die Branche künftig über

aktuelle Entwicklungen und neue Angebote informieren und nach dem Motto „aus der Praxis für die Praxis" den Erfahrungsaustausch pflegen kann.

Während zahlreicher Veranstaltungen wurden interessante Auslandsmärkte in aller Welt beleuchtet, darunter in Europa die Niederlande, Polen, Portugal und Griechenland, in Osteuropa die russische Region Novosibirsk, in Lateinamerika der Wachtums-Champion Peru sowie Kolumbien und Argentinien, im asiatischen Raum China und Indonesien sowie im Nahen und Mittleren Osten die Märkte Israel und Katar. Darüber hinaus bieten Messen eine gute Gelegenheit, einen Auslandsmarkt zu erkunden oder verstärkt zu bearbeiten. Die IHK Frankfurt bewarb und betreute die hessischen Gemeinschaftsstände auf der FIMAI in Sao Paulo, einer internationalen Messe für Umwelttechnologie, auf der BIG 5 in Dubai, der wichtigsten Baumesse in dieser Region, auf der IMTEX in Bangalore, Indien, einer Werkzeugmaschinenmesse, sowie auf der Sicherheitsfachmesse INTERSEC in Dubai.

Darüber hinaus war die IHK Frankfurt wieder Anlaufpunkt für zahlreiche Besucher und Delegationen aus aller Welt, darunter aus der Türkei, Griechenland, Großbritannien, den USA, Indien, Indonesien und China. Die Internationalität des Wirtschaftsstandortes Frankfurt spiegelt sich auch in der Beliebtheit des Standorts für internationale Unternehmen wider. Jedes sechste Mitgliedsunternehmen der IHK Frankfurt hat seine Wurzeln im Ausland. So ist FrankfurtRheinMain der wichtigste Standort koreanischer Unternehmen in Kontinentaleuropa. In dieser Konstellation zieht die Region viele internationale Fach- und Führungskräfte aus aller Welt an. Dass sich diese „Neubürger" mit ihren Familien in der Region willkommen fühlen, trägt wesentlich zur Anziehungskraft Frankfurts und damit auch zur Zukunftsfähigkeit des Standortes bei. Mit der Veranstaltung „Global Mobility in FrankfurtRheinMain - Willkommenskultur für internationale Fach- und Führungskräfte als Standortvorteil" hat die IHK Frankfurt das Thema aufgegriffen.

4. GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Die Vollversammlung der IHK Frankfurt entscheidet mit dem Wirtschaftsplan über die Höhe der Mitgliedsbeiträge, die Verwendung des Jahresergebnisses und beschließt über die Entlastung von Präsidium und Hauptgeschäftsführer. In der laufenden Wahlperiode von 2009 bis 2014 haben die Mitglieder der Vollversammlung aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung im IHK-Bezirk zweimal den Umlagesatz, von ursprünglich 0,18 auf aktuell 0,11 Prozent, einmal die Grundbeiträge für Handelsregisterunternehmen und zweimal die Grundbeiträge für Kleingewerbetreibende gesenkt. Diese Beschlüsse sollen dazu dienen, den Ergebnisvortrag über günstige Beiträge sukzessive an die Mitgliedsunternehmen zurückzuführen, und bewirken, bezogen auf die aktuell zur Veranlagung gemeldeten Gewerbeerträge und die Anzahl der veranlagten Unternehmen, rechnerisch dauerhafte jährliche Entlastungen der Betriebe von 6,0 Mio. Euro bei den Umlagen und 1,0 Mio. Euro bei den Grundbeiträgen.

UMSATZ- UND ERGEBNISENTWICKLUNG

Die betrieblichen Erträge - Mitgliedsbeiträge, hoheitliche Gebühren, Entgelte für Dienstleistungen, Sonstige Erträge - stiegen im vergangenen Geschäftsjahr um 3,7 Prozent auf 35,9 Mio. Euro (2012: 34,6 Mio. Euro) und wurden mit 25,6 Mio. Euro hauptsächlich durch die gesetzlichen Mitgliedsbeiträge bestimmt. Höhere Vorauszahlungen auf die Gewerbeerträge 2013, steigende beitragspflichtige Mitgliedszahlen und korrigierte Bemessungsgrundlagen aus Vorjahren bewirkten, dass diese trotz der in der Wahlperiode beschlossenen Beitragssenkungen um 0,4 Mio. Euro über den Erwartungen lagen. Rund zwei Drittel der Beiträge entfallen auf die Umlagen, die nur von Unternehmen mit Gewerbeertrag, bei Personengesellschaften unter Abzug eines Freibetrages von 15 Tausend Euro, erhoben werden, ein Drittel auf die Grundbeiträge, zu denen lediglich rund 60 Prozent der Mitgliedsunternehmen veranlagt werden. Die Gebühren für hoheitliche Tätigkeiten und die damit korrespondierende Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen hinsichtlich der erst zur Abschlussprüfung erhobenen Ausbildungsgebühren, waren in Summe mit 3,8 Mio. Euro die zweitgrößte Erlösposition. Davon entfielen 2,4 Mio. Euro auf die Gebühren für die Betreuung von

Ausbildungsverhältnissen sowie die Abnahme von Zwischen- und Abschlussprüfungen in der Aus- und Fortbildung. Die Entgelte für Dienstleistungen erreichten mit 1,8 Mio. Euro in der Zeitreihe ein vergleichsweise hohes Niveau, auch wenn diese aufgrund rückläufiger Adressverkäufe, einem Angebot, das die IHK Frankfurt nicht bewirbt, und einem deutlich reduzierten Seminarangebot zu aktuellen Entwicklungen oder neuen Gesetzen, einen Rückgang von 0,2 Mio. Euro im Vorjahresvergleich verzeichneten.

Die operativen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr bei 39,5 Mio. Euro (2012: 36,3 Mio. Euro). Die betrieblichen Sachaufwendungen, einschließlich der Abschreibungen, stiegen vor allem aufgrund von Einmaleffekten aus der Einführung eines CRM-Systems, vorlaufenden Kosten zur IHK-Wahl 2014 und erhöhter Energiekosten um 6,6 Prozent auf 21,1 Mio. Euro. Der Personalaufwand nahm um 11,4 Prozent auf 18,4 Mio. Euro zu, insbesondere wegen der Abschlüsse des Landes Hessen für die Angestellten im öffentlichen Dienst und den daraus für die IHK Frankfurt als Körperschaft des öffentlichen Rechts folgenden höheren Aufwendungen bei den Pensionsrückstellungen. Bereinigt um diesen Effekt betrug der Anstieg lediglich 4,9 Prozent und verteilt sich auf eine plangemäße Anhebung der Gehälter sowie eine höhere Beschäftigtenzahl aufgrund von Doppelbesetzungen für Nachfolgestellen und zusätzlichen Stellen aufgrund neuer hoheitlicher Aufgaben. Das Finanzergebnis von -1,5 Mio. Euro enthält die nach den Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ermittelten Aufwendungen aus der Aufzinsung für langfristige Rückstellungen in Höhe von 3,6 Mio. Euro.

Die für 2013 bereits durch die Vollversammlung genehmigten, aber im Geschäftsjahr nicht verwendeten Mittel für die Fassadensanierung des historischen Südflügels (0,2 Mio. Euro) wurden beschlusskonform der bestehenden Baurücklage zugeführt, um eine spätere Durchführung und Finanzierung zu gewährleisten. Die Auflösung einer nicht mehr benötigten Rücklage sowie der ergebnisneutrale Ausgleich für verschiedene Projektaufwendungen (0,8 Mio. Euro) erfolgte über Entnahmen aus den von der Vollversammlung hierfür in Vorjahren dotierten zweckgebundenen Rücklagen. Diese betrafen sowohl die Entwicklung der Region, die Einrichtung einer neuen Kommunikationsanlage als auch einen Anteil für die Implementierung der Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsbildungsabschlüsse hinsichtlich der Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen.

Unter Berücksichtigung der von der Vollversammlung am 12. Dezember 2013 gefassten Beschlüsse über die Rücklagenveränderungen und die Verrechnung des negativen Jahresergebnisses 2013 mit dem positiven Ergebnisvortrag weist die Erfolgsrechnung 2013 ein Ergebnis von 3,0 Mio. Euro aus (2012: 7,7 Mio. Euro), welches beschlussgemäß auf neue Rechnung vorgetragen werden soll und unter Beibehaltung der in den letzten Jahren verabschiedeten Beitragssenkungen weiterhin für die Entlastung der Mitgliedsunternehmen zur Verfügung steht.

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Die Bilanzsumme der IHK Frankfurt ging im Geschäftsjahr um 1,4 Mio. Euro auf 151,1 Mio. Euro zurück. Die Erhöhung des Anlagevermögens um 3,0 Mio. Euro auf 137,1 Mio. Euro war insbesondere auf die Investitionen im Finanzanlagevermögen und dort auf die Steigerung des IHK-Fondsvermögens zurückzuführen, während sich das Sachanlagevermögen aufgrund einer relativ verhaltenen Investitionstätigkeit um 0,4 Mio. Euro auf 41,6 Mio. Euro verringerte. Der mittelfristige und langfristige Anlagehorizont der Finanzanlagen ist vor dem Hintergrund der Mittelabflusserwartung zeitlich unterschiedlich angelegt und in Festgeldern, Rentenpapieren, Rückdeckungsversicherungen und einem eigenen geschlossenen IHK-Fonds disponiert. Der Anstieg der Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenstände um 0,4 Mio. Euro auf 4,4 Mio. Euro steht mit dem Zeitpunkt der letzten Fakturierung von Beiträgen, Ende November, im direkten Zusammenhang. Das Guthaben bei Kreditinstituten verringerte sich wegen Einmaleffekten bei den Betriebsausgaben und der Beibehaltung günstiger Beitragsstrukturen um 4,9 Mio. Euro und enthielt überwiegend Termingelder, die keinen Wertschwankungsrisiken unterliegen und jederzeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können.

Das Eigenkapital - Nettoposition, gesetzliche und zweckgebundene Rücklagen, Ergebnis - verminderte sich im Vorjahresvergleich in Höhe der Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen für beschlossene Projektaufwendungen sowie des erwartungsgemäß negativen Ergebnisses um 5,3 Mio. Euro auf 68,8 Mio. Euro. Die Rückstellungen stiegen um 3,5 Mio. Euro auf 79,2 Mio. Euro, maßgeblich aufgrund höherer Pensionsrückstellungen. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden weiterhin nicht.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit bei -0,7 Mio. Euro (2012: 0,5 Mio. Euro). Trotz des gegenüber der Planung um 1,1 Mio. Euro verbesserten negativen Jahresergebnisses von -5,3 Mio. Euro lag dieser im Wesentlichen aufgrund stichtagsbedingt höherer Forderungsbestände sowie anderer Aktiva um 0,3 Mio. Euro unter den Erwartungen. Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit inklusive der Finanzanlagen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. Euro auf 4,2 Mio. Euro. Neben rückläufigen Investitionen in das Sachanlagevermögen trugen hierzu insbesondere gestiegene Zuflüsse aus fälligen Rückdeckungsversicherungen und die Wiederanlage der ausgeschütteten ordentlichen Fondserträge bei. In Folge der Beschlussfassung zum Abbau des Ergebnisvortrags und erhöhten einmaligen Betriebsausgaben lag der Finanzmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres bei 7,8 Mio. Euro; ein Rückgang gegenüber 2012 von 4,9 Mio. Euro.

Bei der Erstellung der Bilanz wurden alle erkennbaren Risiken aus nicht kalkulierbaren Beitragsschwankungen, die aus der konjunkturellen Entwicklung im IHK-Bezirk Frankfurt oder aus dem Abrechnungsverfahren selbst resultieren können, und sonstigen Verpflichtungen berücksichtigt. Aus den bestehenden Verpflichtungen sind derzeit keine wesentlichen Auswirkungen auf die zukünftige Vermögenslage ersichtlich. Den satzungsmäßigen und zweckgebundenen Rücklagen und Rückstellungen steht eine solide finanzielle Deckung durch das Finanzanlagevermögen auf der Aktivseite gegenüber. Der Sicherung der Liquidität und die Verfügbarkeit der Finanzmittel gilt weiterhin oberste Priorität vor Renditezielen. Somit sind die Voraussetzungen für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung und die Handlungsfähigkeit der IHK Frankfurt auch zukünftig gewährleistet.

INVESTITIONEN

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 4,2 Mio. Euro durchgeführt. Darin enthalten waren Zugänge zum Sachanlagevermögen von 0,6 Mio. Euro, zum Finanzanlagevermögen von 3,5 Mio. Euro sowie Investitionen in Immaterielle Vermögensgegenstände von 0,1 Mio. Euro. Mit 11,7 Prozent lag die Investitionsquote bezogen auf die Betriebserträge geringfügig über der des Vorjahres. Den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit in das Sachanlagevermögen bildeten mit der Anschaffung neuer Core-Switche für das IHK-Netzwerk und der Implementierung einer neuen Telefonanlage die DV- und Kommunikationsanlagen. Der Großteil der Investitionen lag bei den Finanzanlagen und betraf maßgeblich den Zukauf neuer Anteile nach der Ausschüttung der ordentlichen Nettoerträge aus dem extern verwalteten Fondsvermögen und die Werterhöhung der Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen. Zu diesen aktivierungspflichtigen Investitionen kamen 1,4 Mio. Euro für substanzerhaltende Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen, die unmittelbar in die betrieblichen Aufwendungen eingeflossen sind.

PERSONAL

Die Zahl der Beschäftigten der IHK Frankfurt, ohne Auszubildende und Freigestellte, erhöhte sich um 9 Mitarbeiter auf 215 Beschäftigte (4,4 Prozent). Unter Berücksichtigung der Teilzeitkräfte betrug die Mitarbeiterkapazität zum Stichtag 200,5 (2012: 192,9). Im Wesentlichen ist der Anstieg auf die Übertragung zusätzlicher hoheitlicher Aufgaben durch den Gesetzgeber, Doppelbesetzungen im Rahmen der Altersnachfolge und eine höhere Beschäftigungszahl in den Teilzeitmodellen zurückzuführen. Darüber hinaus waren 10 Beschäftigte in den Sondereinrichtungen der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Industrie- und Handelskammern, dem Beratungs- und Informationszentrum Elektronischer Geschäftsverkehr Hessen, dem TechnologieTransferNetzwerk Hessen, der IHK-Innovationsberatung Hessen und den Aufgabenstellen tätig. Die Vergütung der Beschäftigten richtet sich regelmäßig nach der Eingruppierung der Tätigkeit in eine Funktionsgruppe und die Anpassung der Leistungen nach dem Durchschnitt der drei für den IHK-Bezirk Frankfurt maßgeblichen Branchenabschlüsse - Einzelhandel, Banken, Chemie - des vorangegangenen Jahres.

VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE/DIVERSITY

Um engagierte Mitarbeiter zu gewinnen und langfristig zu binden, bietet die IHK Frankfurt 11 verschiedene Teilzeitmodelle und Telearbeit an. Zum Jahresende waren 45 Mitarbeiter, das entspricht zwischenzeitlich einer Quote von 20,9 Prozent der Beschäftigten, in diesen Modellen angestellt. Der Anteil der Teilzeitkräfte ist erwartungsgemäß in der Belegschaft höher als auf der Führungsebene und bei Frauen höher als bei Männern. Der Nutzen liegt für beide Seiten nicht nur in einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeiten, sondern fördert die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, da die Bedürfnisse der Mitarbeiter, die sich der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen widmen, berücksichtigt werden können.

Zum Jahresende befanden sich noch 7 Mitarbeiter in Altersteilzeit, die bereits alle im Rahmen des Blockmodells die Ruhephase erreicht haben. Zur Förderung der beruflichen Integration Schwerbehinderter waren 10 Mitarbeiter (4,7 Prozent) beschäftigt. Die Zahl der Beschäftigten ausländischer Herkunft lag vergleichbar zum Vorjahr bei 23 Beschäftigten (10,7 Prozent). Sie vertreten 10 unterschiedliche Nationalitäten und spiegeln die Internationalität des Wirtschaftsstandorts. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten verblieb mit 64,7 Prozent auf Vorjahresniveau und auch im Bereich der Führungskräfte kontinuierlich bei 36,4 Prozent.

PERSONALENTWICKLUNG/FACH- UND FÜHRUNGSNACHWUCHS/ BETRIEBLICHE AUSBILDUNG

Neben den hoheitlichen Aufgaben als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist die IHK Frankfurt auch ein Dienstleistungsunternehmen, das an seine Mitarbeiter höchste Anforderungen hinsichtlich der Fachkompetenz, Kommunikationsfähigkeit und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, stellt. Die Mitarbeiter sind gesuchte Ansprechpartner, auch über den IHK-Bezirk hinaus, und stehen mit ihrer Expertise und Kompetenz für Qualität und Zuverlässigkeit. Die dafür notwendige Vielfalt der Mitarbeiter unterschiedlichster Bildungsprofile schätzt und fördert die IHK Frankfurt im Interesse der optimalen Kundenbetreuung. Zur besseren Entwicklung der Potenziale werden regelmäßig individuelle, kompetenzbasierte Weiterbildungsmaßnahmen und zielgerichtete Trainings angeboten, die systematisch an künftigen Anforderungen geplant und im jährlichen Mitarbeitergespräch festgelegt werden. Für die Führungskräfte ist ein 360-Grad-Feedback eingeführt, das mit entsprechenden Maßnahmen zur Entwicklung der Führungsrolle begleitet wird. Zur Sicherung des Qualitätsanspruchs hat die IHK Frankfurt Führungsleitlinien etabliert und damit ein Wertesystem geschaffen, das den Orientierungsrahmen für Führung und Zusammenarbeit in der IHK vorgibt. Die Führungsleitlinien dienen der Förderung einer einheitlichen Führungskultur, schaffen Transparenz und sind Grundlage bei den Feedback-Systemen. Das innovative Potenzial der Mitarbeiter wird über die Einrichtung eines Ideenmanagements gefördert, bei dem Vorschläge, die eine Verbesserung der Produkte, Prozesse, Dienstleistungen oder der internen Strukturen bewirken, eingereicht werden können.

Das Durchschnittsalter aller Beschäftigten liegt bei 45,5 Jahren. Vor dem Hintergrund der Auswirkungen des demografischen Wandels wird auch die IHK vor die Herausforderung gestellt, neue Wege zu suchen, um entsprechend qualifizierte Fachkräfte zu rekrutieren. Bereits heute werden vielfältige Möglichkeiten der Potenzialerschließung genutzt und neue Mitarbeiter sowohl durch externe Einstellungen als auch innerhalb der IHK-Organisation gewonnen. Darüber hinaus werden regelmäßig Praktika für Schüler und Studenten angeboten und eine Wahlstation für Rechtsreferendare innerhalb der juristischen Ausbildung zur Verfügung gestellt, die unter bestimmten Voraussetzungen zu späteren Festeinstellungen führen können. In der IHK Frankfurt befinden sich derzeit 4 Kaufleute für Bürokommunikation und 3 Fachinformatiker für Systemintegration in Ausbildung, von denen die erfolgreichen Absolventen mit gutem Ausbildungsverlauf einen Jahresvertrag mit Option auf Übernahme erhalten. Die angehenden Kaufleute werden während der Lehrzeit in den verschiedenen Geschäftsfeldern, darunter einzelne Fachbereiche ebenso wie Stabsbereiche, für durchschnittlich drei Monate eingesetzt und erhalten so einen umfassenden Einblick in die zahlreichen Aufgabengebiete einer IHK.

GESUNDHEITSMANAGEMENT

Gesunde, qualifizierte und motivierte Beschäftigte spielen eine zentrale Rolle bei der Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben sowie der Erbringung des breiten Dienstleistungsangebots. Im Rahmen einer präventiven Gesundheitsförderung der Beschäftigten bietet die IHK Frankfurt ein betriebliches Gesundheitsmanagement, zu dem eine regelmäßige Ersthelfer-Ausbildung, Begehungen von Arbeitsstätten, betriebsärztliche Pflicht- und Angebotsuntersuchungen, jährliche Grippeschutzimpfungen und die Gestaltung der Arbeitsplätze nach ergonomischen Erkenntnissen gehören.

5. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Die IHK Frankfurt verfügt seit Jahren über ein auf freiwilliger Basis eingeführtes Risikomanagement-System. Dieses stellt sicher, dass wesentliche bestands-, erfolgs- und existenzgefährdende Risiken in den Geschäftsbereichen kontinuierlich überwacht, bewertet und auf ein akzeptables Maß begrenzt werden. Ziel ist, Entwicklungen, die den Geschäftsverlauf gefährden, frühzeitig zu identifizieren, um geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Unter diesen Gesichtspunkten ergeben sich für die IHK Frankfurt als Körperschaft des öffentlichen Rechts gleichbleibende Risikofaktoren, die hauptsächlich in rechtlichen Risiken aus regulatorischen Einflüssen der Politik bestehen. Die wiederkehrenden Diskussionen zu den Fragen der Alternativen zur Selbstverwaltung der Wirtschaft, der Reform des Kammerwesens, der Verlagerung von hoheitlichen Aufgaben auf private Dienstleister oder auf staatliche Stellen sind gleichzeitig aber Herausforderung für eine ständige Überprüfung und Optimierung der Prozesse, Dienstleistungen und Produkte und bieten die Chance einer konsequenten Weiterentwicklung der Organisation.

Die konjunkturellen Schwankungen, gerade im Hinblick auf die erlebte Finanz- und Wirtschaftskrise, können nachgelagert erheblichen Einfluss auf die finanzielle Situation der IHK Frankfurt nehmen, genauso wie eine Neugestaltung der Gemeindefinanzen, Reformen zu Erbschafts- und Unternehmenssteuer und weitere die Wirtschaft belastende Regelungen, die die Ertragslage der Mitgliedsunternehmen beeinflussen. Aus dem Umfang der Entwicklung, Neugründung und Ansiedlung von Unternehmen können sich genauso wie aus Unternehmensschließungen oder Firmensitzverlagerungen finanzielle Chancen, aber auch Risiken für die zukünftige Gewerbeertragsentwicklung und damit auch für die Höhe der Mitgliedsbeiträge im IHK-Bezirk ergeben, die im Vorfeld nicht sicher einzuschätzen sind. Mit der jeweiligen Wirtschaftslage der Unternehmen korrespondieren auch die übrigen Erträge der IHK. Die Bereitschaft zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, die Teilnehmerzahlen bei Fort- und Weiterbildungsangeboten, die Auslastung der Veranstaltungen und der Vermietungen, aber auch der Abruf der Informationsangebote der IHK werden stark von der wirtschaftlichen Situation der Unternehmen und zusätzlich durch die demografische Entwicklung beeinflusst. Der Fachkräftemangel bietet die Aussicht einer nachhaltigen und ansteigenden Ausbildungsbereitschaft und die Chance dauerhafter Investitionen in die berufliche Weiterbildung.

Die Finanzanlagen unterliegen Risiken aus der Veränderung von Zinssätzen, Kursrisiken und sonstigen Preisrisiken. Sonstige Preisrisiken können aus der Marktbewertung der Finanzanlagen resultieren. Bei Anlagen mit fester Laufzeit, wie bei der IHK Frankfurt üblich, ist davon auszugehen, dass eventuelle Marktschwankungen nur temporär sind und sich zum Laufzeitende ausgleichen, da eine Rückzahlung in Höhe des nominellen Anlagebetrags erfolgt. In den Richtlinien für die Finanzwirtschaft ist das Anlagespektrum für die IHK Frankfurt definiert. Hier gilt das Prinzip der Sicherheit und Verfügbarkeit vor Renditezielen.

Gefährdungen, die die täglichen Geschäftsabwicklungen beeinträchtigen können, werden durch interne Kontrollmechanismen und die externe Überprüfung der Einhaltung der hinterlegten Qualitäts- und Sicherheitsstandards permanent beobachtet. Unternehmenskritische IT-Systeme sind grundsätzlich redundant ausgelegt. Wiederherstellzeiten

bei technischen Unterbrechungen sind vertraglich garantiert. Der Einsatz eines professionellen Sicherheitsservices steuert die tägliche Besucherzahl für IHK und Deutsche Börse AG gleichermaßen. Der vorhandene Versicherungsschutz deckt alle vorhandenen und absehbaren Risiken.

Risiken, die den Fortbestand der IHK Frankfurt unter Substanz- und Liquiditätsgesichtspunkten gefährden oder die zukünftige Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, werden aus heutiger Sicht nicht gesehen. Für alle im abgelaufenen Geschäftsjahr erkennbaren Risiken wurde, soweit die Voraussetzungen für eine bilanzielle Berücksichtigung gegeben waren, im Rahmen des Jahresabschlusses Vorsorge getroffen.

6. WESENTLICHE EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die über die normale Geschäftstätigkeit hinausgehen, sind nicht hervorzuheben.

7. AKTUELLER AUSBLICK UND ENTWICKLUNGEN

Alle Prognosen deuten für 2014 auf eine Verstärkung des globalen Wachstums hin, und auch in Deutschland gehen die Wirtschaftsinstitute für das kommende Jahr von einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums aus. Die Auftragseingänge steigen, und erste positive Konjunkturmeldungen sowie das allmähliche Abklingen der Staatsschuldenkrise in einigen europäischen Ländern wirken begünstigend und lassen auch eine Rückkehr der Eurozone insgesamt auf den Wachstumspfad erwarten. Durch dieses Umfeld wird die Nachfrage nach deutschen Produkten im Ausland belebt. Im Inland werden Lohnabschlüsse über der Inflationsrate für eine steigende Nachfrage der Verbraucher sorgen. Der DIHK, die Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern, rechnet daher für Deutschland mit einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent, während in Hessen selbst eine überdurchschnittliche Wachstumsrate von knapp und für die Metropolregion FrankfurtRheinMain sogar von über 2 Prozent für möglich gehalten wird.

Unsicherheit besteht allerdings weiterhin über die Wirtschaftspolitik in wichtigen Ländern, denn die Staatsverschuldung ist vielfach nicht unter Kontrolle, und es ist unklar, wann die Notenbanken ihren expansiven Kurs drosseln. Vor dem Hintergrund einer voraussichtlich nachlassenden Konjunktur in den Schwellenländern bedarf es für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung der Schaffung verlässlicher wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen, und die europäische Krisenpolitik muss verlässlich und transparent sein, um weiterhin ein gutes Konjunkturklima in der Eurozone zu gewährleisten. Bisher haben sich die EU-Regierungen nicht auf eine funktionstüchtige Bankenunion einigen können. Sollten die europaweiten Stresstests bei Banken durchgeführt werden und die Bewertung negativ ausfallen, könnte die Finanzkrise zurückkehren, ohne dass hierfür ein tragfähiges gemeinsames Netz existiert. Hinzu kämen politische Risiken, sofern bei den Wahlen zum Europaparlament die Euro-Gegner erstarken sollten. Insofern besteht auch in Deutschland immer noch die Gefahr, dass es abermals zu einem Rückschlag für die Konjunktur kommen könnte. Die mittelfristigen Aussichten könnten auch durch die Umsetzung einiger im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung genannten Maßnahmen und deren wirtschaftliche Auswirkungen beeinträchtigt werden.

Die hessischen Industrieunternehmen schauen mit kritischem Blick auf die Auswirkungen bei der Umsetzung der Energiewende. Sie befürchten weitere Kostensteigerungen und sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit stark beeinträchtigt, die in Konsequenz zu einer Einschränkung von Investitionen am Standort führen würde. Deshalb fordern sie neben weniger finanziellen Belastungen insbesondere Versorgungs- und Planungssicherheit. Hier ist ein Konsens zu finden, denn Wirtschaft besteht aus den Unternehmen vor Ort, die den Menschen Beschäftigung bieten und damit regionalen Wohlstand schaffen. Vor diesem Hintergrund wird die Energieversorgung ein Schwerpunkt der Festrede von Minister-

präsident Bouffier beim Jahresempfang der IHK Frankfurt am 28. Januar 2014 sein, zu dem erneut fast 2.000 IHK-Mitglieder und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit erwartet werden.

Die IHK Frankfurt ist Eigentümerin des nach den Plänen des Frankfurter Architekten Heinrich Burnitz in 1878 fertigstellten Gebäudes am Börsenplatz, das für täglich rund 2.000 Besucher eine zentrale Anlaufstelle ist. Die Vollversammlung hat im Dezember 2013 entschieden, dass im Folgejahr die Fassade des historischen Mitteltrakts und dessen öffentliche Flächen und Veranstaltungsräume nach nahezu 30-jähriger intensiver Nutzung saniert, technische Ausstattungen erneuert und die zwischenzeitlich erforderlichen Brandschutzauflagen erfüllt werden. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt über die dafür in Vorjahren dotierte zweckgebundene Bau- sowie Investitionsrücklage. Die Vollversammlung hat außerdem den Wirtschaftsplan 2014 verabschiedet, der neben einer Auflösung der Liquiditätsrücklage in den nächsten fünf Jahren die Beibehaltung der reduzierten Mitgliedsbeiträge vorsieht, um die beitragszahlenden Mitgliedsunternehmen beständig zu entlasten.

Rund 100.000 Mitgliedsunternehmen der IHK Frankfurt sind aufgerufen, in der Zeit vom 22. Januar bis 18. Februar 2014 die IHK-Vollversammlung zu wählen und darüber zu entscheiden, wer in den kommenden fünf Jahren stellvertretend für alle Unternehmen und Branchen die Interessen der regionalen Wirtschaft vertreten und Sorge dafür tragen wird, dass FrankfurtRheinMain auch in den nächsten fünf Jahren zu einer der führenden Wirtschaftsregionen in Deutschland gehört. 147 Kandidaten bewerben sich bei der IHK-Wahl um die 89 Sitze der Vollversammlung, aus deren Mitte bei der konstituierenden Sitzung das Präsidium gewählt wird. Die Amtszeit der Mitglieder der Vollversammlung beginnt im April 2014 und endet im März 2019.

Prof. Dr. Mathias Müller
Präsident

Matthias Gräßle
Hauptgeschäftsführer

Frankfurt am Main, den 20. Januar 2014

BILANZ

ZUM 31. DEZEMBER 2013

AKTIVA

TAUSEND EURO	31. 12. 2013	31. 12. 2012
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	147	207
II. Sachanlagen	41.612	42.030
III. Finanzanlagen	95.364	91.831
	137.123	134.068
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	1.324	1.309
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.403	3.945
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	7.799	12.701
	13.526	17.955
C. Rechnungsabgrenzungsposten	512	547
	151.161	152.570

ANLAGENSPIEGEL 2013

ANLAGENSPIEGEL	ENTWICKLUNG DER ANSCHAFFUNGSKOSTEN IN TAUSEND EURO				
	Stand 01. 01. 2013	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31. 12. 2013
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.138	43	-1	0	2.181
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.138	43	-1	0	2.181
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	44.642	34	0	0	44.676
2. Technische Anlagen und Maschinen	240	0	0	0	240
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.662	576	1	36	6.202
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0	0
Sachanlagen	50.544	610	1	36	51.118
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	52.682	653	0	36	53.299

PASSIVA

TAUSEND EURO	31. 12. 2013	31. 12. 2012
A. Eigenkapital		
I. Nettoposition	28.000	28.000
II. Ausgleichsrücklage	16.450	16.450
III. Liquiditätsrücklage	14.500	14.500
IV. Andere Rücklagen	6.821	7.372
V. Ergebnis	2.981	7.746
	68.752	74.068
B. Rückstellungen	79.238	75.733
C. Verbindlichkeiten	3.136	2.749
D. Rechnungsabgrenzungsposten	34	21
	151.161	152.570

ENTWICKLUNG DER ABSCHREIBUNGEN IN TAUSEND EURO					BUCHWERTE IN TAUSEND EURO	
Stand 01. 01. 2013	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31. 12. 2013	Stand 31. 12. 2013	Stand 31. 12. 2012
1.931	103	0	0	2.034	147	207
1.931	103	0	0	2.034	147	207
4.466	503	0	0	4.969	39.707	40.177
193	21	0	0	214	26	47
3.856	503	0	36	4.323	1.879	1.806
0	0	0	0	0	0	0
8.515	1.027	0	36	9.506	41.612	42.030
10.446	1.130	0	36	11.540	41.759	42.237

ERFOLGSRECHNUNG

ZEITRAUM VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2013

TAUSEND EURO	2013	2012
1. Beiträge	25.569	24.115
2. Gebühren	3.759	3.353
3. Erträge aus Entgelten	1.774	1.934
4. Bestandsveränderungen	11	181
5. Sonstige betriebliche Erträge	4.799	5.059
davon aus Erstattungen	1.892	1.939
davon aus öffentlichen Zuwendungen	15	56
BETRIEBSERTRÄGE	35.912	34.642
6. Materialaufwand	3.042	2.883
7. Personalaufwand	18.357	16.481
8. Abschreibungen	1.130	1.063
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.940	15.885
BETRIEBSAUFWAND	39.469	36.311
BETRIEBSERGEBNIS	-3.557	-1.670
10. Finanzergebnis	-1.546	-1.162
ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	-5.102	-2.832
11. Außerordentliches Ergebnis	0	0
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag, sonstige Steuern	213	196
JAHRESERGEBNIS	-5.316	-3.027
13. Ergebnisvortrag	7.746	10.011
14. Rücklagenveränderung	551	762
15. ERGEBNIS	2.981	7.746

FINANZRECHNUNG

TAUSEND EURO	2013	2012
Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten	-5.316	-3.027
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-700	524
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-4.202	-3.931
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	7.799	12.701

ANHANG

I. GRUNDSÄTZE DER BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

Die IHK Frankfurt ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Nach § 3 Absatz 7a IHKG sind die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des Handelsgesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss anzuwenden. Das Finanzstatut der IHK Frankfurt am Main, in Verbindung mit der Genehmigung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 4. Oktober 2005, ist rechtliche Grundlage für die Erstellung des Jahresabschlusses nach diesen kaufmännischen Grundsätzen (§§ 238 bis 256 HGB). Für den Ansatz und die Bewertung der Vermögensgegenstände sind diese durch die Vollversammlung am 8. Dezember 2005 beschlossenen Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts und die dazu von Präsident und Hauptgeschäftsführer erlassenen Richtlinien, unter Beachtung der Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts, maßgeblich.

Abschlussstichtag ist der 31. Dezember.

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige kumulierte Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen werden linear vorgenommen. Dabei werden grundsätzlich die steuerlich anerkannten Abschreibungstabellen zugrunde gelegt, die der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer entsprechen. Danach ist die Nutzungsdauer bei immateriellen Vermögensgegenständen mit 3 oder 5 Jahren, bei Einbauten mit 7 bis 11 Jahren, bei technischen Anlagen und Maschinen sowie bei anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen 3 und 13 Jahren bzw. im Einzelfall mit 23 Jahren angesetzt. **Grundstücke und Gebäude** wurden in der Eröffnungsbilanz mit dem Zeitwert (Verkehrswertermittlung) bilanziert. Das Gebäude wird über die im Gutachten festgelegte Restnutzungsdauer von 30 Jahren ab 2003 linear abgeschrieben. Seit 2010 werden **geringwertige Vermögensgegenstände**, deren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zwischen 150 Euro und 410 Euro netto liegen, im Jahr der Anschaffung wieder vollständig abgeschrieben. Die in den Jahren davor gebildeten Sammelposten für geringwertige Wirtschaftsgüter zwischen 150 Euro und 1.000 Euro netto werden bis zum Ablauf der Restnutzungsdauer fortgeführt.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Zuschreibungen erfolgen insoweit, als die Gründe für eine in früheren Geschäftsjahren vorgenommene Abschreibung nicht mehr bestehen. Die **sonstigen Ausleihungen** werden, soweit sie nicht mit dem Aktivwert anzusetzen sind, zum Nennwert bilanziert.

Die **Vorräte** enthalten Bestände der Druckerei, des Büromateriallagers sowie Getränke und Waren, die zum Weiterverkauf bestimmt sind. Sie werden zu den letzten Einstandspreisen bewertet. Bei den Unfertigen Leistungen handelt es sich um anteilige Abgrenzungen von Ausbildungsgebühren, die erst bei Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden. Die Bewertung erfolgt anhand der in der Gebührenordnung festgesetzten Gebührentarife. Die **Forderungen aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten sowie die sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert oder dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Den im Forderungsbestand liegenden erkennbaren Risiken wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Bei den Forderungen aus Beiträgen werden Wertberichtigungen auf Basis festgelegter Abwertungssätze anhand von Erfahrungswerten der Vergangenheit im Rahmen einer Altersstruktur-Analyse vorgenommen. Darüber hinaus wird eine Pauschalwertberichtigung für Forderungen aus Gebühren und Entgelten in Höhe von 3 % auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand vorgenommen.

Bankguthaben und Kassenbestände sind zum Nominalwert bilanziert.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden Ausgaben vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Rückstellungen für **Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck, ermittelt. Für die Abzinsung wird nach § 253 Absatz 2 Satz 2 HGB der von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte und bekanntgegebene durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre bei einer restlichen Laufzeit von 15 Jahren angewendet.

Steuerrückstellungen werden für noch nicht veranlagte Körperschaft- und Gewerbesteuer der Betriebe gewerblicher Art der IHK Frankfurt sowie für sonstige Steuern gebildet.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und alle sonstigen erkennbaren Risiken werden **sonstige Rückstellungen** in Höhe des Betrages der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Langfristige Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag bilanziert, soweit der Zinseffekt nicht von untergeordneter Bedeutung ist. Der Erfüllungsbetrag umfasst auch die am Bilanzstichtag zu berücksichtigenden Kostensteigerungen. Für wesentliche Rückstellungen werden Bewertungsgutachten bzw. Berechnungen von sachverständigen Dritten eingeholt.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** umfasst alle bis zum Bilanzstichtag getätigten Einnahmen, soweit sie Erträge künftiger Perioden darstellen.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung des Anlagevermögens der IHK Frankfurt während des Geschäftsjahres 2013 ist aus dem Bruttoanlagenspiegel ersichtlich, welcher Anlage zum Anhang ist.

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die Zugänge von 43 Tausend Euro betreffen im Wesentlichen eine Veranstaltungsdatenbankapplikation sowie den Erwerb von NetApp Erweiterungslizenzen.

SACHANLAGEN

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betragen insgesamt 609 Tausend Euro und wurden überwiegend im Bereich der DV- und Kommunikationsanlagen getätigt. Enthalten sind die neue Telefonanlage der IHK sowie die Anschaffung von Core-Switches. Bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungen wurde u.a. in Veranstaltungstische sowie Büromobiliar im Rahmen der normalen Ersatzbeschaffung investiert.

FINANZANLAGEN

Unter den Beteiligungen werden die Anteile der IHK Frankfurt an der FIZ GmbH ausgewiesen, die unter den sonstigen Angaben erläutert werden.

Die **Wertpapieranlagen** dienen der finanziellen Rückdeckung der pflichtmäßigen und zweckgebundenen Rücklagen und sind in festverzinslichen Papieren mit besten Bonitätseinstufungen angelegt. Unter diesen ist auch ein zur Absicherung der Altersversorgungsverpflichtungen dotierter geschlossener Fonds ("Hermes-Fonds") ausgewiesen, dessen Verwaltung einem externen Fondsmanagement unterliegt. Die ordentlichen Nettoerträge dieser Vermögensanlage werden grundsätzlich ausgeschüttet und dem Fonds anschließend durch Zukauf neuer Anteile wieder zugeführt. Der Buchwert des Fondsvermögens beträgt zum Stichtag 51.313 Tausend Euro und liegt damit unter dem Kurswert zum Jahresende von 54.530 Tausend Euro.

Die **sonstigen Ausleihungen** enthalten Darlehen, sonstige Anteile, Rückdeckungsversicherungen und Festgelder. Letztere dienen zusammen mit den Wertpapieren der finanziellen Absicherung einzelner Rücklagen- und Rückstellungspositionen. Langfristige verzinste Darlehen wurden an die MBG Hessen mbH (Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen, 90 Tausend Euro) und an die Bürgschaftsbank Hessen (54 Tausend Euro) vergeben. Außerdem hält die IHK Frankfurt direkt oder indirekt Anteile an der MBG Hessen mbH (5,65 %), der Frankfurt RheinMainMarketing GmbH (3,43 %), der Bürgschaftsbank Hessen GmbH (3,38 %) sowie der IHK-GfI GmbH (2,23 %).

Der Anstieg bei den Finanzanlagen resultiert insbesondere aus der Wiederanlage der ausgeschütteten ordentlichen Erträge des Hermes-Fonds.

TAUSEND EURO	31. 12. 2013	31. 12. 2012
Beteiligungen	20	20
Wertpapiere des Anlagevermögens	63.182	55.501
Sonstige Ausleihungen	32.162	36.311
	95.364	91.832

UMLAUFVERMÖGEN

VORRÄTE

Die Vorräte von 1.324 Tausend Euro (Vorjahr 1.309 Tausend Euro) enthalten im Wesentlichen die abgegrenzten unfertigen Leistungen für Ausbildungsgebühren (1.270 Tausend Euro), welche erst zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden.

FORDERUNGEN AUS BEITRÄGEN, GEBÜHREN UND ENTGELTEN

Die Forderungen liegen über Vorjahresniveau. Von den Forderungen aus Beiträgen entfallen 95 % auf das Beitragsjahr 2013.

TAUSEND EURO	31. 12. 2013	31. 12. 2012
Beiträge	3.026	2.787
davon Handelsregisterunternehmen	2.707	2.385
Kleingewerbetreibende	319	402
Gebühren und Entgelte	694	572
	3.720	3.359

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die sonstigen Vermögensgegenstände umfassen, neben Zinsabgrenzungen von 222 Tausend Euro, vor allem die Verrechnungskonten für die Sondereinrichtungen der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern.

KASSENBESTAND, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS

Die Zahlungsmittel schließen Barmittel, Geldkonten und kurzfristige Geldanlagen bei Kreditinstituten zur Sicherung der laufenden Liquidität ein.

TAUSEND EURO	31. 12. 2013	31. 12. 2012
Kurzfristige Termingelder	5.311	12.256
Sonstige	2.488	445
	7.799	12.701

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurde im Wesentlichen gebildet für die im Voraus zu zahlenden Versorgungsleistungen an Pensionäre sowie für übliche Vorauszahlungen, überwiegend im Rahmen von Dauerschuldverhältnissen (Miet- und Wartungsverträge etc.).

EIGENKAPITAL

Die Nettoposition wurde bei Erstellung der Eröffnungsbilanz auf 28.000 Tausend Euro festgesetzt und beträgt bezogen auf die Bilanzsumme 18,5 % (Vj. 18,4 %).

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben werden pflichtmäßige und auf Beschluss der Vollversammlung zweckgebundene Rücklagen gebildet. Das Finanzstatut erlaubt eine Aufstockung der satzungsgemäßen Ausgleichs- und der Liquiditätsrücklage auf bis zu jeweils 50 %, bezogen auf die geplanten betrieblichen Aufwendungen. Die Ausgleichsrücklage dient dem Ausgleich konjunkturell bedingter Schwankungen im Beitragsaufkommen. Die Liquiditätsrücklage hingegen wird zur Überbrückung unterjähriger finanzieller Engpässe vorgehalten. Derzeit sind, bezogen auf die geplanten Betriebs- und Zinsaufwendungen 2013, rund 37 % für die Ausgleichsrücklage und rund 33 % für die Liquiditätsrücklage dotiert. Bei der Position „Andere Rücklagen" handelt es sich um von der Vollversammlung beschlossene zweckgebundene Rücklagen.

TAUSEND EURO	31. 12. 2013	31. 12. 2012
Nettoposition	28.000	28.000
Ausgleichsrücklage	16.450	16.450
Liquiditätsrücklage	14.500	14.500
Andere Rücklagen	6.821	7.372
davon Baurücklage	4.022	3.782
Investitionsrücklage	2.514	2.514
Regionenförderung	249	610
Rücklage Bürokommunikation	0	318
Rücklage Projekt berufliche Bildung	36	148
Ergebnis	2.981	7.746
	68.752	74.068

Die Beschlussfassung der Vollversammlung über die Vorschau 2013 vom 12. Dezember 2013 sieht Entnahmen aus den anderen Rücklagen von insgesamt 791 Tausend Euro vor. Die Entnahmen betreffen die Rücklage „Region FrankfurtRheinMain" mit 361 Tausend Euro, die Rücklage berufliche Bildung mit 112 Tausend Euro sowie die Auflösung der Rücklage für Bürokommunikation mit 318 Tausend Euro. Die Entnahmen wurden im Ermächtigungsrahmen getätigt.

Die für 2013 geplanten Baumaßnahmen zur Fassadensanierung des historischen Südflügels sowie zur Erneuerung der Sheddach-Konstruktion wurden im Geschäftsjahr nicht durchgeführt, da sie in das erweiterte Vorhaben "Umbau Südflügel" eingegangen sind, welches in 2014/2015 durchgeführt wird. Die geplanten Aufwendungen (240 Tausend Euro) wurden daher der Baurücklage zugeführt.

Das planmäßig negative Jahresergebnis wird beschlusskonform mit dem positiven Ergebnisvortrag verrechnet. Die Erfolgsrechnung 2013 schließt, nach Ausgleich des negativen Jahresergebnisses sowie nach Rücklagenveränderungen, mit einem Ergebnis von 2.981 Tausend Euro. Es wird dem Beschluss der Vollversammlung entsprechend auf neue Rechnung vorgetragen und soll in künftigen Jahren weiterhin für die Beibehaltung der gesenkten Grundbeiträge und des Umlagesatzes und somit zur Entlastung der Mitgliedsunternehmen zur Verfügung stehen.

RÜCKSTELLUNGEN

Seit Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes, erstmals in 2010, werden die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode), unter Verwendung der Richttafeln 2005 G, bewertet. Als Rechnungszins gilt der in der Rückstellungsabzinsungsverordnung genannte und zum 31. Oktober 2013 veröffentlichte Zinssatz von 4,90 %. Erwartete Gehaltssteigerungen sind mit 2,5 %, Rentensteigerungen mit 2,0 % und eine Fluktuationsquote für verschiedene Altersstufen mit Werten von 0,0 % bis 12,9 % berücksichtigt. Die Pensionsrückstellungen enthalten auch Verpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitarbeitern der Deutschen Börse AG, für die eine Übernahme erklärt wurde. Diese Vermögenswerte (8.944 Tausend Euro) stellen Planvermögen dar und werden seit 2010 mit den entsprechenden Pensionsverpflichtungen verrechnet.

Steuerrückstellungen für laufende oder voraussichtliche Steuernachzahlungen sind nicht anzusetzen.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen alle erkennbaren Risiken und gegenwärtigen Verpflichtungen gegenüber Dritten. Diese betreffen u. a. Rechts- und Beratungskosten, Jahresabschlussprüfungskosten, ausstehende Rechnungen sowie alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten sowie Personalkosten aus Jubiläumszuwendungen, Altersteilzeit, Beihilfen, rückständigen Urlaubstagen und ähnlichen Verpflichtungen, deren Wertansatz, sofern erforderlich, versicherungsmathematische Gutachten zugrunde liegen. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag gemäß § 253 HGB ausgewiesen. Dabei werden ein Zinssatz von 4,90 % sowie Gehalts- (2,0 %) und sofern erforderlich Rententrends (2,0 %) berücksichtigt. Der Anteil dieser Verpflichtungen, für den die Deutsche Börse AG vertraglich einsteht, wurde mit den Vermögenswerten als Planvermögen in Höhe von 701 Tausend Euro verrechnet. Ansonsten sind die Rückstellungen in Höhe des zu erwartenden Erfüllungsbetrages angesetzt.

Bei der Berechnung der Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten wurden eine Gehaltsdynamik von 2,5 % sowie der zum 31. 12. 2013 veröffentlichte und der durchschnittlichen Restlaufzeit der Verpflichtungen entsprechende Abzinsungssatz von 4,22 % zugrunde gelegt.

Im Rahmen der BilMoG Umstellung wurde vom Beibehaltungswahlrecht des Artikel 67 Absatz 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und die Rückstellung für Archivierungskosten nicht abgezinst. Die hieraus resultierende Überdeckung beträgt zum Bilanzstichtag 14 Tausend Euro.

TAUSEND EURO	31. 12. 2013	31. 12. 2012
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	70.000	66.481
Steuerrückstellungen	0	0
Sonstige Rückstellungen	9.238	9.252
	79.238	75.733

VERBINDLICHKEITEN

Alle Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

TAUSEND EURO	31. 12. 2013	31. 12. 2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.787	1.627
Sonstige Verbindlichkeiten	1.349	1.122
	3.136	2.749

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR ERFOLGSRECHNUNG

Die IHK Frankfurt unterliegt als Körperschaft des öffentlichen Rechts dem öffentlichen Haushaltsrecht. Inhalt und Umfang ihrer Tätigkeiten ergeben sich aus den gesetzlichen Grundlagen – insbesondere dem Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) – und durch die Beschlüsse der Vollversammlung, der gewählten Vertretung der IHK-Mitglieder. Die Finanzierung der Körperschaft des öffentlichen Rechts erfolgt über die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, Gebühren sowie Entgelten für einzelne Dienstleistungen. Der jährliche Wirtschaftsplan ist in einen Erfolgs- und einen Finanzplan gegliedert. In der Erfolgsplanung werden sämtliche Erträge und Aufwendungen aufgeführt. Die Finanzplanung gibt Informationen über die Investitions- und Finanzierungstätigkeiten. Die jährliche Planung folgt den Grundsätzen zweckmäßiger und auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bedachter Wirtschaftsführung. Der Wirtschaftsplan und der Jahresabschluss werden von den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und des Präsidiums beraten und von der Vollversammlung beschlossen.

1. BEITRÄGE

Die Veranlagung zu Beiträgen erfolgt bei allen Gewerbetreibenden, die im Bezirk der IHK Frankfurt eine Niederlassung oder eine Betriebsstätte unterhalten und die eine gewerbesteuerpflichtige Tätigkeit ausführen. Entscheidend ist die Festsetzung durch die Finanzbehörden.

Die Beiträge setzen sich zusammen aus Grundbeiträgen und Umlagen. Die IHK Frankfurt wendet die Gegenwartsveranlagung an, die dem Verfahren der Gewerbesteuer entspricht. Für das laufende Geschäftsjahr wird eine Vorauszahlung von Grundbeiträgen und Umlagen nach dem zuletzt bekannten Gewerbeertrag bzw. dem Gewinn aus Gewerbebetrieb erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst, wenn der IHK Frankfurt die endgültige Bemessungsgrundlage durch die zuständige Finanzbehörde bekanntgegeben wird.

Deshalb werden die Erträge aus Beiträgen getrennt nach den Veranlagungen des laufenden Jahres (vorläufig) und denen der Vorjahre (endgültig) ausgewiesen. Weiterhin werden sie nach den Umlagen und den Grundbeiträgen gegliedert. Gewerbesteuerpflichtige Unternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind und deren Gewinn oder Gewerbeertrag 5.200 Euro im Geschäftsjahr nicht übersteigt, sind von diesen Beiträgen freigestellt. Existenzgründer sind von der Beitragspflicht unter bestimmten Bedingungen ebenfalls befreit. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften besteht die Besonderheit, dass die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Umlage um einen Freibetrag von 15.340 Euro zu kürzen ist.

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Beiträge	25.569	24.115
davon		
Grundbeiträge laufendes Jahr	8.713	8.626
Umlagen laufendes Jahr	9.523	8.802
Grundbeiträge Vorjahre	354	712
Umlagen Vorjahre	6.979	5.975

Insgesamt liegen die Beiträge aufgrund steigender beitragspflichtiger Mitgliedszahlen, höherer Vorauszahlungen auf die Gewerbeerträge 2013 und korrigierter Bemessungsgrundlagen aus Vorjahren um 409 Tausend Euro über den Erwartungen und übersteigen das Vorjahresniveau um 1.454 Tausend Euro.

Im Dezember 2013 wurde anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, jedoch noch nicht beschiedenen, Bemessungsgrundlagen eine Berechnung der sich daraus für das laufende Jahr und die Vorjahre ergebenden Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Diese werden erst im Folgejahr abgerechnet (8,47 Euro) bzw. gutgeschrieben (335,69 Euro) und sind nicht im Ergebnis enthalten.

2. GEBÜHREN

Für die hoheitlichen Tätigkeiten werden Gebühren erhoben, die sich in Ausbildungs-, Fortbildungs- und sonstige Gebühren gliedern:

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Gebühren	3.760	3.353
davon		
Eintragungs- und Prüfungsgebühren	1.492	1.444
Fortbildungsgebühren	934	943
Sonstige Gebühren	1.334	966

Die Gebühren liegen unter Berücksichtigung der Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen (siehe Posten 4 der Erfolgsrechnung) insgesamt innerhalb der Erwartungen. Zum Jahresende konnten 5.372 (Vj. 5.862) neu eingetragene Ausbildungsverhältnisse im IHK-Bezirk Frankfurt registriert werden. Von den Fortbildungsgebühren entfallen 194 Tausend Euro auf Ausbilderprüfungsgebühren.

Bei den Sonstigen Gebühren liegen die Erträge aus dem Unterrichtungsverfahren für das Bewachungsgewerbe (343 Tausend Euro), die Sachkundeprüfungen (228 Tausend Euro), die Gebühren für Ursprungszeugnisse (147 Tausend Euro) sowie für Bescheinigungen und Zweitschriften (71 Tausend Euro), die Gefahrgutschulungen (45 Tausend Euro) und die Gebühren für die Registrierung der Versicherungsvermittler (20 Tausend Euro) in etwa auf Vorjahresniveau. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen (335 Tausend Euro) aus der Umsetzung des Finanzanlagevermittlerrechts.

3. ENTGELTE

Die Entgelte bilden den Service- und Dienstleistungsbereich ab, in dem die IHK Frankfurt mit Betrieben gewerblicher Art unternehmerisch tätig und ertrags- und umsatzsteuerpflichtig ist.

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Entgelte	1.773	1.934
davon		
Verkaufserlöse	81	155
Bildungszentrum, Seminare und Kurse	1.672	1.761
Sonstige Entgelte	20	18

Die Verkaufserlöse bleiben aufgrund weiterhin rückläufiger Erträge aus Anschriftenverzeichnissen unter Vorjahresniveau. Die Nachfrage war sowohl nach Kursen im Bildungszentrum (1.513 Tausend Euro) als auch nach weiteren entgeltpflichtigen Seminaren und Kursen (159 Tausend Euro) in 2013 leicht rückläufig.

4. ERHÖHUNG ODER VERMINDERUNG DES BESTANDES AN FERTIGEN UND UNFERTIGEN LEISTUNGEN

Die Bestandserhöhung an unfertigen Leistungen von 11 Tausend Euro ist durch die Umstellung der Erhebung der Ausbildungsgebühren, die seit Mitte des Jahres 2009 erst zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden, bedingt. Diese Bestandsveränderung ist in die Betrachtung der Erträge aus Gebühren einzubeziehen.

5. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten insbesondere Erstattungen an die IHK Frankfurt. Davon trägt die Deutsche Börse AG aufgrund vertraglicher Vereinbarungen zur Kostenübernahme für sonstige betriebliche Aufwendungen und Personalaufwendungen 1.622 Tausend Euro. In den sonstigen Erlösen sind die Erträge aus Werterhöhungen des Anlagevermögens sowie aus der Auflösung von Rückstellungen mit 1.969 Tausend Euro enthalten. Bei den Nebenerlösen werden die Erträge aus den Vermietungen von Sälen, Laden- und Büroflächen ausgewiesen. Öffentliche Zuwendungen hat die IHK in 2013 zur Durchführung des Hessischen Außenwirtschaftstages (10 Tausend Euro) sowie zur Verleihung des Exportpreises (5 Tausend Euro) erhalten. Insgesamt bleiben die Erträge insbesondere wegen geringerer Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen unter Vorjahresniveau.

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Sonstige betriebliche Erträge	4.799	5.059
davon		
Erstattungen	1.892	1.939
Sonstige Erträge	2.217	2.394
Nebenerlöse	675	670
Öffentliche Zuwendungen	15	56

6. MATERIALAUFWAND

Unter den Aufwendungen für bezogene Leistungen werden die Entschädigungen für ehrenamtliche Prüfer in Aus- und Fortbildung (1.004 Tausend Euro), die Aufwendungen für Prüfungsraummieten, Prüfungsaufgaben und Prüfungsmaterialien (1.004 Tausend Euro) sowie die Honorare für Dozenten im Bildungszentrum (508 Tausend Euro) ausgewiesen.

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Materialaufwand	3.042	2.883
davon		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	79	80
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.963	2.803
davon für Ausbildung	1.362	1.225
Fortbildung	617	622
Bildungszentrum	658	682
Sonstige Leistungen	331	281
Skonti, Boni, Rabatte	-5	-7

7. PERSONALAUFWAND

Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr auf 18.357 Tausend Euro und ist im Wesentlichen in der plangemäßen Anhebung der Gehälter sowie der höheren Beschäftigtenzahl im Zuge von Nachbesetzungen und neuen hoheitlichen Aufgaben begründet. Daneben wirkten sich die Abschlüsse des Landes Hessen für die Angestellten im öffentlichen Dienst auf die IHK Frankfurt als Körperschaft des öffentlichen Rechts aus, was zu höheren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen führte.

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Personalaufwand	18.357	16.481
davon		
Gehälter	11.258	10.736
Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	7.099	5.745

8. ABSCHREIBUNGEN

Die Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sie basieren auf steuerlich anerkannten Nutzungsdauern, die der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer entsprechen. Abschreibungen auf Gegenstände des Umlaufvermögens und außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Abschreibungen	1.130	1.063
davon		
Immaterielle Vermögensgegenstände	103	120
Gebäude- und Gebäudeeinrichtungen	503	511
Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	468	344
Geringwertige Wirtschaftsgüter	56	88

9. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Aufwendungen für Grundstück und Gebäude enthalten, an denen sich die Deutsche Börse AG aufgrund eines vereinbarten Nutzungsschlüssels anteilig beteiligt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen erwartungsgemäß um 1.055 Tausend Euro über dem Vorjahresniveau, was insbesondere die höheren Aufwendungen für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Einführung eines CRM Systems, welches im Dezember 2013 in den Produktivbetrieb übernommen wurde, widerspiegelt. Daneben erhöhten sich die Pauschalwertberichtigung um 108 Tausend Euro gegenüber dem Vorjahr und es ergaben sich die typischen Vorlaufkosten zur IHK-Wahl in 2014.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten auch jene Aufwendungen in Höhe von insgesamt 473 Tausend Euro, welche über die Entnahmen aus den entsprechend zweckgebundenen Rücklagen kompensiert werden. Dies sind neben den Aufwendungen des Geschäftsjahres für die Entwicklung der Metropolregion (361 Tausend Euro) auch die zweite Tranche des Finanzierungsanteils der IHK Frankfurt am öffentlich-rechtlichen Zusammenschluss der Industrie- und Handelskammern zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen, IHK FOSA (Foreign Skills Approval), in Nürnberg (112 Tausend Euro).

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.940	15.885
davon		
Sonstige Personalaufwendungen	1.516	1.445
Mieten und Pachten, Leasing	536	662
Gebühren	92	85
Aufwendungen für Fremdleistung	2.449	2.356
Rechts- und Beratungskosten	1.950	1.584
Büro-, Reise-, Kommunikationskosten	1.581	1.451
Marketing, Öffentlichkeits- und Veranstaltungsbereich	2.567	2.195
Mitgliedschaften, Versicherungen	2.757	2.710
Aufwendungen für Grundstück und Gebäude	2.313	2.221
Andere betriebliche Aufwendungen	1.179	1.176

10. FINANZERGEBNIS

Maßgeblich für die Finanzerträge sind die Erträge aus den festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens, die sich im Rahmen der für die Industrie- und Handelskammern geltenden konservativen Anlagerichtlinien ergeben, sowie die Erträge aus Termingeldanlagen. Im Finanzergebnis sind auch die nach den Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ermittelten Aufwendungen aus der Aufzinsung gesondert unter dem Posten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen" gemäß § 277 Abs. 5 HGB n.F. ausgewiesen.

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Finanzergebnis	-1.546	-1.162
davon		
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens	2.078	2.259
Zinsen und ähnliche Erträge	34	151
davon aus Erträgen aus der Abzinsung	0	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	25	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.633	3.572
davon aus Aufwendungen aus der Aufzinsung	3.633	3.572

11. AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

Im Geschäftsjahr 2013 haben sich keine außerordentlichen Posten ergeben.

12. STEUERN

Die Steuerabgaben beinhalten insbesondere die in 2013 gestiegene Grundsteuer mit 211 Tausend Euro.

14. RÜCKLAGENVERÄNDERUNG

Die Vollversammlung hat am 12. Dezember 2013 im Rahmen des festzustellenden Wirtschaftsplans über die Rücklagenveränderung entschieden. Der Beschluss sieht eine Entnahme aus der Rücklage „Region FrankfurtRheinMain" von 361 Tausend Euro vor. Dazu gehört insbesondere auch der von der IHK Frankfurt angeregte moderierte Prozess bei der Neuordnung der Wirtschaftsförderaktivitäten in der Region. Die verbleibenden Mittel für die Entwicklung der Metropolregion werden weiter vorgehalten und stehen insbesondere für Maßnahmen der selektiven Unterstützung von Projekten in Folgejahren zur Verfügung, die dazu geeignet sind, den Zusammenhalt in der Region zu fördern.

Weiterhin wurde beschlusskonform eine Entnahme von 112 Tausend Euro aus der Rücklage für Projekte der beruflichen Bildung für die zweite Tranche des Finanzierungsanteils der IHK Frankfurt am öffentlich-rechtlichen Zusammenschluss IHK FOSA entnommen. Die Vollversammlung hat überdies bestimmt, dass die nicht mehr benötigte Rücklage für Bürokommunikation (318 Tausend Euro) in 2013 aufgelöst werden kann.

Gleichzeitig wurde eine Aufstockung der bereits bestehenden Baurücklage um 240 Tausend Euro beschlossen, da zwei bereits geplante Baumaßnahmen (die Fassadensanierung des historischen Südflügels sowie die Erneuerung der Sheddach-Konstruktion) in das erweiterte Vorhaben "Umbau Südflügel" in 2014 einbezogen werden.

15. ERGEBNIS

Die Erfolgsrechnung des Jahres 2013 schließt – nach Rücklagenveränderungen und unter Einbeziehung des Ergebnisvortrags – mit einem Ergebnis von 2.981 Tausend Euro. Das negative Jahresergebnis von 5.316 Tausend Euro liegt insbesondere aufgrund der höheren Erträge aus Beiträgen sowie der Einsparungen beim Material- und Personalaufwand über den Erwartungen. Gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 12. Dezember 2013 wird das negative Ergebnis 2013 mit dem positiven Ergebnisvortrag aus Vorjahren verrechnet.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR FINANZRECHNUNG

JAHRESERGEBNIS OHNE AUSSERORDENTLICHE POSTEN

Das Jahresergebnis ist im Geschäftsjahr nicht durch außerordentliche Posten beeinflusst.

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten	-5.316	-3.027

CASHFLOW AUS LAUFENDER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen von aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis.

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-700	524

CASHFLOW AUS DER INVESTITIONSTÄTIGKEIT

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Ein- und Auszahlungen für Investitionen im Bereich des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlage- und des Finanzanlagevermögens. Maßgeblich ist die Investitionstätigkeit bei den Finanzanlagen, mit einem Saldo von Ein- und Auszahlungen von -3.553 Tausend Euro, welcher die Dispositionen des Fonds, der Festgelder und der Wertpapierbestände sowie die Werterhöhungen bei den Aktivwerten von Rückdeckungsversicherungen beinhaltet. In das immaterielle Vermögen wurden in 2013 insgesamt 43 Tausend Euro, in das Sachanlagevermögen 609 Tausend Euro investiert.

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-4.202	-3.931

CASHFLOW AUS DER FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT

Die IHK Frankfurt nimmt unverändert keine Darlehen in Anspruch.

TAUSEND EURO	Ist 2013	Ist 2012
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0

FINANZMITTELBESTAND AM ENDE DER PERIODE

Der Finanzmittelbestand verringert sich aufgrund des negativen Cashflows gegenüber dem Vorjahr um 4.902 Tausend Euro und beträgt somit zum Bilanzstichtag 7.799 Tausend Euro.

V. SONSTIGE ANGABEN

MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS UND DER HAUPTGESCHÄFTSFÜHRUNG DER IHK FRANKFURT AM MAIN IM GESCHÄFTSJAHR 2013:

PRÄSIDENT DER IHK FRANKFURT AM MAIN

Prof. Dr. Mathias Müller
IWB Dr. Müller Immobilienwirtschaftliche Beratung GmbH

STELLVERTRETENDE PRÄSIDENTEN

Karen Hoyndorf
Compass Group Deutschland GmbH

Prof. Dr. Wolfram Wrabetz
HELVETIA INTERNATIONAL Versicherungs-AG

VIZEPRÄSIDENTEN

Dr. Roland Gerschermann
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Stefan Messer
MESSER Group GmbH

Horst Platz
Horst Platz Elektro-Industrievertretungen e.K.

Dr. Lutz Raettig
Morgan Stanley Bank International Ltd.

Thomas Reichert
Haxen-Reichert Metzgerei-, Gaststätten- und Partyservice-Betriebsgesellschaft mbH

Susanne von Verschuer
Internationale Spedition H. & C. Fermont GmbH & Co. KG

Prof. Dr. Martin Wentz
Wentz & Co. GmbH

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER

Matthias Gräßle

DIE MITARBEITERZAHLEN ZUM 31. DEZEMBER 2013

Mitarbeitergruppe	31.12.2013 Kopfzahlen	Kapazität	31.12.2012 Kopfzahlen	Kapazität
Geschäftsführung	1	1,0	1	1,0
Angestellte	204	189,5	195	181,9
davon Teilzeit	50		38	
davon Altersteilzeit	7		9	
Technisches Personal	10	10,0	10	10,0
davon Altersteilzeit	0		0	
Summe IHK-Mitarbeiter	215	200,5	206	192,9
Auszubildende	7		9	
Mitarbeiter in Elternzeit	9		10	
Sondereinrichtungen *	10		12	
davon DB AG	0		1	
	241		237	

* Von der IHK Frankfurt betreute Sondereinrichtungen und -abrechnungen sind die Arbeitsgemeinschaft der hessischen Industrie- und Handelskammern, die IHK-Innovationsberatung Hessen, das Technologie-TransferNetzwerk Hessen, das Beratungs- und Informationszentrum Elektronischer Geschäftsverkehr sowie die Aufgabenstellen.

FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die IHK Frankfurt hat jährliche finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen in Höhe von 922 Tausend Euro.

BETEILIGUNGEN

Die IHK Frankfurt hält unverändert folgende Beteiligung:

Unternehmen	Sitz	Anteil	%	Stammkapital
FIZ (Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH)	Frankfurt	20.000,00 Euro	20	100.000,00 Euro

TREUHANDVERHÄLTNISSE ZUM 31. DEZEMBER 2013

Die IHK Frankfurt hält für neun hessische Industrie- und Handelskammern Gesellschaftsbeteiligungen (Sonstige Anteile) als Treuhandvermögen in Höhe von 261 Tausend Euro, davon für die MBG Hessen GmbH 111 Tausend Euro und die Bürgschaftsbank Hessen 150 Tausend Euro und des Weiteren treuhänderisch gehaltene Darlehensanteile in Höhe von 238 Tausend Euro, davon für die MGB Hessen GmbH 155 Tausend Euro und die Bürgschaftsbank Hessen 83 Tausend Euro.

RECHTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Die IHK Frankfurt ist Rechtsträger des Stiftungsvermögens der Jubiläumsstiftung. Bei dieser Stiftung handelt es sich um eine unselbstständige Stiftung ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die aus Anlass des 100-jährigen Bestehens der IHK Frankfurt 1908 errichtet wurde. Zweck der Stiftung ist die berufliche Förderung jüngerer Nachwuchskräfte. Das Vermögen wird in einem selbstständigen Buchungskreis verwaltet.

Die Vollversammlung der IHK Frankfurt hat am 12. Dezember 2013 beschlossen, die Jubiläumsstiftung aufzulösen und das Vermögen auf die Gesellschaft für Jugendbeschäftigung e.V. (gjb), Frankfurt am Main, für die Förderung des "Frankfurter Hauptschulprojekts" zu übertragen. Das Projekt organisiert systematisch die Berufsorientierung und den Übergang von Hauptschülern in die duale Berufsausbildung und sorgt für gleiche Standards an Hauptschulen.

Nach § 6 der Satzung vom 22. März 2012 fällt das Vermögen der Jubiläumsstiftung bei Auflösung an die IHK Frankfurt, die es unmittelbar und ausschließlich, in möglichst weitgehender Anlehnung an den seitherigen Stiftungszweck, für gemeinnützige und mildtätige Zwecke zu verwenden hat. Das für die Jubiläumsstiftung zuständige Finanzamt Frankfurt am Main III hat auf Anfrage der IHK Frankfurt mit Schreiben vom 1. Oktober 2013 zu der beabsichtigten Verwendung unter gemeinnützigkeitsrechtlicher Sicht keine Bedenken geäußert. Die Gesellschaft für Jugendbeschäftigung e.V. hat mit Vorlage eines Freistellungsbescheides den Nachweis erbracht, dass der Verein als steuerbegünstigten Zwecken dienend anerkannt wird. Das Gesamtvermögen beträgt zum Jahresende 150 Tausend Euro und wird im Januar 2014 durch die IHK an den gjb e.V. ausgezahlt.

Prof. Dr. Mathias Müller
Präsident

Matthias Gräßle
Hauptgeschäftsführer

Frankfurt am Main, den 20. Januar 2014

BESTÄTIGUNGSVERMERK UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss nebst Anhang (Anlagen 1/1 bis 1/6) sowie dem Lagebericht (Anlage 1/7) und der Wirtschaftsführung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013 der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Erfolgs- und Finanzrechnung - nebst Anhang unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht sowie die Ordnungsmäßigkeit der Wirtschaftsführung einschließlich der Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nebst Anhang und des Lageberichts sowie die Wirtschaftsführung nach den Regelungen des Finanzstatuts, den Grundsätzen des öffentlichen Haushaltsrechts und den übrigen für die IHK geltenden Rechtsvorschriften liegen in der Verantwortung des Präsidenten, des Hauptgeschäftsführers und der Beauftragten für die Wirtschaftsführung der IHK. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss nebst Anhang unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Wirtschaftsführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen im Sinne der Prüfungsrichtlinien und § 17 FS vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss nebst Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne der Regelungen des Finanzstatuts der IHK wesentlich auswirken sowie sich gegen die Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts und die übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Bestimmungen richten, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der IHK sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss nebst Anhang und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Präsidenten, des Hauptgeschäftsführers und der Beauftragten für die Wirtschaftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses nebst Anhang, des Lageberichts und des Plan-Ist-Vergleichs. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nebst Anhang den Regelungen des Finanzstatuts und den übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Rechtsvorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne der Regelungen des Finanzstatuts der IHK. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss nebst Anhang, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der IHK und stellt die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Der Wirtschaftsplan ist ordnungsgemäß aufgestellt und vollzogen worden.

Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, hat die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes beachtet und die ihr im Rahmen des Erfolgs- und des Finanzplanes zur Verfügung stehenden Mittel nach diesen Grundsätzen verwendet.

Die Bestimmungen des Finanzstatuts und die Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts sowie die Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts und die übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Rechtsvorschriften sind eingehalten worden."

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den "Richtlinien für die Prüfung der Jahresrechnungen der Industrie- und Handelskammern in Hessen" des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 4. Juni 2004 (Az.: III 2-2-41b-04-01-04).

Bielefeld, 14. Februar 2014

gez.
Dipl.-Kfm. Peter Spengler
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater
Vorsitzender der Geschäftsführung

gez.
Dipl.-Kfm. Oliver Meintrup
Prüfer

IHK-GREMIEN

AMTSPERIODE 2014 BIS 2019

PRÄSIDIUM | ORGANIGRAMM | AUSSCHÜSSE

PRÄSIDENT

Prof. Dr. Mathias Müller
Geschäftsführender Gesellschafter
IWB Dr. Müller Immobilienwirtschaftliche Beratung GmbH, Hofheim

VIZEPRÄSIDENTINNEN | VIZEPRÄSIDENTEN

Marlene Haas
Inhaberin
Marlene Haas Veranstaltungsmanagement, Frankfurt

Karen Hoyndorf
Geschäftsführerin
Compass Group Deutschland GmbH, Eschborn

Susanne Freifrau von Verschuer
Geschäftsführerin der Komplementär-GmbH Internationale Spedition H. & C. Fermont GmbH & Co. KG, Frankfurt

Prof. Dr. Martin Wentz
Geschäftsführender Gesellschafter
Wentz & Co. GmbH, Frankfurt

Stefan Messer
Vorsitzender der Geschäftsführung
Messer Group GmbH,
Bad Soden

Dr. Lutz Raettig
Direktor und ständiger Vertreter
Morgan Stanley Bank International Ltd.,
Niederlassung Deutschland, Frankfurt

Thomas Reichert
Geschäftsführender Gesellschafter
Haxen-Reichert Metzgerei-, Gaststätten-
und Partyservice-Betriebsgesellschaft mbH,
Frankfurt

Prof. Dr. Wolfram Wrabetz
Vorsitzender des Vorstands
HELVETIA INTERNATIONAL
Versicherungs-AG, Frankfurt

Angelika Zülch-Busold
Geschäftsführerin
Wacker's Kaffee Geschäft GmbH,
Frankfurt

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRUNG

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER
Matthias Gräßle

PRÄSIDIALBÜRO
Dorothea Gutsch
Stv. Geschäftsführerin
Referentin des Präsidenten

BÜRO DER ARBEITSGEMEINSCHAFT HESSISCHER INDUSTRIE-UND HANDELSKAMMERN
Astrid Bischoff

PERSONALBÜRO, IHK-SERVICE-CENTER UND GESCHÄFTSSTELLEN
Sabine Syed
Ausschuss:
Hochtaunus | Main-Taunus

FINANZEN UND ORGANISATION
Ulla Bender
Ausschuss:
Haushalt

UNTERNEHMENSKOMMUNIKATION
Reinhard Fröhlich
Ausschuss:
Informationswirtschaft

UNTERNEHMENSENTWICKLUNG
Dr. Tanja Engelhardt

GESCHÄFTSFELDER

STANDORTPOLITIK
Dr. Alexander Theiss
Ausschüsse:
Tourismus
Einzelhandelsausschuss
Verkehrsausschuss

WIRTSCHAFTSPOLITIK UND METROPOLENENTWICKLUNG
Dr. Ralf Geruschkat
Ausschüsse:
Bau- und Immobilienwirtschaft
Kleine und Mittlere Unternehmen

INNOVATION UND UMWELT
Detlev Osterloh
Ausschuss:
Industrie

INTERNATIONAL
Dr. Jürgen Ratzinger
Ausschüsse:
Außenwirtschaft
Großhandel
Handelsvertreter

AUS- UND WEITERBILDUNG
Dr. Brigitte Scheuerle
Ausschüsse:
Bildungswirtschaft
Berufsbildung

FINANZPLATZ | UNTERNEHMENSFÖRDERUNG | STARTHILFE
Dr. Matthias Schoder
Ausschüsse:
Finanzdienstleistungen
Wirtschafts- und Unternehmensberatungen
Banken
Versicherungen

RECHT UND STEUERN
Carmen Tontsch
Ausschüsse:
Recht
Steuern

AUSSCHÜSSE

AUSSENWIRTSCHAFTSAUSSCHUSS
Stefan Messer
Geschäftsführer
Messer Group GmbH, Bad Soden

BANKENAUSSCHUSS
Dr. Lutz Raettig
Direktor und ständiger Vertreter
Morgan Stanley Bank International Ltd., Niederlassung Deutschland, Frankfurt

AUSSCHUSS BAU- UND IMMOBILIENWIRTSCHAFT
Prof. Dr. Mathias Müller
Geschäftsführender Gesellschafter
IWB Dr. Müller Immobilienwirtschaftliche Beratung GmbH, Hofheim

AUSSCHUSS BILDUNGSWIRTSCHAFT
Dr. Udo Lemke
Geschäftsführer
Provadis Partner für Bildung und Beratung GmbH, Frankfurt

EINZELHANDELSAUSSCHUSS
Dr. Joachim Stoll
Persönlich haftender Gesellschafter
Leder-Stoll OHG, Frankfurt

AUSSCHUSS FINANZDIENSTLEISTUNGEN
Kai Ostermann
Vorsitzender des Vorstands
Deutsche Leasing AG, Bad Homburg

GROSSHANDELSAUSSCHUSS
Johannes Erhart
Persönlich haftender Gesellschafter
ERHART KG, Frankfurt

HANDELSVERTRETERAUSSCHUSS
Wolfram Wätzold
Inhaber
Wolfram Wätzold Industrievertretungen, Neu-Anspach

HAUSHALTSAUSSCHUSS
Dietmar Vogelsang
Institut DV & P GmbH, Bad Homburg

AUSSCHUSS HOCHTAUNUS | MAIN-TAUNUS
Horst Platz
Inhaber
Horst Platz Elektro-Industrievertretungen e.K., Friedrichsdorf

INDUSTRIEAUSSCHUSS
Jürgen Vormann
Geschäftsführer der Komplementär-GmbH, InfraServ GmbH & Co. Höchst KG, Frankfurt

AUSSCHUSS INFORMATIONSWIRTSCHAFT
N.N.

AUSSCHUSS KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN
Antje-Imme Strack
Geschäftsführende Gesellschafterin
UFS Universal FinanzService, unabhängige Gesellschaft für Finanzdienstleistungen und Unternehmensberatung mbH, Bad Homburg

RECHTSAUSSCHUSS
Dr. Peter Reusch
Chefsyndikus
Helvetia Schweizerische Versicherungsgesellschaft AG, Frankfurt

STEUERAUSSCHUSS
Dr. Götz Weitbrecht
Head of Tax Continental Europe
Deutsche Bank AG, Frankfurt

AUSSCHUSS FÜR TOURISMUS
Thomas Reichert
Geschäftsführender Gesellschafter
Haxen-Reichert Metzgerei-, Gaststätten- und Partyservice-Betriebsgesellschaft mbH, Frankfurt

VERKEHRSAUSSCHUSS
Susanne Freifrau von Verschuer
Geschäftsführerin der Komplementär-GmbH Internationale Spedition H. & C. Fermont GmbH & Co. KG, Frankfurt

VERSICHERUNGSAUSSCHUSS
Prof. Dr. Wolfram Wrabetz
Vorsitzender des Vorstands
HELVETIA INTERNATIONAL Versicherungs-AG, Frankfurt

AUSSCHUSS WIRTSCHAFTS- UND UNTERNEHMENSBERATUNGEN
Karen Hoyndorf
Geschäftsführerin
Compass Group Deutschland GmbH, Eschborn

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main
Börsenplatz 4
60313 Frankfurt am Main

GRAFIK
Michael Kunz
Varia Design Illustration
Münster

HERSTELLUNG
Druck- und Verlagshaus
Zarbock GmbH & Co. KG
Frankfurt am Main

REDAKTION
Reinhard Fröhlich, Geschäftsführer
IHK Frankfurt am Main
Unternehmenskommunikation

BILDNACHWEIS
ECE Projektmanagement GmbH & Co. KG, 26
Stefan Finger | Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12
Fotolia | colorvsbw, 22
Fotolia | Christian-P. Worring, 32
Fraport AG, 16
Axel Gaube, 30
Markus Goetzke, 24, 28, 46, 48
Stefan Krutsch, 10, 34
Michael Kunz, 18, 38
Tim Kunz, 42, 44
Jochen Müller, 20, 36, 40
Sebastian Schramm, 6
Stadt Bad Homburg, 14

DATENSTAND
April 2014

www.frankfurt-main.ihk.de

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
Börsenplatz 4
60313 Frankfurt

IHK-Service-Center
Schillerstraße 11
60313 Frankfurt
Telefon +49 69 2197-0
Telefax +49 69 2197-1526
info@frankfurt-main.ihk.de

IHK-Gesch ftsstelle Bad Homburg
Louisenstraße 105
61348 Bad Homburg
Telefon +49 6172 1210-0
Telefax +49 6172 22612
homburg@frankfurt-main.ihk.de

IHK-Gesch ftsstelle Hofheim
Kirschgartenstraße 6
65719 Hofheim
Telefon +49 6192 9647-0
Telefax +49 6192 28894
hofheim@frankfurt-main.ihk.de

IHK Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main